

rote blätter



**SCHULDEN BIS ÜBER
BEIDE OHREN**

Bafög als Darlehen –

K.O. für 150 000 Studenten

JETZT DAS AKTUELLE
WEIHNACHTSANGEBOT:
NUR 19,80 DM
Der rb-Kalender für das
ganze Jahr! Erhältlich in
den collectiv-Buchhand-
lungen oder einfach be-
stellen.

LESEN – COUPON AUS-
FÜLLEN – ABSCHICKEN
– GELD ÜBERWEISEN –
DEN KALENDER IN
EMPFANG NEHMEN –
SICH FREUEN!
SO EINFACH IST DAS!

WER NICHT AN DAS CHRISTKIND GLAUBT, BRAUCHT AUCH NICHT BIS WEIHNACHTEN ZU WARTEN

DER RB-KALENDER
FÜR DAS GANZE JAHR
1983. EIN STARKES
STÜCK LYRIK UND FO-
TOGRAFIE. SOLIDAR-
ITÄT, ALLTAG, KAMPF,
BESINNLICHKEIT.



**rote
blätter '83**
Ein Kalender
von
Dieter Bongartz (Texte) &
Lothar Spinn-Conradt (Fotografien)

SINNVOLL BESTELLEN!
Coupon ausfüllen. Den
Betrag von 19,80 DM auf
das Konto: **rote blätter**,
Bank für Gemeinwirt-
schaft Bonn, Kto.-Nr.:
10141440 oder PSchA
Köln 271187-503. Ver-
sand erfolgt sofort ohne
Nebenkosten.



ICH MÖCHTE DAS WEIHNACHTS-ANGEBOT
WAHRNEHMEN

Name _____
Straße _____
Ort _____

Die 19,80 DM habe ich auf das
Postcheckkonto Köln 271187-503,
Kennwort: Kalender,
überwiesen.

RCDS-Jungmanagertagung
Schicke, Schecks und Schleimerei

6



Schicke, Schecks und Schleimereien

Wie geht es zu, wenn vom RCDS angeworbene Jungakademiker mit verantwortlichen Managern der Industrie zusammentreffen? Die Tagung des Vereins „Managementgespräche Jugend und Wirtschaft e. V.“ wurde auch von einem rb-Mitarbeiter besucht. Seiten 6-9

Bafög-Umstellung auf Darlehen

10

Stimmen zu den Bafög-Plänen
Jetzt hilft nur noch Druck

14

Bafög-Demonstration
Erst der Anfang

15

Ausbildungsförderung in Dänemark
Es ist was faul im Staate Dänemark

16

BUNDESREPUBLIK

Basisgruppen und Regierungswechsel
Zusammenrücken oder auseinanderlaufen?

19

Fotostory
Die späte Wahrheit über den Regierungswechsel

22

Hans-Jochen Vogel

Hoffnung als Erwartung des Guten

24

Bericht vom Parteitag der Grünen
Reif für den Bundestag?

25

Bundestagswahlen

Wahlbündnis – für den März passé?

32

Wählen in Hamburg
Bündnis, GAL und DKP

34

INTERNATIONALES

Leonid Breschnew

40

Ein Leben für Frieden und Verständigung

40

Interview mit US-Friedensbewegung

42

9 zu 1 für freeze

42

Vietnam vor zehn Jahren

44

Nixons Weihnachtsbombardement



Reif für den Bundestag?

In Hagen tagte vom 12. bis 14. November der Parteitag der Grünen. Für den Fall ihres Einzugs in den Bundestag kündigten sie die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien an. Über Inhalte, Beschlüsse und Verlauf berichtet Jerry Sommer. Seite 25

KULTUR

VS-Austritte von DDR-Autoren
Deutschland statt Frieden?

46

Betrifft: Männlichkeitswahn
Den Mann zum Tanzen bringen

48

Drewitz-Interview

51

Noch härter, kälter, brutaler

51

Die Deutsche Frage im Film

52

Ob im Osten, ob im Westen, auf der Mauer ist's am besten



Ein Leben für Frieden und Verständigung

Leonid Breschnew starb kurz vor Vollendung seines 76. Lebensjahres. Achtzehn Jahre stand er an der Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Sein Wirken und der Wandel vom kalten Krieg zur Entspannungspolitik sind auf das Engste miteinander verbunden. Gerd Deumlich würdigt den großen Staatsmann. Seite 40

RUBRIKEN

briefe, kleinanzeigen, tagebuch (S. 4/5), cartoon (S. 9), comic (S. 17), gekonnt gekürzt (S. 18), manuskripte (S. 31), linke szene (S. 37), bum (S. 39), dizz und dazz (S. 53)

DER BUNDESMINISTER
FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT

IV C 1 - 4810

Bei Anwohnern bitte dieses Gesuchsschreiben anlegen

Telefon 0221/57 2243 Bonn 3. 11. 1982

Dez. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft Postfach 2006 Bonn 2

An die
Redaktion des Studenten-
magazins "rote blätter"
z. H. Frau Birgit Hummler
Buseckstr. 81

5300 Bonn 1

Sehr geehrte Frau Hummler,

unter dem 1. Oktober 1982 haben Sie einen offenen Brief an Frau Minister Dr. Wilms geschrieben und sie unter Hinweis auf die Veröffentlichungen in der Oktobernummer Ihres Studentenmagazins aufgefordert, zu Ihrer Forderung nach "Einstellung jeglicher Forschungen mit chemischen Kampfstoffen" Stellung zu nehmen. Sie beziehen sich dabei vor allem auf Arbeiten an der Universität Göttingen.

Der Präsident der Universität Göttingen hat selbst auf entsprechende Vorwürfe des DKP-Kreisvorstandes in Göttingen reagiert, den Sachverhalt richtig gestellt und die Vorwürfe zurückgewiesen. Die Universität Göttingen hat außerdem - ähnlich wie die Fraunhofer Gesellschaft in Hannover - in einer Pressekonferenz am 15. Oktober 1982 die Öffentlichkeit informiert.

Ich schließe mich dem Standpunkt der Universität Göttingen an: Versuche zur Entwicklung chemischer Waffen widersprechen den Bestimmungen des Deutschlandvertrages. Forschungen zur Entwicklung wirksamer Behandlungsmöglichkeiten bei Vergiftungen mit chemischen Substanzen, die als chemische Kampfstoffe verwertbar sind, sind dagegen zum Schutz der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland gerechtfertigt und geboten. Solche Forschungen können unmittelbaren Nutzen im Übrigen auch bei der Behandlung von Pflanzenschutzmittelvergiftungen haben, weil ein Teil der Pflanzenschutzmittel in die gleiche Substanzengruppe fällt.

Frau Minister Wilms wird deshalb Ihrer Forderung nicht entsprechen.

Im Auftrag

Dr. Böning

Wir begrüßen es, daß Herr Dr. Böning in Ihrem Auftrag auf unsere Anfrage antwortete. (Entsprechende Briefe an den Bundesverteidigungsminister und den Bundesminister des Innern blieben bisher unbeantwortet.) Aber vielleicht hätten Sie sich dieser Sache doch etwas eingehender annehmen sollen.

Wir hatten sie aufgefordert, „offenzulegen, an welchen Hochschuleinrichtungen mit chemischen Kampfstoffen geforscht wird, wie diese Projekte finanziert werden und welches Interesse das Bundesverteidigungsministerium und das Bundesinnenministerium an diesen Forschungen haben“, die solche Projekte nachweislich mitfinanzieren. Daß Herr Dr. Böning darauf keine Antwort gibt, wo doch immer wieder betont wird, daß es keine Geheimforschungen auf dem Gebiet chemischer Kampfstoffe gibt, läßt nur die Vermutung zu: Sie fürchten offensichtlich die Unruhe und die Proteste, wenn das gesamte Ausmaß solcher Forschungen an die Öffentlichkeit kommt.

Denn zumindest in München, Freiburg und Gießen

laufen ebenfalls Forschungen mit chemischen Kampfstoffen, finanziert vom Verteidigungsministerium bzw. vom Bundesamt für Zivilschutz.

Herr Dr. Bönings Rechtfertigung solcher Forschungen ist derart oberflächlich, daß das Ansehen Ihres Ministeriums dadurch nicht gerade gehoben wird. Sie sind doch Minister für Bildung und Wissenschaft und nicht für Volksverdummung. Wie ist es da möglich, daß Herr Böning einfach den Standpunkt der Uni Göttingen übernimmt? Der Standpunkt der Universität Göttingen besteht darin, daß man bis heute keine vernünftige Erklärung dafür hat, warum Wissenschaftler dieser Uni seit sieben Jahren ihre Forschungsergebnisse nicht mehr publizieren.

Ihr Standpunkt besteht darin, nicht offenzulegen, von wem die Projekte in Auftrag gegeben und finanziert werden. Ihr Standpunkt besteht im Verschweigen und Ver tuschen der tatsächlichen Inhalte der Forschungen.

Wie ist es möglich, daß Herr Dr. Böning Gegenmittel- forschung zum „Schutz der Bevölkerung“ als „gerechtfertigt und geboten“ bezeichnet? Daß Gegenmittel die Zivilbevölkerung schützen, ist ein Ammenmärchen, das vielleicht noch Herr Dr. Böning, nicht aber die Göttinger Kampfstoffwissenschaftler glauben. Sie bestätigten auf der genannten Pressekonferenz selbst, daß es massenweise Gegenmittel gegen Nervengase nicht gibt, daß Hilfe nur in Einzelfällen bei sofortiger Behandlung in Intensivtherapie möglich ist. Haben Sie soviel Phantasie, sich vorzustellen, was unter solchen Bedingungen der Einsatz von chemischen Kampfstoffen im Krieg bedeuten würde? Sind Sie fähig, sich das Leid und die Qualen unter der Zivilbevölkerung auszumalen, die Nervengase massenweise verursachen würden? Einzelne Soldaten - ja, die können vielleicht gerettet werden, bei Unfällen in Giftgasdepots - im Kriegsfall schon nur noch ein Bruchteil der vergifteten Soldaten. Sie lassen eine Forschung als „gerechtfertigt“ bezeichnen, die keinen anderen praktischen Sinn hat, als die gefahrlose Handhabung inhumanster Massenvernichtungsmittel zu gewährleisten, eine Forschung, die ohne die Existenz chemischer Waffen keine Existenzberechtigung hat.

Herr Dr. Böning spricht vom „Nutzen ... bei der Behandlung von Pflanzen- schutzmittelvergiftungen“. Fragen Sie bitte Herrn Böning, ob er Schwarzpulver verwendet, um einen Dübel in die Wand zu bekommen. Oder ob er Nitroglycerin verwendet, um die Mäuse in der Speisekammer loszuwerden. Das wäre etwa dasselbe, wie Nervengase zu verwenden, um Gegenmittel gegen Pflanzenschutzmittelvergiftungen zu entwickeln. Und fragen Sie doch bitte auch Ihren Kollegen Wörner, ob das Verteidigungsministerium deshalb Millionen in solche Projekte pumpft, damit der Gärtner auf der Haardthöhe gefahrlos die Rosen spritzen kann.

Sehr geehrte Frau Minister,

wenn Sie jetzt auf die bösen Russen und die schreckliche Gefahr aus dem Osten verweisen, dann fordern wir Ihre Regierung auf, das gleiche zu tun wie der ständige Vertreter der DDR bei der UNO. Er schlug vor kurzem vor, Mitteleuropa zu einer C-Waffen-freien Zone zu machen.

Solang von Ihrer Seite

eine solche Initiative nicht unterstützt wird, können Sie sich die Humanitätsduselei mit der Gegenmittel- forschung sparen. So lange werden wir nicht von unserer Forderung abgehen, daß jegliche Forschung mit chemischen Kampfstoffen an unseren Universitäten aufhören muß.

Die Redaktion

Spannende Schweinerei

rb 11/82, S. 6ff.: „Der chemische Krieg beginnt im Labor, 2. Teil“

Ich habe mit großem Interesse die November-Ausgabe der roten blätter gelesen, besonders den Bericht über's chemische Kampfgas, 2. Teil. Da der Bedarf an Informationen sehr groß ist bei meinen Genossen und Freunden, wäre ich Euch dankbar, wenn Ihr mir zehn Exemplare von der Broschüre: „Kriegsforschung bedroht den Frieden! - Enthüllungen über chemische Kampfstoffforschung an der Uni Göttingen“ schicken könnet. Falls das was kostet, dann legt doch bitte eine Zahltkarte bei, denn zu den Spenden für die Prozeßkosten wollte ich sowieso meinen Beitrag leisten. Macht weiter so spannende rote blätter. Das soll doch schon was heißen, Göttinger Kampfstoffforschung aufzudecken. Schweinerei, daß sowas erst bei Euch zu lesen ist. Unsere Presse hat doch sonst die „dicke Ahnung“!

Dierk Knapke
Hamburg

Herablassende Filmkritik

rb 10/82, S. 71: „Vermittelt“ - Filmkritik von Hans Günter Dicks.

Während die elan diesem Film über das Verschwinden

klein anzeigen

Videoproduktion ... und zwar radikal. (Zum Stand der Berufsverbotspraxis 1982.) Aus Anlaß der internationalen Konferenz am 23./24. Januar 1982 in Hannover ist diese Dokumentation entstanden. Sie zeigt Straßendiskussionen, Konferenzbeiträge und ist selber Diskussionsanreiz für eine Auseinandersetzung mit der derzeitigen politischen und juristischen Situation in bezug auf die Praktizierung der Berufsverbote.

„10 Jahre Berufsverbote sind zugleich 10 Jahre einer großen Solidargemeinschaft. Sie setzen den Berufsverböten Grenzen. Sie gibt Kraft und Mut für den weiteren Kampf. Sie hilft den Betroffenen. Unsere Stärke ist unsere Gemeinsamkeit, ist unsere Entschlossenheit, uns durch nichts trennen zu lassen. Unser Dank an unsere ausländischen Freunde für ihre Solidarität verbinden wir mit der Verpflichtung, durch unseren Kampf auch einen wichtigen Beitrag zum Frieden zu leisten. Und wir versichern erneut, daß wir weiter kämpfen

werden, bis das letzte Berufsverbot überwunden ist. Solidarität hilft siegen. Weg mit den Berufsverböten!“ (Ingrid Kurz)

Video, s/w, 20-Min.-Kassette, wahlweise 3/4 Zoll U-matic oder VHS; Verleihgebühr: 35,- DM; Kaufpreis: 300,- DM; zuzüglich Porto, Versand und gesetzl. Mehrwertsteuerbetrag. Erhältlich bei: bild-werk, Friedel Deichert, Kurze Straße 23, 4600 Dortmund 1, Telefon (02 31) 14 24 18, Postscheckkonto Friedel Deichert 75011-469 Dtdm.

Gedruckte Examensarbeiten. „Die Entstehung des Volksschulwesens in Hamburg“ (1848/49-1870), 100 Seiten, 8,50 DM; „Armut und Elend in Hamburg“ (Armenfürsorge bis 1850), 196 Seiten, 9,80 DM inkl. Porto. Jeweils mit Vorwort des Prüfers. Zu beziehen von: M. Heede, Alfredstraße 58, 2000 Hamburg 36.

Buch über Hannes Waderl 111 Seiten. Die Arbeit enthält ausführliche Biographie Waderl, bibliographische und diskographische Angaben, Besprechung der einzelnen Langspielplatten; außerdem Rezeption und Wirkung Waderl. Exemplare können bestellt werden bei: Nico Kroon, Broerdijk 15, 6523 GM Nijmegen, Niederlande. Kontonr.: 2976 56-500 (BLZ 37010 050). Der Preis: 10,- DM.

Wer schreibt mir? Elena Laitinen, Ankurikyläkatu 21, E. 47, 20240 Turku 24, Finnland.

Zimmer frei in WG in Frankfurt. Wir (2 Frauen, 1 Mann, alle um 30 Jahre alt) suchen ab sofort einen männl. Mitbewohner. Telefon (0611) 748627. Verschenke „Viet-Nam Kurier“ von 1/77 bis 1/80. Anschrift: Günter F. G. Watermann, Schulstraße 5, 1000 Westberlin 27, Telefon (030) 4341270.

und die Ermordung eines US-Amerikaners im Zusammenhang mit dem Putsch in Chile zwei Seiten widmet, wird er in den roten blättern mit einer gewissen Herablassung abgehandelt: Da er ja von Costa-Gavras und dazu noch in den USA produziert worden sei, könne man „keine analytische Dokumentation mit ideologischem Tiefgang erwarten“, sondern nur „engagierte Attacken gegen Unrecht und Unterdrückung, verpackt in rund hundert Minuten bester Kinounterhaltung“.

Dem Verfasser scheint entgangen zu sein, daß „Vermißt“ ja kein Dokumentarfilm sein soll, sondern ein Spielfilm – oder beurteilt er die Qualität eines Spielfilms nur danach, wie viele dokumentarisch belegte Fakten auf der Basis des Marxismus-Leninismus darin verarbeitet werden? Damit geht die Kritik an der Spezifität und den Wirkungsmöglichkeiten dieses Films vorbei.

Costa-Gavara setzt sich mit dem Putsch in Chile unter einem ganz besonderen Gesichtspunkt auseinander: Er geht vom Blickwinkel des „unpolitischen“ US-Amerikaners aus, der dem Pinochet-Regime indifferent oder tendenziell positiv gegenübersteht. Die Personenkonstellation entspricht den Sehgewohnheiten des Konsumenten von US-Familiense-rien:

Und dann kommt es eben ganz anders: Der Vater muß von seinen gutschwierigen Illusionen über „Freiheit und Democracy“ Abschied nehmen. Sogar die „Gerechtigkeit“, die es ja in den USA „noch geben soll“, versagt am Ende. Das Filmkischee und die damit transportierte Ideologie werden Schritt für Schritt demontiert.

So räumt der Film in mehrfacher Hinsicht mit Illusionen und gängigen Normen des Durchschnittsbürgers – hier wie in den USA – auf: Der Putsch in Chile wird eindringlich als Kehrseite von „Freiheit und Democracy“ gezeigt, das heiße Eisen der direkten Beteiligung der USA steht mit ihm Zentrum. Und – der naive Glaube an eine Trennung zwischen Privatleben und Politik wird ad absurdum geführt: Auch der relativ Unbeteiligte kann plötzlich „direkt Betroffener“ sein. Die Konsequenz: Es ist lebensgefährlich, „unpolitisch“ zu sein. Dieser Film kann dazu beitragen, einem breiten Publikum dies anschaulich zu machen.

Boris Heczko
München

Gute Laune in der Redaktion: Die Giftgas-enthüllungen haben einiges ins Rollen gebracht. Zahlreiche weitere Reaktionen in anderen Presseorganen, Nachfragen aus verschiedenen Hochschulorten und sogar die allseits unbeliebte Frau Wilms sah sich gemüßigt, sich der rote-blätter-Redaktion gegenüber zu den Vorwürfen zu äußern.

Auf fast allen Redaktionskarten waren die Giftgasartikel unter „Das fanden wir gut“ zu finden, und – was uns besonders freute – viele MSB-Gruppen erhöhten ihre Verkaufskontingente.

Erstmals nennenswerte Nachbestellungen gab es im Oktober. Von der Novemberausgabe wurden bis heute (12.11.) über 400 Exemplare zusätzlich angefordert. rote-blätter-Verkäufer der Uni Hohenheim z. B. verkleideten sich mit Gasmasken und erzielten Spitzverkäufe. Besonders toll fanden sie natürlich, daß sie nicht viel reden und schreien brauchten, um die roten blätter an die Frau und den Mann zu bringen – das ging nämlich schlecht mit der Maske.

Ähnliche Verkaufsaktionen und -erfahrungen machten die Genossen in München, Freiburg und Braunschweig. In diesem Heft legen wir trotzdem auf diesem Gebiet erst einmal eine Pause ein. „Bafög“ steht im Mittelpunkt.

Wie immer debattierte die Redaktion lang, breit und kreativ über die Titelblattgestaltung. Bei einigen Vorschlägen lagen einige Redaktionsmitglieder unter dem Tisch – vor Lachen oder aus Verzweiflung über so viel Verschlußselung von Gedanken. Wie soll auch die Idee – sie stammt natürlich von Otmar – „Frau Wilms mit Schrumpfbeinen und Sprechblase: In der Kürzung liegt die Würzung – graphisch umgesetzt dem potentiellen Leser das Wesentliche rüberbringen? Obwohl es treffend und komisch wäre. Auch der Abdruck des Lottoscheins (Motto: Jetzt hilft nur noch Spielen! oder auch: Jeder ist seines Glückes Schmied) und ein Foto mit der eingeschlagenen Fensterscheibe einer Bank („muß es erst soweit kommen?“) wurden verworfen. Ottmars letzter Vorschlag – von Dorle gefeatured – setzte sich durch, und wir hoffen, daß das endgültige Ergebnis gefällt.

„Bafög“ auch im Innenteil. Die Stellungnahmen hätten wir gerne mit denen führender Sozialdemokraten (Brandt, Glotz oder anderer) vervollständigt – aber sie waren in der Kürze der Zeit nicht zu bewegen. Frust – nicht nur für Jerry, der tagelang von den Vorzimmersdamen vertröstet und dann doch enttäuscht wurde. Vielleicht ergibt sich ja während der Demonstration am 4. Dezember oder auch später die Gelegenheit, ihre Meinung – auch hinsichtlich des von Weisskirchen (Bildungspolitischer Sprecher der SPD) angedeuteten längerfristiger wirkenden „breiten Bündnisses der pädagogischen und Bildungsreform“ – einzufangen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Bafög ist noch zu erwähnen, daß dieses Thema auch in der Begegnung der Sekretäre und Mitarbeiter des „Haus“ mit Gus Hall eine Rolle spielte. Gus Hall, neuerdings gefragter Interviewpartner der verschiedensten Fernsehredaktionen in den USA, erzählte, daß auch in den USA für viele Studenten, die ihr Stipendium zurückzahlen müssen, nach dem Stu-



Foto: Tripp

dium kaum Jobs zu kriegen sind. Die Verwaltung sei deshalb dazu übergegangen, Autos der Studenten zu pfänden. Auch eine Lösung!

Unser Redaktionsschluß liegt diesmal eine Woche früher als normalerweise, die Januarausgabe muß nämlich noch vor Weihnachten fertig werden, dementsprechend telefonieren die Redakteure schon jetzt nach neuen Artikeln. Trotzdem haben wir noch einige aktuelle Ereignisse aufgenommen. Zum Beispiel ist Jerry zum Parteitag der Grünen gefahren und schreibt noch während des Umbruchs. Was uns allerdings nicht mehr gelang, war ein Artikel zum Freispruch von Hans Meister. Nichtsdestotrotz freuen wir uns mit ihm über diesen großen Erfolg!!!

Und leider ist ein peinliches Mißgeschick passiert, das um so peinlicher ist, weil wir noch vor einer Woche bei einem Redaktionssessen ganz stolz über die erstmals erreichte Frauenmehrheit in der Redaktion waren: Es fehlt die Frauenseite. Das liegt daran, daß uns ein Artikel „gestorben“ ist und in den verbleibenden zwei Tagen keine Alternative organisiert werden konnte. Nochmals Frust.

Dafür gibt es aber etwas völlig Neues in diesem Heft: Statt der Abo- und Redaktionskarten ist diesmal auf dem Beiheft eine Leserumfrage. Die Bitte der Redaktion: ausfüllen und zurücksenden! Ihr erhaltet damit die Gelegenheit, 40 Bücher zu gewinnen, und wir die Möglichkeit, genauer zu wissen, welche Leute die roten blätter lesen und was sie von den roten blättern halten.

Und zum Schluß noch die Gewinner der Bücher, die unter den Einsendern der Redaktionskarten zur Oktober- und Novemberausgabe verlost wurden: Winfried J. T. Klumpp (Gerhard Kühne, Chlodwig Poth: Mein erstes Pfeifkonzert) und Martina Fischer (Erik Neutsch, Forster in Paris). Die Bücher gehen Euch in den nächsten Tagen zu. Viel Spaß!

Heidi Hutschenreuter

**Gus Hall,
Vorsitzender
der KPUSA,
stattete dem
MSB Spartakus
einen Besuch
ab.**

Häuslich unter einem Dach vereint sitzen sie:

Der RCDS und das Großkapital. Wirtschaftsbosse geben

sich die Ehre und laden zum Dialog mit der Jugend.

Und der RCDS macht ihre Geschäfte.

Von der Tagung eines neugegründeten Vereins

„Managementgespräche“ berichtet Gert Enders.

RCDS und Großkapital haben bekanntlich gerauschen miteinander zu tun wie ein Fisch und ein Fahrrad. Laut RCDS wurde das „Ammenmärchen von wegen „RCDS-Knechte des Großkapitals““ bereits Lügen gestraft („hochschulmagazin“, Zeitung des RCDS-Landesverbandes Bayern, Oktober/November 1978). Wer würde bei solchen Beteuerungen argwöhnen, der RCDS könnte irgend etwas zu tun haben mit der Neugründung eines Vereins „Managementgespräche Jugend und Wirtschaft e. V.“, der mit einer Tagung am 8. und 9. November zum ersten Mal ans Licht der Öffentlichkeit trat?

Obwohl – die Schriftzüge der Pressemitteilung zur Vorstellung des Vereins ähnelten doch sehr einschlägig bekannten Pressemitteilungen des RCDS. In diesen Schriftzügen war da zu lesen: „Die Satzung des Vereins macht deutlich, in welche Richtung der Weg weist: „Der Verein fördert

den studentischen Nachwuchs für die Wirtschaft. Insbesondere führt er Persönlichkeiten aus Unternehmen und Institutionen mit Studenten an wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Probleme heran.“ Langfristig ist dabei an die Förderung von Studenten aus betriebswirtschaftlicher bzw. sozialwissenschaftlicher Fakultät gedacht, die besonders begabt sind.“

Die Adresse des neuen Vereins: Siegburger Straße 49, 5300 Bonn 3. Die neue Adresse des RCDS-Bundesvorstands lautet: Siegburger Straße 49, 5300 Bonn 3. RCDS und Großkapital, die angeblich nichts miteinander zu tun haben, werken hier einträchtig unter einem Dach. So war es auch kein Zufall, daß der RCDS in seiner Zeitschrift für Wirtschaftswissenschaften „Saldo“ für die erste Tagung des „gemeinnützigen, politisch neutralen Vereins „Managementgespräche Jugend und Wirtschaft e. V.““ die Werbetrommel rührte, um den

dort anwesenden Wirtschaftsbosse den Nachwuchs, die Elite sozusagen, zuzuführen.

Thema der Tagung: „Engagement in der Strukturkrise: Herausforderung und Chance für die akademische Jugend.“ Als Diskussionspartner hatten sich Herren aus den Chefetagen verschiedenster Unternehmen angekündigt, vom Generalbevollmächtigten der Deutschen BP-AG Dr. Wolfgang Müller-Michaelis über Klaus Pütter, Vorsitzender der Geschäftsführung der Coca-Cola-AG Essen, bis zu Größen aus der Autobranche, wie Prof. Dr. Kurt Lotz, jetzt Rentner, früher Boß von VW, oder Hermann Stübig, im Vorstand der Audi/NSU Autounion zuständig für die Abteilung Produktion. Der Vorsitzende des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, wünscht der Tagung schriftlich alles Gute. Das Großkapital gab sich die Ehre.

Und der RCDS organisierte das ganze, bot hilfwillig seine Dienste an, mischte kräftig mit im Managementgespräch zwischen Jugend und Wirtschaft. Er stellt dem neuen Verein den Geschäftsführer. Denn Wolfgang Kühne, heute Geschäftsführer der „Managementgespräche“, hat Erfahrung. Immerhin war er langjähriger Bundesgeschäftsführer des RCDS. Für seinen neuen Job braucht er nicht auf die vertraute christliche Umgebung zu verzichten. Die Büroräume in der Siegburger Straße sind nicht einmal formal getrennt. Die Sekretärin des RCDS empfängt den Besucher der Managementgespräche. Pressemitteilungen des RCDS liegen bunt zusammen mit Einladungen zur Tagung der Wirtschaftsbosse zu ihrem Dialog mit der besonders begabten Ju-



Dr. Giulini, Vorsitzender des Vereins „Managementgespräche“ und Aufsichtsratsmitglied bei Mannesmann.



Wolfgang Kühne führt die Geschäfte für RCDS und Wirtschaftsbosse und managed die Zusammenarbeit.

RCDS-JUNGMANAGERTAGUNG

SCHICKE, SCHECKS.

GASSERT

RÄCKE

GIULINI

KÜHNE

BIRR



**JUGEND UND
WIRTSCHAFT**



**JUGEND UND
WIRTSCHAFT**



**JUGEND UND
WIRTSCHAFT**



**JUGEND UND
WIRTSCHAFT**

gend. Man wechselt nicht einmal den Kugelkopf für die unterschiedlichen Schreiben.

Der einzige studentische Vertreter des siebenköpfigen Vereins „Jugend und Wirtschaft“, der Jurastudent Jürgen Clausius, ist folgerichtig ebenfalls Mitglied des RCDS. Die einzige studentische Referentin auf der Tagung selbst, die Frankfurter Volkswirtschaftsstudentin Dagmar Steinbrink, gehört dem gleichen „Ring“ an.

Wen wundert es da noch, wenn die Jugend, die sich in den beiden Tagen der Tagung um die Manager scharte, überwiegend aus RCDSlern einschließlich zahlreicher ihrer Bundesvorstandsmitglieder bestand. Wie aus dem Ei gepellt, als wären sie auf einem Vorstellungsgespräch, nahmen sie die Vor- und Ratsschläge der Wirtschaftsbosse auf. Top wie die Kleidung war auch die Unterbringung der knapp 100 Teilnehmer in Bonner Mittelklassehotels.

Bezahlt werden solche Ausgaben des „gemeinnützigen“ Vereins durch Spenden, wie er seine gesamte Arbeit auf diese Weise finanziert. Wer die Schecks rüberschiebt, ist auch nicht schwer zu erraten, wenn man die illustre Gesellschaft der Wirtschaftsvertreter bei der Tagung betrachtete. Und daß dabei auch für den RCDS etwas abfällt, der sich schließlich so engagiert für diese Bosse zeigt, dürfte fast eine Selbstverständlichkeit sein.

„RCDS-Knechte des Großkapitals“? Oh nein! Man nimmt bei diesem christlichen Ring nur gemäß dem Thema der Managementgesprächstagung die „Herausforderung und Chance“ wahr, durch „Engagement in der Strukturkrise“. Für die akademische Jugend? Eher für den RCDS!

Denn er sahnt schließlich ab, und nicht nur die Schecks.

Die Eröffnungsansprache von Dr. Udo Giulini, Vorsitzender des Vereins und Aufsichtsratsmitglied von Mannesmann, machte Hoffnung auf ganz andere Dinge: „Es ist ein Versuch, aufeinander zuzugehen“, beschreibt er den Zweck der Tagung. „Wir wollen dabei stufenweise vorgehen, beginnend mit dem Gespräch, weitergehend vielleicht mit Besichtigungen von Betrieben, Kennenlernen der leitenden Herren und des Betriebsrates, und schließlich vielleicht mit der Aussicht, einen Job zu bekommen.“

Die ganze Tagung entpuppte sich als erstrangige Jobvermittlungsveranstaltung, bei der die „alten Herren“ ihre Tips und Connections einbrachten und die Jungen Wohlverhalten übten.

Die Ansicht von Prof. Kurt Lotz, des ehemaligen VW-Bosses, die Schulbücher stellten das Privateigentum in ein schlechtes Licht und leisteten so einen Beitrag zur Krise, konnte von Sibylle Möller, 22 Jahre alt und von den Veranstaltern als Vertreterin der Jugend angeheuert, nur bestätigt werden. Als Lösung schlug sie vor, die „Vertreter der Wirtschaft“ sollten doch mehr in Studienreformkommissionen mitar-

beiten. Das Zeug, zu diesem Anliegen einen Teil beizutragen, hat Sibylle Möller: Schließlich hat sie jahrelang die Bundesfachtagung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des RCDS geleitet und ist auch weiterhin politisch aktiv. Unter anderem im parteipolitisch neutralen Verein „Management Gespräche Jugend und Wirtschaft.“

Lebendig wurde die Diskussion in den Arbeitskreisen mit den Themen „Gedanken zur Jungakademiker-Arbeitslosigkeit“, „Planwirtschaft oder soziale Marktwirtschaft?“ oder „Anforderungsprofil der Industrie an Jungakademiker“.



Die Herren der Industrie konnten zufrieden sein: Die RCDS-Jugend übte sich in Wohlverhalten.

Fotos: Menzen

UND SCHLEIMEREI

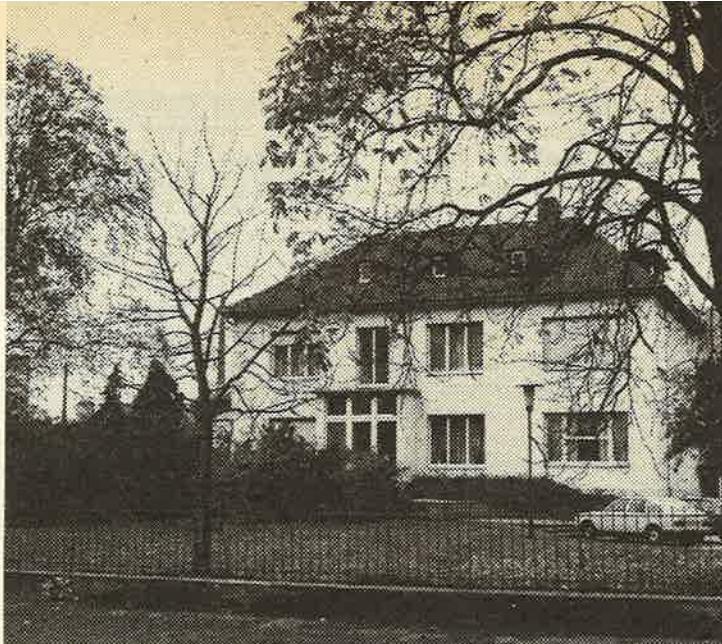


Hermann Stübig und Dr. Holger Karsten, die beiden Herren von Audi/NSU, die zum Dialog mit der Jugend in der Arbeitsgruppe „Anforderungsprofile der Industrie an Jungakademiker“ angetreten waren, konnten sich bald großer Beliebtheit erfreuen. Denn sie hatten etwas anzubieten: „Ferienjobs in Administration und am Band, Praktika, Themen für Studien- und Diplomarbeiten.“ Wenn die entsprechenden Arbeiten den Konzernbosse gefallen, sind die Chancen, ins Management aufzurücken, erheblich gestiegen, denn, so Hermann Stübig: „Die Diplomarbeit ist für uns auch ein Kriterium bei der Einstellung.“ Wie kommt man an solche Ferienjobs? Ganz einfach: Man wähle (0841) 892676. Am anderen Ende der Leitung meldet sich ein gewisser Diplomkaufmann namens Grönig, erklärte Stübig's Assistent Dr. Holger Karsten. „Rufen Sie den an, berufen Sie sich auf dieses Seminar, der wird Ihnen schon weiterhelfen.“

Aber ganz frei von Dornen ist der Weg ins Topmanagement auch nicht. Nicht nur, daß man am Anfang „ganz kleine Brötchen backen“ muß, sprich, erst einmal als Sachbearbeiter anfängt. So ein Aufstieg verlangt schon einige Opfer. Die Tatsache, daß man auch manchmal nach Feierabend im Büro bleiben muß, darf einen nicht schrecken, wenn man zu den Großen der Wirtschaft zählen will.

Was Frauen anbelangt, so haben sie nicht nur dem Manne, sondern auch seinen höheren Zielen untertan zu sein: „Die Frau hat da nichts zu sagen, die muß man erziehen“, verriet einer aus der „zukünftigen Elite“ sein

Foto: Manzen



Siegburger Straße 49, 5300 Bonn 3. Die neue Adresse des RCDS. Unter dem gleichen Dach wie der „Jugend und Wirtschaft e.V.“

Erfolgsrezept in dieser Frage. „Ganz genau“, kam auch sofort die erhoffte Zustimmung des Coca-Cola-Vertreters H. Lothar Reiser aus Essen. Doch auch selbst sollte man keine all zu große Lippe riskieren. „Es ist ein schmaler Pfad zwischen Höflichkeit, der Fähigkeit, eigene Meinung zu vertreten und Aufsässigkeit“, warnt Stüber von Audi/NSU.

Dienten die Arbeitsgruppen dazu, den Nachwuchsmanagern die richtigen Tricks und Kniffe beizubringen, wie man sich den Weg nach oben freiboxt, konnte man sich am Abend persönlich an die Konzernbosse heranwenden. Der Verein „Management Gespräche Jugend und Wirtschaft“ hatte dazu eigens einen Raum in einer Bonner Kneipe reservieren lassen.

Das Gedrängel um die Plätze neben den Vorstandsvorsitzenden zeigte, daß man die „Ellenbogengesellschaft“ nicht nur im übertragenen Sinne verstand. Wer von zu Hause her nicht mit Beziehungen gesegnet ist, hatte hier die Gelegenheit, diesen Mangel auszugleichen. Und zu beweisen, daß man sich nicht nur im Studium engagiert, sondern auch sonst seinen Mann steht, zum Beispiel mit der Bemerkung: „Wir haben neulich in Bamberg den RCDS gegründet.“ Wirklich eine gute Empfehlung für den danebensitzenden Audi-Vertreter, wenn es darum geht, ein Praktikum in den Ferien in Aussicht gestellt zu bekommen.

Denn Organisierung ist bei den Herren Managern durchaus gefragt.

Wer sich in der richtigen Organisation betätigt, der lernt dort die Fähigkeiten, die man später als Manager braucht: „Nicht nur Theorie, sondern auch „Organisationstalent, Verhandlungsgeschick und Durchsetzungsvermögen.“

Auf der Tagung selbst wurde die naheliegende Frage, in welcher Studentenorganisation man denn mitarbeiten müsse, damit die Managerträume in Erfüllung gehen, von der Versammlungsleitung sorgfältig ausgespart. Bis es einem Anwesenden zu bunt wurde: „Die Frage ist doch, was kann man tun als normaler Student. Wenn ich mir die Leute hier angucke, die sind doch fast alle im RCDS. Dazu sollte man doch auch mal was sagen. Ich finde, wir machen jetzt hier mal 'ne Abstimmung, also: Wer von euch ist im RCDS?“ In das verwunderte Gemurmel mischte sich Moderator Birr mit der Behauptung, der Verein sei parteipolitisch neutral, und die Abstimmung solle man doch lieber unterlassen. Auf die entrüstete Erwiderung eines Studenten, er sei doch nicht im RCDS und kenne hier auch kaum einen, der dazugehöre, kam die Berichtigung von Sibylle Möller – durch ihre Rede als Vertreterin der Jugend bereits bekannt: „Sag das mal nicht so laut, ich komm' aus der Nähe und kenne doch einen Großteil der Leute, die hier sitzen.“

Sogar der Bundesvorsitzende des RCDS, Johannes Weberling, ließ sich auf der Tagung sehen. Natürlich nur kurz, zum Händeschütteln mit Konzernbossen. Sonst hätte das ganze ja womöglich so ausgesehen, als hätte der RCDS tatsächlich etwas mit dem Großkapital zu tun.

Spenden für rote-blätter-Prozeßkosten:

Es fehlen noch 9000 DM

Fast elftausend DM haben unsere Leser bis zum 12. Oktober aufgebracht. Das ist fast die Hälfte unserer Kosten für Rechtsanwälte, Öffentlichkeitsarbeit etc. 20984,19 DM mußten wir zahlen, obgleich das Verfahren gegen die roten blätter eingestellt wurde!

Wir wollen und werden weiter über Spitzelpraktiken, Kriegsforschung u. a. berichten. Darum bitten wir unsere Leser und Freunde um Hilfe: Noch fehlen uns 9000 DM!

Bitte auf das Sonderkonto Postscheckamt Köln 318527-505, Franz Sommerfeld, Buschstraße 81, 5300 Bonn 1, Spenden.





BAFÖG-UMSTELLUNG AUF DARLEHEN

Kaum in die Ministersessel gehlevt, schlug die Kohl-Regierung 1982 beim Bafög besonders hart zu. Umstellung auf Darlehen hieß die Devise.

1986

Dazu Schuldenerlaß bei vorzeitigem Verzicht auf das Bafög (für die die sich's leisten konnten). Schuldenerlaß für Streber (für die mit den besten Noten). Schuldenerlaß bei vorzeitiger Rückzahlung des Darlehens (für diejenigen, die dann tatsächlich das dicke Geld verdienen).

Die Marktwirtschaft der Ausbildungsförderung erblühte. Die Konkurrenz- und Ellenbogen-Uni nahm Ihren Anfang. Barbara Höche beschreibt das Ergebnis.

Drei, vier, fünf, sechs. Sechsmal: „Am 14. September 1962 wurde ich, Martin S., usw. ... Mit freundlichem Dank zurück... Zur Zeit leider keine Stelle zu besetzen“. Oder: „die ausgeschriebene Stelle haben wir leider bereits an einen anderen Bewerber vergeben“. – Gestern waren's drei, wieviele stehen noch aus? Der Ordner ist schon so gut wie voll. Nun gut, für die nächsten zehn Bewerbungsschreiben kann ich mir wenigstens die Mühe des handschriftlichen Lebenslaufs sparen.

Was sonst? Wurfsendung, Sonderangebote im Einkaufszentrum. Hätte nie gedacht, daß ich mir dieses grelle Zeug wirklich mal angucke. Pfennigfuchserei, wegen 20 Pfennig billigerer Wurst einen halben Kilometer weiter zu laufen, Zeit ist Geld oder eben auch nicht. Wieviel Geld kann man ausgeben, wenn man nur noch Schulden hat? Wenn der Zinsenberg von Monat

zu Monat wächst? Persönliches Minuswachstum!

Moni hat wieder nicht geschrieben. Seit sie in den Laden bei ihrem Alten eingestiegen ist, ist sie nur noch fertig. Ich konnte es nicht fassen, daß sie sich doch noch drauf eingelassen hat. Damit ist sie weg vom Fenster; in dem Kuhnest, dazu noch unter der Kontrolle der alten Herrschaften. Kultur in der nächsten Kreisstadt. Viel ist da wohl nicht, Provinztheater, Kino (Sex and Crime) und zwei, drei Kirchenkonzerte im Monat. Tragisch langweilig. Vom Uniangebot in die Prärie, nein danke!

Aber ich hab gut reden. War ja selber schon lange nicht mehr im Kino, geschweige denn im Theater oder Konzert. Zwanzig Mark und dann noch ein, zwei Bier, das ist einfach nicht drin. Kultur, das ist ja zum Heulen. Auf der Stereoanlage – die ersten Semesterferien voll Power Schichten geschuftet – klebt der Kuckuck. Und nicht nur auf ihr. Den Staub-

sauger haben sie mir gelassen. „Den benötigen Sie ja wohl.“ Jawohl. Sauberkeit und Ordnung. Dabei hätte ich nichts gegen ein schön gekacheltes Badezimmer mit Wanne und Dusche. Jedesmal ins Hallenbad zu gehen, wenn die Haare kleben, ist umständlich und teuer. Sportlicher Ausgleich – der reinste Hohn: für was denn?

NUR NICHT SENTIMENTAL WERDEN

Ein paar Platten könnte ich heute mit in die Mensa nehmen. Mein Sortiment ist nicht schlecht. Und eigentlich brauch ich sie ja jetzt nicht mehr. Da werden miese Scheiben verscherbelt. Müssten ja nicht gleich alle sein. Bloß nicht sentimental werden, Junge. Den Marley behalt ich mal vorläufig. Ach, überhaupt, das ganze hat auch morgen noch Zeit. Kann ich in Ruhe vorher aussortieren. Heute bin ich sowieso schon zu spät. Um diese Zeit kriegte kei-



Fotos: Vogt

Sie warten nicht bis 1986: Dortmund Studenten gingen auf die Straße und sammelten Unterschriften gegen die Darlehensregelung. Studenten des Dortmunder Kollegs besetzten den Fernsehturm. In Marburg demonstrierten 1000 unter dem Motto „Macht den Kohl zu Sauerkraut, wenn er uns

das Bafög klaut“.

Den Besuch von Frau Wilms an der Uni Göttingen beantworteten

300 Studenten mit einer Spontandemo gegen die Bafög-Streicherin.



nen Platz mehr an der Bazarstraße Mensa I. Früher gab's Knatsch zwischen den fliegenden Händlern und den Polit-Gruppen, die ihre Agitprop-Stände verdrängt sahen. Merkwürdig, daß sich die Flohmarkttruppe durchgesetzt zu haben scheint. Das Bild hat sich in der Tat völlig verändert. Warum ist mir das nie aufgefallen? Was haben wir geflucht, wenn die Flugblätter in der Soße schwammen! Heute gehören Schönfelder und Anatomelexika mit Fettflecken und -spritzen zum Landschaftsbild. Nein, wir waren wenigstens immer informiert. Soße hin, Soße her. Was hat's gebracht? Linke Grabenkämpfe haben ja niemanden hinterm Ofen vorge lockt. Und die Schwarzmalerei aus der marxistischen Ecke – ich hab's einfach für Übertreibung gehalten.

Als ich nach dem Examen den Job bei der Möbelspedition hatte, haben die Kollegen mich immer geneckt: Diplomierter Möbel packer, mit 30 000 Mark Schulden, was hat dir denn deine teure Ausbildung genützt? Das kam mir irgendwie bekannt vor. Ehrlich gesagt, war ich froh, als ich den Job verloren hab, selbst wenn sich das Verhältnis zu den Kollegen allmählich gebessert hat, so richtig dazugehören tut man nie. Auf der anderen Seite hatte man wenigstens einen geregelten Tagesablauf, Panik konnte verdrängt werden, man war nicht so nutzlos.

Viel Kohle gab's nicht, das meiste ging nach wie vor für die Miete drauf, den Rest hat die Bank einbehalten. Den habe ich gar nicht erst zu Gesicht bekommen. Da blieb nicht mehr viel zum „Leben“. Bafög-Schulden, mit Zins und Zinseszins. Ich hab's ja nicht glauben wollen. „Lern doch was Ordentliches, Handfeste“, hat Vater damals gesagt. (Handfeste Lehrstellen waren rar.) Dem Vater aber saß die Angst im Nacken. Vierzig Jahre Dreher im Betrieb, Urkunde und so, und dann... „Lehrer willste werden, das bringt doch nichts. Guck dir doch die Prognosen an, es wird nicht besser.“

UND HINTERHER EIN SICHERES EINKOMMEN

Na gut, Lehrer muß wirklich nicht sein. Aber wozu habe ich mich denn dreizehn Jahre mit der Penne abgequält? Irgendwie träumt doch jeder noch vom lustigen Studentenleben. Hinterher sicheres Einkommen. Lehrer muß wirklich nicht sein. (Obwohl ich mir heute immer noch vorstellen kann, daß es mir Spaß gemacht hätte, den Jungs zu zeigen, daß der Faust gar nicht so dröge ist.) Aber Sprachen kann man auch nebenher lernen, Volks hochschule oder an der Uni, da soll's auch Kurse geben... und Literatur ist auch mehr ein Hobby... In der Wirtschaft werden Leute benötigt. Also nichts wie rein, Wirtschaftswissenschaft.

NC – schaff ich. Überhaupt: Ich, ich, ich werd's schon schaffen. Die Büffelei in den ersten Semestern klappte doch prima. In den meisten Vorlesungen bin ich schier eingepennt. Nachtarbeit bei der Post, denn Bafög

Anzeige



gab's wenig. Georg kriegte noch mehr, obwohl Vater nicht mehr und nicht weniger verdient hat. Warum Georg noch nach seinem Examen zur Bafög-Demo nach Bonn gelatscht war, als sich die neuen Köpfe die Darlehensregelung ausgedacht hatten? Für die kommende Generation, also auch für dich, mein Junge. Euch trifft's noch mal ganz hart. Onkelhaftes Lächeln. (Ob ich's mir vielleicht bloß eingebildet hab?) Ich werd's schon schaffen. Wird alles nicht so heiß gegessen, wie's gekocht wird. Und so ein Darlehen zahlt man mit Links zurück, wenn man den entsprechenden Job hat.

Wenn ich dran denke, wie unsicher ich war im ersten Semester und wie schnell ich den Durchblickerblick hingekriegt hab. War selber von mir überzeugt. Nur, daß ich regelmäßig aus der Vorlesung bei Prof. M. rausmußte, Magen-/Darmnervosität, kann nicht am Mensaessen gelegen ha-

ben, die Vorlesung war morgens um neun. Im zweiten Semester traf mich beinahe der Schlag: Von jetzt auf nachher war eine Prüfung eingeführt worden, Studierfähigkeit sollte bewiesen werden. Studierfähige sollten weiter Bafög erhalten. Aber wieso denn? Studierfähig waren doch die, die sich die teuren Lehrbücher selbst anschaffen konnten. Das waren doch nicht die, die auf Bafög angewiesen waren. Um die vier Exemplare eines Lehrbuchs in der Bibliothek soll es mal eine Massenschlägerei gegeben haben.

Weiterförderung in der Tasche – und zack, kam die Umstellung. Bafög nur noch auf Volldarlehen. Ich konnte mir nicht vorstellen, daß das alles so schnell ginge. Aber es ging.

Und was das Schlimmste für mich war: Der Weg zur Bank. Das Darlehen muß von der Bank aufgenommen werden! Damit hatte ich überhaupt nicht gerechnet. Bei der Bank mußte man einen Fragebogen ausfüllen, Studienfach, Berufswunsch, ... zur Überprüfung der Kreditwürdigkeit. „Wirtschaftsfach, so, so, ...“ der Filialleiter strahlte. „Da haben sie aber Glück, wissen sie, Lehrerstudenten und so sehen wir nicht so gerne. Aber bei ihnen, kein Problem...“ Der NC wird jetzt also von der Bank geregelt, interessant! Gesagt hab ich aber nichts.

Jetzt bloß gucken, daß du kein Semester mehr verlierst, pro Semester kannst du mit vier Riesen Schulden rechnen.

DER WEG ZUR BANK

Ein Glück, daß ich Moni kennengelernt habe. Ihr alter Herr sorgte schon dafür, daß sie mit den besten Bedingungen ausgestattet war. Zusammen haben wir gebüffelt. Dann hatte ich die

Wir sind nicht der Weihnachtsmann. Aber wir haben ein gutes Angebot:

Jede(r) neue Abonnent(in) bekommt ein Buchgeschenk nach eigener Wahl aus dem Angebot der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verlage bis zum Werte von 14,80 DM (einige Kostproben nebenstehend). Das Jahresabo der roten blätter kostet 19,50 DM.



Gert Bastian:
Atomtod oder
Europäische
Sicherheits-
gemeinschaft
Polit-Populismus
priv.



Wir Frauen.
Frauenkalender
1983. prv.



Günter Amendt:
Das Sexbuch.
WKV.



Pomorin, Junge,
Biemann: Ge-
heime Kanäle,
der Nazi-Mafia
auf der Spur. WKV.



Greune/Mann-
hardt (Hrsg.):
Hiroshima und
Nagasaki. prv.



Stefan Siegert:
Karl Marx geht
um. WKV.

Demo in Bonn 4/12.



Fotos: Kleinhaz

200 Studenten in Oldenburg statteten dem CDU-Landesbüro einen Besuch ab. Doch Landesgeschäftsführer Gerd Dietrich fühlte sich nicht kompetent für Bafög-Fragen. Man schenkte ihm ein rotes Blatt – als Weiterbildungslektüre. Mal seh'n, ob's hilft.

Als der Job bei der Post über die Kräfte ging – wer kann schon eine Klausur bestehen nach einer Nacht zwischen Postamt und Bahnhof – erst mal durchgefroren heimgekommen, das Bett war so verlockend, da hab ich zum ersten Mal gedacht, und wenn du's doch nicht schaffst? Aber es ging, der Schuldenberg lag in weiter Ferne. Am Ende der Welt liegt ein hoher Berg. Jedes Jahr kommt ein Vögelchen... Eine Ewigkeit also wird mich das noch belasten.

Kurz vor den Examen ging's nicht mehr, der Job machte mich wahnsinnig. Dann führten sie doch tatsächlich noch Studiengebühren ein. Ich mußte fertig werden, koste es was es wollte. Dieser Schuldenberg ohne Abschluß? Im letzten Semester zahlte ich auch noch brav meine Studiengebühren und büffelte auf's Examen, wie ein Verrückter. Georg, der gute Bruder, hat mir ein bißchen unter die Arme gegriffen, dabei muß er selber noch zurückzahlen. Und das bei zwei Kindern. Bei denen hängt der Hausegen ja ganz schief. Claudia ist total unzufrieden, zu Hause rumsitzen, weil sie keinen Kindergartenplatz für die Bälger kriegen. Dabei könnte sie vielleicht mit ihrem Biodiplom sogar was anfangen. Sie hat auch noch Bafögsschulden. Dafür muß ja wohl der Staat aufkommen; Familie wird doch ganz groß geschrieben. Kann ich mir aber abschminken. Das mit Moni geht so nicht weiter. Wenn ich die Verkäuferin aus dem Schuhladen mit dem Bauarbeiter an der Ecke stehen sehe, Mittagspause, werd ich manchmal sentimental. Was

Ordentliches lernen, Junge. Ich schäme mich meines Müßiggangs. Irgendwas müßte man tun...

Gott, die Mensa ist wieder voll. Hab ich's also doch wieder nicht geschafft, bevor die naturwissenschaftlichen Praktiker anstürmen. Wer hätte das gedacht, Diplom in der Tasche, Mensafräß für drei Mark achtzig, vorausgesetzt, die Ausweiskontrolle kann überlistet werden. Von daher ist es ganz praktisch, daß ich mit dem großen Run komme. Die Kontrollen finden jetzt fast täglich statt und werden immer schärfer. Entweder es gibt Leute, die diesen Fraß freiwillig zu sich nehmen, oder die Verwaltung hat Angst, es gäbe zu viel von meiner Sorte. Scheint mir wahrscheinlicher. Komisch, daß ich die dann gar nicht kenne.

DIE HOLEN AUCH, WO NICHTS MEHR IST

Woran erkennt man einen arbeitslosen Akademiker in der Mensa? Er hat Zeit, er rennt nicht, er schlingt nicht, er liest die Anschläge. Zumindest trifft das auf mich zu. Verstellen sich die anderen alle? (In der ersten Zeit hab ich mir auch noch eine Mappe unterm Arm geklemmt.) Oder können die nach vier Jahren gar nicht mehr anders? Was ist eigentlich aus den Kommilitonen geworden, die mit mir zusammen zum Examen angetreten sind? Die meisten kannte man ja langsam vom Sehen. Aber Namen und Adressen? Wir haben kaum miteinander gesprochen.

Demo in Bonn 4/12.



Bücher zum Verschenken

ASSO Verlag

Josefplatz 3
4200 Oberhausen
Ruf (0208) 802356



Walter Koppink (Hrsg.)
100 Jahre Bergarbeiterdichtung
Repräsentativ in Inhalt und Ausstattung:
die bisher umfassendste Sammlung von Texten
deutscher Bergarbeiter der letzten 100 Jahre!
544 Seiten, 70 ganzseitige Bilder, festgebunden,
Präcißband in Großformat 22 x 28 cm DM 56,-
ISBN 3-921541-48-4

Hochlärmarker Lesebuch



Kohle war nicht alles
100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte
ASSO Verlag

100 Jahre Ruhrgebietsgeschichte
Kohle war nicht alles
Hochlärmarker Lesebuch

Bergarbeiter und Frauen aus Recklinghausen-Hochlärmark haben ihre Geschichte aufgeschrieben. Das Buch vermittelt in Dokumenten authentischen Fotografien, Briefen, Tagebüchern, Liedern, Anekdoten und vor allem in mundlichen Berichten ein vielfältiges Bild von Bergarbeiterkolonien im Ruhrgebiet.

347 Seiten, Illustrationen, Dokumente,
Großformat 22 x 28 cm DM 39,80
ISBN 3-921541-26-3



Udo Achtern
Illustrierte Geschichte
des 1. Mai

So macht Geschichte Spass! In über 400 zeitgenössischen Bildern und seltenen Dokumenten wird zum ersten Mal die jetzt 90-jährige Geschichte des 1. Mai sichtbar und hörbar. Einzigartige Fotodokumente, Karikaturen, Flugblätter, Zeitzeitungen und viele auszüge aus Plakaten! Großformat
Paperback 38 — DM Leinen 56 — DM

JETZT HILFT NUR NOCH DRUCK

Stellungnahmen zu den Darlehensplänen der CDU-Regierung

Angelika Birk
(GAL-Bürger-
schaftsabgeordnete,
Hamburg)

Die Umstellung des Bafög auf Darlehen wirkt für die Betroffenen wie völlige Streichung und kann, da sich die spätere Rückzahlung an den Staat jetzt finanziell gar nicht auswirkt, nur als Maßnahme verstanden werden, um Eliteuniversität und alte Burschenherrlichkeit wiederherzustellen. Unter denjenigen, die als Arbeiter- und Angestelltenkinder eh benachteiligt sind, haben Mädchen und Frauen wiederum den schwersten Stand. Die GAL und auch die Grünen bundesweit setzen sich für eine Bafög-Regelung ohne Darlehen ein. Dieses Bafög soll auch während der Schwangerschaft und des Mutterschaftsurlaubs voll gezahlt werden. Bei den Verhandlungen zwischen GAL und SPD in Hamburg mußten wir allerdings feststellen, daß die SPD noch nicht einmal auf Landesebene bereit ist, ihren Sparkurs zurückzunehmen. Dies betraf z.B. Studentenwohnheimmieten, Mensapreise und ähnliches.

Wir fordern auf, kommt alle am 4. Dezember zur Demonstration, jetzt hilft nur noch der Druck von der Straße. ●

Herbert Mies, Vor-
sitzender der Deut-
schen Kommunisti-
schen Partei

Bafög wird ganz überwiegend an Arbeiterfamilien gezahlt. Ihre Kinder werden in unserem Bildungswesen viel zu wenig gefördert; die finanziellen Hilfen haben einem Teil den Weg zu besserer Bildung erleichtert.

Der Bafög-Kahlschlag bedeutet für Arbeiterfamilien eine Einkommenskürzung von bis zu 30 Prozent. Mit diesem Vorstoß versucht die Bonner Rechtskoalition erneut, den kleinen Leuten Zahlungen aufzubürden, zu denen der Staat verpflichtet ist. Die arbeitenden Menschen zahlen von ihrem sauer verdienten Geld wahrlich genug Steuern. Diese Mittel dürfen nicht für Rüstung und Unternehmersubventionen verschwendet werden, sondern müssen den Sozialausgaben, der Bildung, den Kindern und Ju-

gendlichen zugutekommen. Der Rotstift ist bei der Rüstung anzusetzen, nicht beim Bafög.

Kohl und Konsorten wollen auch ein anderes Bildungssystem. Die – für uns noch viel zu bescheidenen – Reformansätze aus den Zeiten der Regierung Brandt sollen beseitigt werden. Bessere Bildung soll einer sogenannten Elite vorbehalten bleiben – in Wahrheit also letztlich nur noch vom Geldbeutel abhängen. CDU/CSU-geführte Regierungen haben sich schon immer hervorgetan bei der Unterdrückung von Bildungsrechten der Arbeiter. Sie haben unser Land schon einmal in den Bildungsnotstand geführt. Die „Wende“, von der Kohl und Genscher ständig sprechen, bedeutet nichts anderes als Rückschritt.

Der Sozial- und Bildungsabbau der Regierung Kohl stößt auf zunehmenden Widerstand. Hunderttausende von Gewerkschaftern gingen in den letzten Wochen bereits gegen Arbeitslosigkeit, Rotstift und Rüstungswahn in die Straße. Sie engagierten sich dabei auch gegen die Bafög-Streichungen.

Die DKP unterstützt die Demonstration der VDS und der Konferenz der Landesschülervertretungen für den Erhalt des Bafög. Immer mehr Gewerkschafter, Studenten und Schüler, Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale, Christen, Grüne, Alternative und Parteilose treten gemeinsam dem Sozial- und Bildungsabbau entgegen. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Solidarität gegen rechts, für die Interessen der Arbeiter und der Jugend zu festigen. Die DKP informiert in Betrieben, Wohngebieten und Hochschulen über den geplanten Bafög-Kahlschlag. Sie wirkt für die gemeinsame Ge- genwehr aller Betroffenen. ●

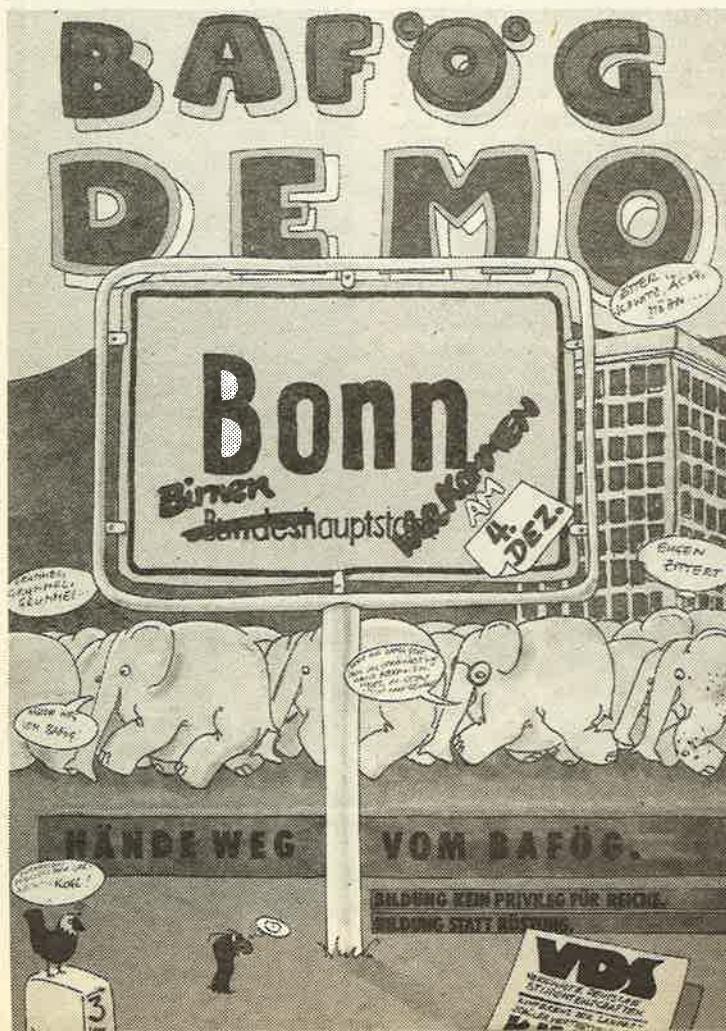
Offenbar haben die Berufsverbotslehrer z.B. keine Leistung hinter sich. Oder eine falsche.

Richtig ist, daß kein Staat auf der Erde es sich leisten kann, erst viele Menschen auf seine Kosten auszubilden und sie dann mit Arbeitslosengeldern weiter zu ernähren. Auch eine grün-alternative Republik könnte das nicht verkräften. Aber die sähe deshalb auch grundsätzlich anders aus:

Da würden neue Fachkenntnisse auf Staatskosten vermittelt, solche, die dann tatsächlich gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten ermöglichen, die die eingesetzten Gelder rentabel machen durch eine menschlich und naturgerichtet zuträgliche Weise des Produzierens. Das wäre dem Haushalt der Erde und dem der Staatsfinanzen bekömmlich. D.h. eine ökologisch ausgewogene Wirtschaftsplanung, eine, die dem bloßen Profitdenken einzelner oder einzelner mächtiger Konzerne den Rücken kehrt, eine Bildungspolitik, die allen zugute kommt; eine Landwirtschaft, die durch biologische Anbauweise arbeitsintensiv, gesundheitsfördernd, naturerhaltend und so rundum kostensparend ist; eine Friedenspolitik, die durch Abschalten der Waffenproduktion (also keine Ausbildung an Universitäten und THs zwecks „besserer“ Waffenherstellung!) und Überführen in gesellschaftlich brauchbare Produktion Millionen Gelder fruchtbringend einsetzt; eine Kulturpolitik, die der Masse zugänglich ist und dadurch im Gebrauch auch von dieser wieder bezahlt wird.

Von daher müßten die Lerninhalte an allen Ausbildungsstätten verändert, grundsätzlich umgestellt werden, dann würden sich die durchs Bafög investierten Gelder auch wieder auszahlen, sie hielten einen auf Gleichgewicht und Kreislauf gestellten gesunden Staatsorganismus in Gang und nicht ein abgewirtschaftetes System.

Bafög allein, so für sich, zu fordern innerhalb der bestehenden miserablen Verhältnisse, bringt nichts. Es sei denn, es treibt den Gesamtruin schneller voran. Aber kann das unser Interesse sein? Bafög plus neue Lerninhalte und Studiengänge plus einer neuen Wirtschaftsordnung, Bafög als Teil einer grundsätzlichen Umstrukturierung unserer Arbeitsverhältnisse: das sähe anders, zukunftsweisender aus.



Manon
Maren-Griesebach
Sprecherin im
Bundesvorstand
der Grünen

Darlehen? Das ist illusorisch bei den derzeitigen Verhältnissen. Wie sollen arbeitslose Lehrer das zurückzahlen? Zum Beispiel! Des weiteren: Nachweis von Leistungen als Berechtigungsausweis für Bafög: in Ordnung. Aber nach welchen Maßstäben ist was eine „Leistung“?

Ich sage "JA"
zu den
CDU-Darlehens-
plänen!

Kredit
Sofort!
Bis zu
50000 DM!
Klitzekleine
Zinsen (19%)
Keine Sicherheiten
erforderlich!
Extra für Studenten!

Die Bewegung zum Bafög könnte demgegenüber ein Exempel für die vielzitierte „Mehrheit links von der CDU“ sein. Sie könnte dazu beitragen, aus einer numerischen Mehrheit eine politische zu machen. Es ist überaus bemerkenswert und ein Pfund für die Zukunft, daß es diese politische Mehrheit an diesem einen Punkt schon gibt. Aus einem solchen Punkt können mehrere werden. Deswegen sollte man nach der Demonstration nach Möglichkeit versuchen, diese Zusammenarbeit, von DKP bis Grünen, von linken FDPern bis zur SPD, zu festigen, eventuell auch organisatorisch, jedenfalls am Punkt Chancengleichheit.

Bedeutend ist erst recht der erreichte Stand der Zusammenarbeit von Studentenbewegung und Gewerkschaften. Ein kleines „historisches Bündnis“ von gar nicht so kleiner zukünftiger politischen Bedeutung ist hier in den Konturen erkennbar. Ein solches Bündnis steht dafür, daß auch unter einer Rechtsregierung zukünftige Akademiker zum großen Teil an der Seite der Arbeiter und nicht gegen sie handeln.

Schon mit dem 4. Dezember selber haben wir ein breites politisches Bündnis wie an keiner anderen Frage erreicht, haben wir ein Exempel des entschiedenen Handelns auch und gerade gegen die Rechtsregierung statuiert, können wir ein Ausmaß an Anerkennung der VDS registrieren, das der gesamten Studentenbewegung Mut machen kann.

Das sind gute Voraussetzungen für die weiteren Auseinandersetzungen ums Bafög und das Profil der Hochschulen. Am 15./16. Dezember soll das Bafög-Gesetz im Bundestag behandelt werden. Im nächsten Jahr würde widrigenfalls und wahrscheinlich der Novellierungskampf beginnen. Auf jeden Fall – der 4. Dezember ist erst der Anfang.

Darüber hinaus ist der 4. Dezember ein wichtiger Beitrag zur Veränderung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses. Um die notwendige grundsätzliche Umorientierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in der Bundesrepublik, die Zurückdrängung und schließliche Überwindung der Macht der großen Kapitals zu erreichen, muß mit dem Kampf um das Nächstliegende begonnen werden. Dieses – Bafög – betrifft drei Millionen Menschen, von denen viele sich sicherlich das erste Mal an Aktionen beteiligen werden.

Auch dafür steht der 4. Dezember: den Widerstand verbreitern, die Eigenaktivität der Betroffenen erhöhen, den außerparlamentarischen Druck der Straße vervielfachen – und nicht sich in Reden und Vertrauen auf Wahlen ausruhen.

Gerd Manke ist stellvertretender Bundesvorsitzender des MSB Spartakus.

ERST DER ANFANG

Die Zustimmung ist groß, die unmittelbaren Erfolgsaussichten scheinen gering,

die Beteiligung von SPD-Größen manchem suspekt. Überlegungen von

Gerd Manke zur aktuellen und perspektivischen Bedeutung der Demonstration.

Die Demonstration von VDS und Landesschülervertretungen am 4. Dezember findet Zustimmung wie kaum eine Studentendemonstration zuvor. Das geht – endlich – von entschiedenem Engagement des DGB bis hin zu – wer hätte das gedacht? – Führungsleuten der SPD. Und dennoch rechnet kaum jemand mit unmittelbarem Erfolg, gar mit der sofortigen Rücknahme der Regierungspläne.

Aber die Pläne der Rechtsregierung sind so schlimm, ihre Folgen für die Arbeiterklasse einerseits, für das gesamte Klima an den Hochschulen andererseits so gravierend, daß es eigentlich nicht anders möglich ist, als darin Gründe genug auch für einen reinen Abwehrkampf zu sehen.

Richtig ist aber, daß die Bedeutung der Bafög-Demonstration am 4. Dezember weiter reicht, in mehr besteht, als „allein“ Bafög zu fordern und der erste Abwehrkampf gegen die Bildungspolitik der neuen Rechtsregierung zu sein.

Die Aktion am 4. Dezember ist kein einmaliger Protest, sondern eine deutliche Kampfansage – die Rechtsregierung weiß, was sie von der Studentenbewegung

auch in Zukunft zu erwarten hat. Das ist allerdings auch bitter nötig. Die Bafög-Demonstration muß ein erstes Startsignal sein, weil die Rechtsregierung weitere Pläne hat, z.B. die Einführung von Studiengebühren.

Die Bafög-Demonstration vom 4. Dezember muß der Startschuß für eine länger angelegte Kampagne für Chancengleichheit und zur Novellierung des Bafög-Darlehensgesetzes werden.

Ob die Auseinandersetzung ums Bafög in näherer und ferner Zukunft einen Erfolg bringen wird, läßt sich jetzt noch nicht sagen. Was sich sagen läßt ist, daß sie als Bestandteil des Kampfes für Chancengleichheit von großer Bedeutung im gesamten Kampf gegen die Rechtsregierung sein wird. Durchaus möglich, daß die neue Bafög-Regelung erst mit der Rechtsregierung fällt. Andererseits würde ein entwickelter Kampf ums Bafög, um Chancengleichheit überhaupt, zu einem solchen Sturz etwas beitragen können. Schon jetzt mag die Bafög-Frage die CDU das eine oder andere Prozent kosten.

Die allgemeinpolitische Bedeutung der Bafög-Frage wird auch an der Bündnisbreite sichtbar.

Erstmals seit Jahren gibt es in der Hochschulpolitik spürbare Unterschiede zwischen SPD und CDU. Mehr noch, erstmals seit der „Reformära“ Ende der sechziger Jahre geht die SPD mit der Linken und der Studentenbewegung gemeinsam vor.

Das mag den einen oder anderen ärgern. Wir finden das gut. Offiziell hat die SPD jetzt eine andere Position zum Bafög als Schmidt während seiner Kanzlerzeit. Davon wird sie so schnell nicht runterkönnen. Und sie wird es wahrscheinlich auch nicht wollen, wenn sie sieht, daß es Erfolge bringt. Und das wird es wohl – siehe oben. Das Verkehrstele, was die außerparlamentarische Bewegung jetzt tun könnte, wäre, ein solches Zusammengehen mit Sozialdemokraten, ja der ganzen SPD, abzulehnen.

Und es würde die Erfolgsaussichten der Bafög-Forderung nicht erhöhen. Wir wollen aber etwas durchsetzen, wenn nicht heute, dann morgen. Ob Arbeiterkinder völlig aus den Hochschulen vertrieben werden oder nicht ist eine zu wichtige Frage für sektiererische Abgrenzung – wie verständlich sie angesichts der Erfahrungen mit der SPD-Regierung auch immer sein mag.

ES IST WAS FAUL IM STAATE DÄNE MARK

750 Millionen Mark Zinsen nahmen dänische Banken innerhalb von 5 Jahren ein – allein von Studenten. Denn im Königreich Dänemark wurde das Darlehensmodell bereits 1975 eingeführt. Ausbildungsförderung wurde zur Bankenförderung. Und das Königspaar lächelt. Reinhard Bohne beschreibt die Auswirkungen.



Die kühnsten Träume der CDU sind in Dänemark schon verwirklicht. 1975 führte eine konservative Regierung die Ausbildungsförderung über Bankdarlehen ein. Zinsen von 13 Prozent waren normal. Der Staat übernahm immerhin die Bürgschaft.

Inzwischen konnte die Studentenbewegung eine Abmilderung durchsetzen. Dennoch zeigt Dänemark deutlich die Nachteile der Darlehensregelung. Wir sprachen mit dänischen Studenten.

Knut Knudsen, 20 Jahre, Student in Kopenhagen: „Mein Vater ist Fischer auf Bornholm und kurz vor dem Konkurs. Da er unter 700 DM (3 kr = 1 DM) im Monat verdient, bekomme ich vollen Satz: 770 DM. Davon sind

50 Prozent staatliches Darlehen mit Zinsen, die 3 Prozent unter dem Diskontsatz liegen und nach dem Examen um 2 Prozent steigen werden. Diese 50:50-Regierung wurde durch viele Aktionen der Studentenbewegung erkämpft.“

Seine Freundin Stine Jacobsen bekommt 90 DM mehr, da sie schon 22 Jahre ist. Aber ihre Eltern arbeiten beide als Facharbeiter und verdienen deshalb „zuviel“. Sie nimmt ihr Darlehen bei der Handelsbank auf. Deren Zinsen liegen 1 Prozent über dem Diskontsatz.

Trille Jensen aus Aarhus ist fertige Architektin. Sie bekam kein Stipendium, sondern nur Bankdarlehen. „Gleich nach dem Studium hatte ich 70000 DM Schulden. Diese Größenordnung ist normal. Mein Bruder als Chemiker hat besonders lange gebraucht und muß 100000 DM Schulden zurückzahlen.“

Und wie groß ist die Belastung durch die Rückzahlung? „Für mich ist sie gleich null, da ich arbeitslos bin. Deshalb schießt der dänische Staat mir die Raten vor. Aber bei 10 Prozent Zinsen müßte ich nur zur Tilgung der Zinsen 7000 DM im ersten Jahr auf den Tresen der Bank legen – also 600 DM im Monat.“

Nutznießer dieses Systems sind die Banken. Sie verdienen todsicher: Der Staat als Bürg garantiert die Rückzahlung. Die Kopplung der Zinsen an den Diskontsatz garantiert dauerhaften Gewinn. Die staatlichen Zahlungen für ausgebliebene Raten machen etwa 100 Millionen DM aus.

Für die Banken ist das Ganze ein wichtiges Geschäft geworden. Alleine die 200 Delegierten zum letzten Kongreß der Kommunistischen Studenten hatten zusammen etwa 5 Millionen DM Schulden. 1980 standen die dänischen Studenten mit 2 Milliarden DM bei den Banken in der Kreide und bestritten 5 Prozent des Kreditmarkts. Innerhalb von 5 Jahren nahmen Banken 750 Millionen DM Zinsen ein.

Wer irgend kann, weicht bei so einem miesen Angebot auf das Jobben aus. Trotz 10 Prozent Arbeitslosigkeit kommen viele Studenten noch als billige Arbeitskräfte unter. So wurden 1980 von Studenten 30000 Vollzeitarbeitsplätze besetzt. Bei 5 Millionen Einwohnern ist das ein Verdrängungswettbewerb großen Stils.

Dem Staat entstehen durch derart erzeugte Arbeitslosigkeit und durch Steuerausfälle (Absetzbarkeit der Raten) erhebliche Kosten. Wahrscheinlich wären kostendeckende Stipendien insgesamt auch nicht teurer für den Staatshaushalt. An ihnen könnten allerdings die Banken nicht so gut verdienen. Deshalb heißt die Ausbildungsförderung im Volksmund auch „Bankförderung“.

Die dänischen Studenten haben als ersten Erfolg die Kombination 50:50 Stipendium und (billigeres) Staatsdarlehen für die Studenten durchgesetzt, deren Eltern besonders wenig verdienen.

Die Un(i)-Geheuer:

High Noon in der Uni

Heinz. Studiert Germanistik. Träumt häufig Schlecht & ist immer ein wenig ängstlich. Sein Hauptproblem: Er braucht noch einen Schein von Prof. Schneider.

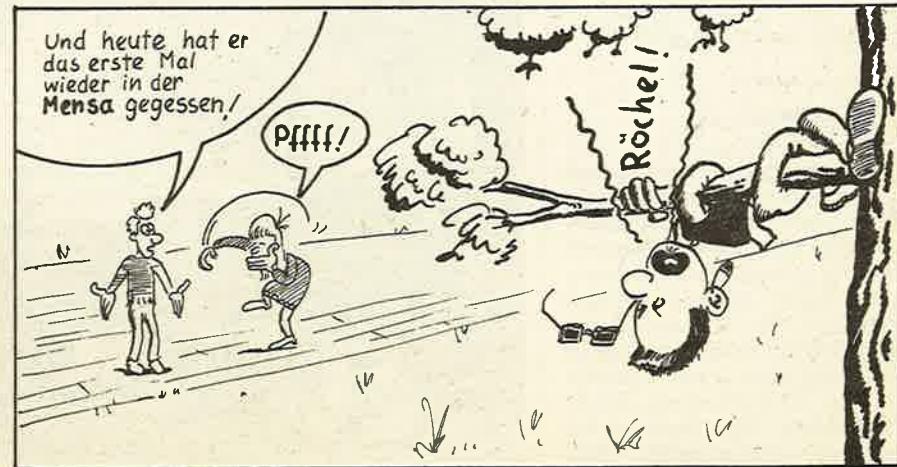
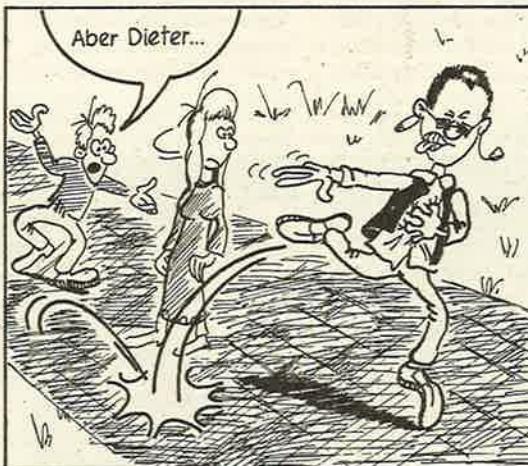
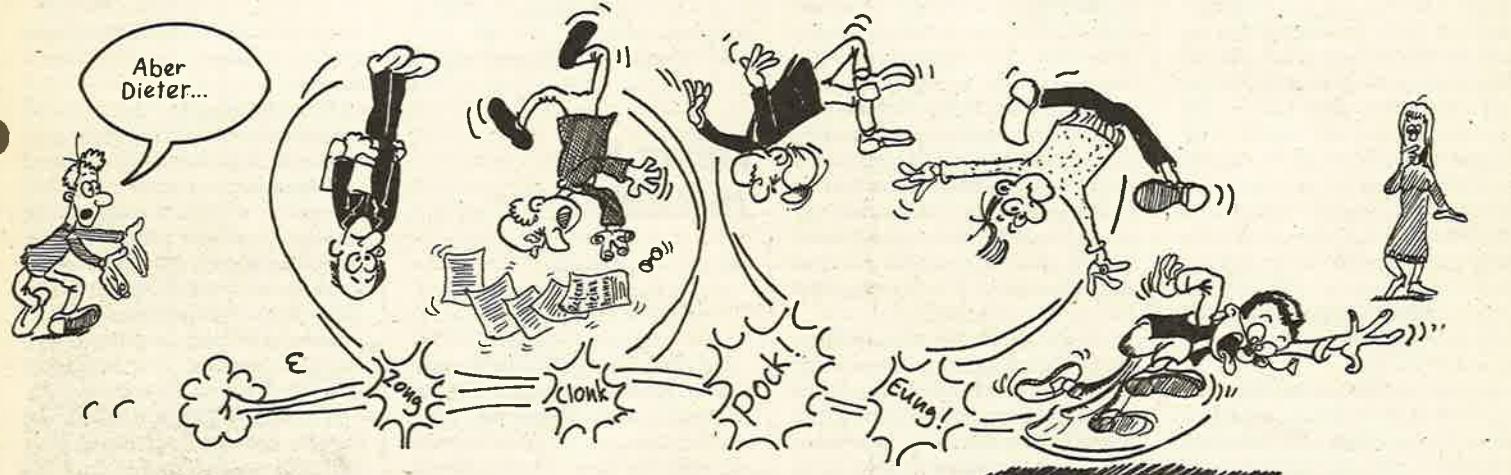
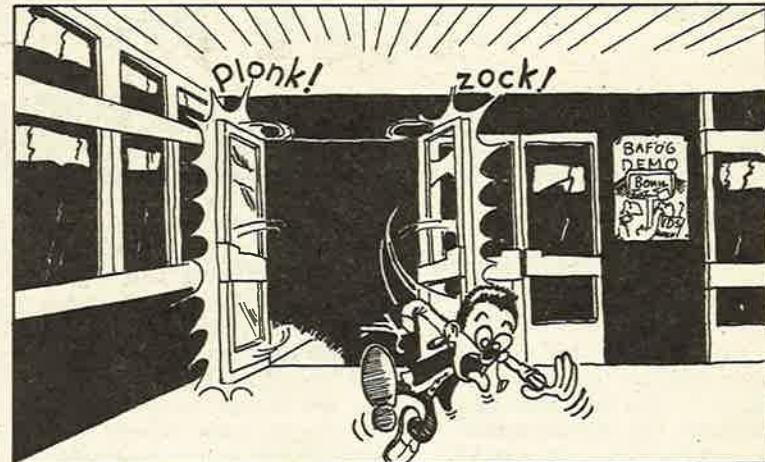
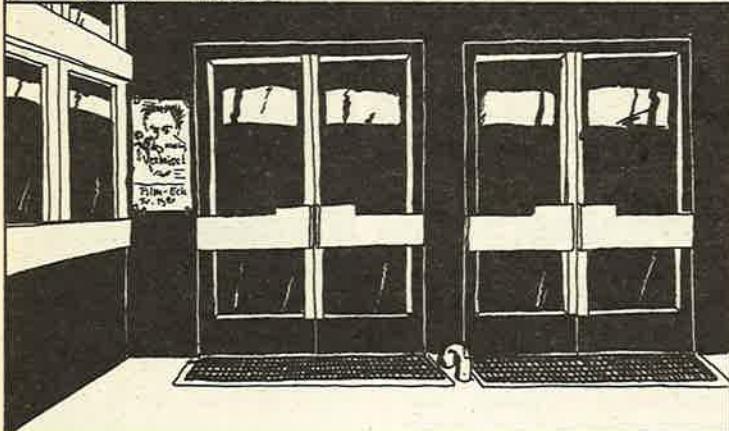
Lothar. 7. Semester Physik & Biologie. Träumt oft & gut in Seminaren. Sein Hauptprojekt: Die endgültige Mogelmaschine.

Dieter. Ausgestiegener Student. Trotzdem verbindet ihn eine Habliebe - noch immer - mit der Uni. Sein Hauptinteresse: Seine Kapelle: "Punkerkreuzer Potemki".

Mechthild. Studiert Chemie. Hat es nicht leicht in ihrem von Männern beherrschten Fachbereich. Ihr Hauptvorhaben: In nächster Zeit - endlich - Examen machen.

Prof. Schneider. Der wohl trockenste Dozent im Fachbereich Germanistik. Sein Hauptwerk: Die Deutung des labiodentalen Verschlublautes.

Eines schönen Mittags...



gekonnt gekürzt

Wirtschafts- englisch

Für Manager gibt's
in Bochum Dozenten.
Nicht aber für Studenten.

Offensichtlich haben einige Dozenten am Englischen Seminar an der Uni Bochum nicht genügend zu tun. Warum sonst sind sie seit etwa einem Jahr auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern? Stolz präsentierten sie dann am Ende des letzten Semesters den staunenden Kollegen und Studenten das bereits gedruckte Programm eines Aufbaustudiums Wirtschaftsenglisch für Leute aus dem mittleren Industriemanagement – schön bunt mit Bildern und der Ankündigung eines Sprachkurses in England. Heute brüsten sie sich mit dem „Erfolg“, den sie beim Knüpfen der Kontakte mit der Industrie hatten.

Diesen Liebesdienereien für die Industrie stehen katastrophale Verhältnisse am Bochumer Englisch-Seminar gegenüber. 13 Lehrveranstaltungen und damit 26 Semesterwochenstunden wurden dieses Semester gestrichen. Freiwerdende Stellen werden nicht mehr besetzt. Vorlesungen und Seminare sind hoffnungslos überfüllt.

In dieser allgemein miserablen Lage werden Kapazitäten für außeruniversitäre Interessen, für die Industrie freigemacht. Englischlehrer sind ja heute so oder so nicht mehr gefragt. Hier wird ein weiterer Schritt getan, die Unis in Dienstleistungsbetriebe der Industrie zu verwandeln. ●

Beschiß

Frau Minister Wilms stellt ihre Vorstellungen zur Berufsausbildung vor.

Nicht nur den Studenten will die neue Bildungsministerin Wilms durch den Bafög-Kahlschlag neue „Zukunftschanzen“ eröffnen. Auch um die arbeitende Jugend kümmert sie sich mütterlich. Sie will sogar, daß diese Gruppe wesentlich vergrößert wird. Den „qualifizierende Bildung ist nicht allein Hochschulbildung. Wir müssen der jungen Generation deutlich ma-

chen, daß die berufliche Bildung ebenso gute Berufs- und Lebenschancen eröffnet.“

Wie beruhigend wirken doch solche Worte auf ein Arbeiterkind mit dem Notendurchschnitt 1,4 im Abitur, das gerne Psychologie studiert hätte und wegen der neuen Darlehensregelung nun doch lieber die Finger davon läßt. Es kann ja schließlich nicht jeder studieren. Und überhaupt, was soll unsere Industrie denn mit Psychologen. Unsere Bildungspolitik „muß vielmehr ihre Zielsetzungen in enger Verbindung mit der Wirtschafts-, der Finanz-, der Arbeitsmarkt- und der Familienpolitik entwickeln“.

Jawohl, auch der Familienpolitik. Denn wenn es sich bei dem Arbeiterkind um ein Mädchen handelt, so könnte es sich doch überlegen, ob es eine psychologischen Ambitionen nicht besser bei der Aufzucht der Kinder und der liebevollen Umsorgung des Ehegatten einsetzt.

Aber auch wenn unbedingt eine Berufsbildung angestrebt wird, läßt sich Frau Wilms etwas einfallen. Zunächst tröstet sie die 300 000 jugendlichen Arbeitslosen: „Die Ausbildungsplatzsituat ion ist lange nicht so katastrohal, wie manche bisher behauptet haben.“ Und für die Problemchen, die es dennoch gibt, hat sie auch

schon Rezepte. So könnten Plätze geschaffen werden durch „die Zusammenarbeit mehrerer Betriebe im Ausbildungsbund“. Daimler-Benz hat 50 Lehrstellen; Bosch hat 50 Lehrstellen; legen sie die Werkstätten zusammen und stellen 70 Lehrlinge ein, so sind das immerhin 20 mehr als bei jedem einzelnen.

Außerdem sei es wichtig, „ausbildungshemmende Vorschriften abzubauen“. Denn wer stellt schon gern einen Lehrling ein, der nur lernen will und nicht auch mal am Band steht oder Bier holt oder Überstunden und Samstagsarbeit macht.

Das gesamte bildungspolitische Konzept der Frau Wilms verspricht ein Riesenbeschluß an der Jugend zu werden. Zukunftschancen für die Jugend heißt für sie: Alles für die Interessen von Industrie und Wirtschaft. Wie man mit einem solchen Rezept Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit abbaut, hat bis jetzt noch niemand herausgefunden. ●

Keiner ist zu klein

um für den Frieden
zu sein.

Darum legte jetzt die sozialistische Kinderorganisation Junge Pioniere Vorschläge zur Friedenserziehung vor. Die Verantwortung der Erwachsenen für die Kinder beim Erhalt des Friedens kann nicht beim eigenen Engagement stehen bleiben. Es ist auch ein Stück Kampf gegen den

Im Mai '82 traten diese Hamburger Schüler in den Hungerstreik für mehr Lehrstellen. Bei der Dummdreistigkeit von Bildungsministerin Wilms dürfte ihnen heute so mancher Bissen im Halse steckenbleiben.



Kinder wollen Frieden



Die Friedensvorschläge der Jungen Pioniere sind erhältlich bei: Junge Pioniere, Postfach 1599, 4600 Dortmund 1.

Atomtod, sich für eine konsequente Friedenserziehung einzusetzen.

Revanchistische Lehrinhalte müssen aus dem Unterricht verschwinden. Kriegsspielzeug muß verbannt werden aus den Kinderzimmern. Kinder müssen zur Freundschaft und zum Verständnis mit anderen Nationen erzogen werden. Sie müssen die Ursachen von Kriegsgefahr erklärt bekommen. Und sie müssen einzogen werden in Aktivitäten der Friedensbewegung.

Diese Aufgaben stellen die Jungen Pioniere mit ihren Vorschlägen an Pädagogen und Eltern. Die Vorschläge „Kinder wollen Frieden“ sind erhältlich bei: Junge Pioniere, Postfach 1599, 4600 Dortmund 1. ●

ZUSAMMENRÜCKEN ODER AUSEINANDERLAUFEN ?

SPD- oder CDU-Regierung. Tollen der Basisgruppen ist das gleich. Hauptsache, man bewahrt sich vor der Vereinnahmung durch eine SPD in der Opposition, wenn es sein muß, mit Hilfe rechter Kräfte.

Die Rechts-Links-Verwischungen, die dabei herauskommen, analysiert Bernd Gäßler.

Wenn der ansonsten überaus schlaue Hermann L. Gremliza, gegen die neue Integrationskraft der Sozialdemokratie anschreitend, zu der überaus falschen Schlufskollegierung kommt: „Die Regierung Kohl/Genscher ist ein Unglück. Aber sie ist kein so großes, daß um ihrer raschen Ablösung willen die Zerstörung der Widerstandsbewegungen in Kauf genommen werden dürfte“, so liegen dem linken Massenstimmungen zugrunde. Die alten Hasen warnen, was die SPD so alles aufsaugen und dadurch kaputt machen kann. Die jungen Hasen, die erstmals die SPD in der Opposition und die davon ausgehende Kraft erleben, wollen eher ängstlich die frisch eroberte Autonomie der jeweils eigenen Bewegung wahren.

Natürlich ist die weitgehende reformistische Beschränktheit eine besondere Schwäche gerade der Linken in der Bundesrepublik. Der Umschlag ins Unpolitische ist aber auf keinen Fall deren Überwindung. Gelänge es, die Regierung Kohl/Genscher rasch abzulösen, wäre dies einer der größten Erfolge der Entfaltung von Widerstandsbewegungen. Und das geht nicht an der Sozialdemokratie vorbei. Alles andere ist Kraftmeierei.

Solche Kraftmeierei, verbunden mit der Illusion von der Pflege der eigenen unabhängigen Bewegung jenseits des sozialdemokratischen Integrationismus, paart sich heute immer wieder mit simplen Verlagerungen der „kleinere-Ubel-Argumente“ weg von der SPD hin zu den Grünen. Auf jeden Fall zeigt gegenwärtig der Regierungswechsel in der Linken und auch in der linken Studentenbewegung größere Folgen, als es den jeweils Agierenden bewußt ist.

Die Frankfurter Spontis verkünden geradlinig Zusammenhänge: „Für eine neue Politik – jetzt“. Sie meinen allerdings keine Neueinstellung auf die verschärften Kampfbedingungen,

sondern schlicht den Rausschmiss der Juso-Hochschulgruppen aus dem bisher gemeinsam getragenen AStA. Die Begründung: „Wir haben den AStA in den Zeiten politischer und gesellschaftlicher Kreativität auch als Medium und als zu benutzende Institution verstanden, die es ermöglicht, Minderheiten öffentlich Gehör und Gewicht zu verschaffen. Die Jusos störten dabei nicht. Sie konnten den Widerstandsbewegungen nur hinterherlaufen und sich masochistisch über die Wahlniederlagen der eigenen Partei freuen. Jetzt, nachdem die SPD in der Opposition steht und die Protestbewegungen ihren Ausdruck ansatzweise bei den Grünen finden, müssen die Jusos ihren Standplatz auf dem sich neu formierenden politischen Schauplatz behaupten. Ähnlich wie ihre große Mutter SPD versuchen auch die Jusos wieder den Kurs anzugeben und zu bestimmen, was ab sofort Linkssein heißt. Auch wenn sie jetzt in der Eile des Kanzlersturzes nicht dazu in der Lage sind, eine Neubestimmung des Linksseins zu leisten, so sind sie doch unverschämt genug, mit Sprüchen aus der Mottenkiste ... ein klares Links-Rechts-Schema festzuschreiben zu wollen.“ (AStA-Info, Frankfurt.)

ANGST, DIE BLIND MACHT VOR DER RECHTSGEFAHR

Die Angst vor der Integrationskraft der Sozialdemokratie ist hier größer als die vor der Rechtsgefahr. Man will sich nicht einkaufen lassen, darum kungelt man mit rechts. Die Spontis wählen eine RCDS-Frau „aufgrund rein menschlicher Sympathie“ (AStA-Info) – wie es dann verharmlosend und kokett heißt. Parlamentäre der rechten Tarnorganisation „Giraffen“ gehen im Sponti-AStA ein und aus.

Pikanterie am Rande: Der frühere Giraffen-Häuptling Otto

ist heute Chef der „Jungen Liberalen“, also der Organisation, die den Genscher-Lambsdorff-Kurs in der Jugend wenigstens ein bißchen absichern soll. Aus dem Juso-Rausschmiss aus dem größten Hessen-AStA wird auch andersherum ein Schuh: Den dortigen Spontis sind Jusos wohl nur etwas wert, solange sie Regierungsjugend sind. Andernfalls sind dann Absprachen mit der neuen Regierungsjugend, mit dem RCDS und seinen Hilfsgruppen angesagt.

Daß dies ein Nachgeben gegenüber dem Rechtsdruck ist, werden Frankfurter Spontis natürlich weit von sich weisen, obwohl die hektische Rechtsfertigung ihrer Rechts-Links-Verwischung das Gegenteil beweist. Ihre Allergie gegenüber den Jusos in demselben Info: Die Jusos haben als „wesentlichste und kontinuierlichste oppositionelle Tradition“ die der Arbeiterbewegung bezeichnet. Bei so viel Mottenkiste muß man natürlich den Spott des Sponti-AStAs ernst nehmen.

Inzwischen haben die Rechten die Spontis doch nicht gewählt (wollen sie mehr?), und es wird Studentenparlamentsneuwahlen geben.

Auch das Neuwahlfeuer an einigen Hochschulen ist ein Abklatsch Bonner Verhältnisse – jedenfalls indirekt. Neuwahlen sind für die Studentenparlamente meist nötig, weil an der Borniertheit der einen oder anderen Fraktion vorhandene linke Mehrheiten nicht für eine AStA-Bildung realisiert werden können.

Da es grob gesagt zwei unterschiedliche Reaktionsweisen innerhalb der Linken auf den Bonner Wechsel gibt: Verharmlosung der Vorgänge in Bonn und selber auseinanderlaufen oder die Vorgänge in Bonn als ernste qualitative Veränderung zu beurteilen und zusammenzurücken, sind studentische Neuwahlen gegenwärtig eher ein schlechtes Zeichen. Sie deuten auf Auseinanderlaufen oder größere wech-

selseitige Erpressung hin statt auf die Suche nach linken Gemeinsamkeiten.

Völlig offensiv genschert der LHV Aachen herum und verweigert halsstarrig einen linken AStA. Im SP wird so – trotz linker Mehrheit – sogar die RCDS-Bafög-Demagogie verabschiedet. Auch die GBAL im Marburger AStA blockiert mit elf von vierzig Stimmen weiterhin einen gemeinsamen Links-AStA.

AUFLÖSUNG ODER VERANTWORTUNG

Und die – neben den Frankfurtern – am stärksten meinungsgebende Basisgruppe Bochum löst sich sogar ganz auf. Reflexionen darüber, eine selbstkritische Bilanz gar, scheint aber nicht angesagt zu sein. Es habe halt Knatsch gegeben, die Basis habe sich durchhängen lassen und außerdem habe man ja nie Veränderungen erreicht, – das ist der Tenor der ersten Hälfte eines BSZ-Artikels (Bochumer Studentenzeitung) vom 25. Oktober 1982. Die zweite Hälfte beschreibt teils masochistisch, teils noch im Untergang großkotzig, daß es nun ja mit Sicherheit einen RCDS-AStA geben werde. Daß aus dem Ernst dieser Gefahr auch eine besondere Verantwortung aller Linken folgt, ist keine Motivation mehr.

Wie sehr gründliche Analysen der neuen Lage in Bonn, Suche nach engerer Zusammenarbeit aller Linken auch mit Aktionsentwicklung zu tun hat, wird vielerorts deutlich. Das Betonen des eigenen Bezugs zur Arbeiterbewegung der Frankfurter Jusos und „die volle Unterstützung der Bafög – Demo im Dezember in Bonn“ stehen nicht zufällig im gleichen Info, während aus dem Düsseldorfer AStA Klagen über die „anscheinend obligate Bettlichkeit und Schläfelmütigkeit der undogmatischen Gruppen“ zu hören sind. Auf den Grund gegangen wird dieser Erscheinung nicht. Könnte es nicht Ausdruck

Sowjetunion 1922 1982

Friedenspolitik seit 60 Jahren – Alternativen zur atomaren Bedrohung – Abrüstungsvorschläge – Sowjetunion-Bild der Linken – Militarismus in der UdSSR?

Sozialismus konkret – Menschenrechte – Wissenschaft und Technik – Umweltschutz – Lebensmittelprogramm – Nationalitätenpolitik – Auf dem Weg zum Kommunismus?

Gespräch mit Hans Lebrecht über Israel, die Palästinenser und den Krisenherd Naher Osten

Außerdem . . . Zwei Jahre Reagan – Krieg im Weltraum? – Auseinandersetzung mit der „Marxistischen Gruppe“ . . . Und ein Kommentar zum Regierungswechsel

Berichte und Buchkritik – Friedensbewegung und Friedenkampf – IGM-Frauenkonferenz – Wirtschaftspolitik und Wohnungsfrage – IMSF-Jahrbuch 5/82 – Berufsverbote

Alles im neuen Heft der Marxistischen Blätter – für nur 4,80 DM. Erhältlich in jeder collectiv-Buchhandlung oder direkt beim Verlag Marxistische Blätter, Heddernheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt am Main 50



reisedienst deutscher studentenschaften
rds
studenten-, schüler- und jugendreisen

Weihnachten / Silvester in den schönsten Metropolen Europas

Prag 29.12.–2.1. Busanreise, Halbpension in Mittelklassehotels, Programm, großes Silvesterfest	DM 345,—
Paris 29.12.–2.1. Busanreise, Ü/F, in zentral gelegenen 1*-Hotels, großes Silvestermenü, Programm	DM 289,—
Leningrad–Moskau 25.12.–2.1. Flug ab Berlin, alle Transfers, Vollpension in Mittelklassehotels (DZ), Reiseleitung, Programm	DM 825,—
Wien–Budapest 23.12.–2.1. Busanreise, Ü/F in Wien, Halbpension in Budapest, Folkloeraufführung, Weinprobe, Programm	DM 498,—
Amsterdam–London 23.12.–2.1. Busanreise, Ü/F, Programm und Silvesterfete am Trafalgar Square	DM 499,—

Skiurlaub - Skiurlaub - Skiurlaub

Finkenberg/Zillertal, Anreise im Alpen-See-Express ab Hamburg, 7 Ü/F ab DM 373,—, Verlängerung/Selbstfahrer ab DM 130,—/Woche	
Schladming (Weltmeisterschaft '82) Anreise im Alpen-See-Express, 7 Übernachtungen mit Halbpension	ab DM 502,—, Verlängerung/Selbstfahrer ab DM 265,—/Woche
Zakopane/Hohe Tatra/Polen, 1 Woche Vollpension, Reiseleitung	DM 237,— (ohne Anreise)

Weitere Wintersport-Ziele in unserem Prospekt „Schnee-Spaß“

Tropeninsel Ceylon 18 Tage HP Hotel Eden Garden 1865,— Linienflug ab Amsterdam Verlängerungsw. 260,—

Preiswerte Linienflüge Südamerika

Recife	ab 1534,—	Dheli	ab 1380,—
Caracas	ab 1576,—	Jakarta	ab 1690,—
Bogota	ab 1718,—	Bangkok	ab 1499,—
Lima	ab 1868,—	Tokio	ab 2170,—
Quito	ab 1534,—	Perth	ab 2480,—
Rio	ab 2300,—	Lagos	ab 1056,—
Mexiko	ab 1563,—	Larnaca	ab 580,—
New York	ab 834,—	Mallorca Fliegen u. Wohnen	ab 420,—
		Athen	ab 324,—

rds-Niederlassung, Lange Reihe 22, 2000 Hamburg 1.
Tel.: (0 40) 24 12 57-9. Telex 02 15 471 rds hh-d

mangelnder Strategie, allenfalls reagierender Politik sein? Was wiederum damit zusammenhängen könnte, daß die Bonner Rechtsentwicklung die Grenzen einer „Politik in der ersten Person“, die eher individuelle Freiräume statt kollektive Interessen der Masse der Studenten im Auge hat, krasser deutlich gemacht hat?

In einem Basisgruppenpapier heißt es: „Die neue liberal-konservative Regierung setzt die Politik der sozialliberalen Koalition konsequent fort.“ In diesem kleinen Satz steckt dreimal Falsches, das Ausdruck desselben politischen Fehlers ist: Neu steht bewußt in Anführungszeichen, liberal-konservativ ist eine Verharmlosung und in allem nur eine Fortsetzung der Politik der Schmidt-Regierung zu sehen, ist eine unpolitische Einebnung der Differenzierungen bei der Ausübung bürgerlicher Herrschaft.

Entsprechend folgenlos bleibt das Papier. Die bundesweite Bafög-Demonstration ist da ein „Ritual“; Sofortprogramme für die Uni sind „Ratschläge an die Herrschenden, wo sie ihr Kapital möglichst gewinnbringend anlegen sollten.“

INTERESSENKAMPF WIRD NOTWENDIGER

Komisch, daß die das nie so sehen, sondern sich Verbesserungen für die Studenten immer nur im Kampf anbringen lassen. Wer gleichzeitig die Bafög-Kämpfe als lediglich „quantitativer Natur“ bezeichnet, hat von den Zielsetzungen der herrschenden Hochschulpolitik nichts begriffen. Wer in der Kohl-Genscher-Regierung keine neue Qualität sieht, kann auch seine Freiraum-Illusionen munter weiter spritzen lassen, egal, wie viele Basisgruppen neben ihm darüber kaputtreißen. Statt „bloße Verteidigung von Besitzständen“ wird dann „eine sozialstaatliche, materielle Absicherung unter den Bedingungen der Selbstverwaltung“ gefordert. Fehlt nur noch die Behauptung, so eine Förderung schaffe im Gegensatz zu den gewerkschaftlich-orientierten Kämpfen keine Sozialstaatsillusionen!

Reaktionen auf die neue politische Situation in Bonn und die Spannungsverhältnisse, in die dadurch die Politik der Basisgruppen gerät, gibt es aber durchaus an einigen Orten. Warum soll diese doch für die gesamte Studentenbewegung wichtige Debatte nicht noch mehr im Dialog der unterschiedlichen linken Strömungen geführt werden?

In der BG Göttingen z. B. wird über den Zusammenhang von Aufklärung, Betroffenheit, Massenorientierung und eigener

Verantwortung für die Entwicklung von Aktionen nachgedacht:

„Wie oft benannt ist bei Aufklärung zuerst am unmittelbaren Interesse und der unmittelbaren Betroffenheit anzusetzen. Wo sind die Studis am direktesten betroffen? Entsprechende Inhalte müssen von uns aufgegriffen werden, sofern sie sich mit unserem eigenen Interesse an dem Inhalt unserer Politik nach Konsens decken. Die Inhalte sind also auch davon abhängig, was wir wollen. Nur wollen müssen wir etwas! Um Bewußtseinsprozesse hervorzurufen, ist es wichtig zu wissen, an wen wir uns wenden. Unser Publikum, welches problematisch ist, sind nicht die eh schon politisch handelnden Uni-kämpfer, die so und so auf jeder Veranstaltung zu finden sind, sondern der irgendwie unzufriedene Student, also derjenige, der noch nicht angefangen hat, dezidiert politisch zu denken. . . . Nach der aufklärerischen Vermittlungsarbeit über die gesellschaftlichen Widersprüche und deren Ursachen und den darauf folgenden Bewußtseinsprozessen sollte eine Aktion stattfinden. Dazu muß man den Gesamtzusammenhang verdeutlichen und jemandem die Schuld für den Konflikt zuweisen können, gegen den sich die Aktion richtet, für die sich nach Möglichkeit viele Studenten einsetzen sollen. . . . Der Student/in darf nicht entmündigt werden, doch sind wir als Linke insoweit immer in einer „Lehrerrolle“, wo wir vortanzen müssen und nicht auf den dicken Aktionismus der Basis warten können.“

Wie aber werden durch das eigene Handeln der noch nicht dezidiert „Politischen“ Erfahrungen gesammelt über Freund und Feind, über eigene Interessen und Gegenkräfte? Wie lassen diese sich verallgemeinern und als Strategie formulieren? Sind das nicht weiterführende Fragen einer solchen Diskussion? Kommt man dann nicht auch dazu, wieder stärker Einzelforderungen zu stellen und um konkrete Verbesserungen zu kämpfen? Forderungen zum Bafög wie „soziale Öffnung der Hochschulen“, „Rücknahme der Sparbeschlüsse“ usw. sind im Programm der basisorientierten Liste am Fachbereich PPP Bamberg zu finden. In Publikationen der Basisgruppen ist das inzwischen fast schon eine Rarität.

Aber von Bielefeld bis zur FH Darmstadt gibt es auch immer mehr Zustimmung von Basisgruppen zur VDS-Bafög-Demonstration. Gemeinsames Handeln ist der beste Boden zur Intensivierung der Diskussion strittiger Fragen. Notwendig ist beides. Gerade nach dem Bonner Wechsel.

Bernd Gäbler ist Mitglied des Sekretariats des MSB-Bundesvorstandes.

DIE SPÄTE WAHRHEIT ÜBER DEN REGIERUNGSWECHSEL

Bölling schrieb ein ganzes Buch, die FAZ seltenlange Artikel, die Wahrheit stand diesmal nicht zwischen den Zeilen.

Daraufhin haben sich Karl-Heinz Schmidt und Otmar Weber die Pressebilder genauer angesehen, und siehe da!



Wie jeden Monat studiert Graf Lambsdorff die Kabinetts-Getränkelisten.

Auch Franz Josef Strauß hat die Lage erkannt. Über die Bierfrage sind die Sozialliberalen zu kippen.



Lambsdorff setzt Genscher eine Spize.



Und Genscher leitet den Bruch ein. Entweder es gibt bald Bier oder die Koalition ist hin.



Schmidt spricht sich vor der SPD-Fraktion für Alsterwasser aus. Das ist das Äußerste an Kompromiß.



Genscher bearbeitet Mischnik.



Aufgrund angedeuteter Kompromißbereitschaft von Schmidt unternimmt Brandt einen unkonventionellen Rettungsversuch.



Auch Wischnewski gibt sein Bestes. Aber Genscher bleibt bockig und ...



...findet natürlich einen Vorwand zum Bruch.



Franz Josef Strauß gratuliert. Klasse gemacht.

rote blätter 12/82



Trotz des triumphalen Regierungswechsels, plagen den neuen Kanzler Zukunftssorgen, denn da ist ein trinkfester Bayer, der erst noch unter den Tisch getrunken werden muß.

HOFFNUNG ALS ERWARTUNG DES GUTEN

Die Schmidt-Ära ist beendet. Die SPD sucht nach einem neuen Profil – und hat ein neues Gesicht gefunden. Überlegungen zum Bundeskanzlerkandidaten Vogel von Wolfgang Runge.

Mit der Nominierung von Hans-Jochen Vogel als Bundeskanzlerkandidat versucht die SPD, eine Lücke zu füllen. Denn Vogel ist ein Stück glaubwürdiger als andere Bonner Politiker. So schrieb der „Vorwärts“ über Vogel: „Er hat Tugenden gezeigt, die eigentlich zur Standardausrüstung von Politikern gehören sollten, aber selbst bei De-luxe-Ausführungen meist fehlen: er kann zuhören, er redet nicht nach dem Munde, er lebt vor, was er redet.“ Sparen wir uns den Umkehrschluß, was die meisten Bonner Politiker also sind.

Bei seinem Amtsantritt als „Regierender Bürgermeister“ von Westberlin hatte Hans-Jochen Vogel „Hoffnung als Erwartung des Guten“ definiert. Sie sei – mit Ernst Bloch gesprochen – „ins Gelingen verliebt, nicht ins Scheitern“. Vogel ging vor 20 Monaten nach Westberlin, um für die SPD zu retten, was nicht mehr zu retten war. Zu sehr hatte die rechtssozialdemokratische Filzokratie mit ihrer „Immer-feste-druff-Politik“ die SPD heruntergewirtschaftet. Die Skandale häuften sich.

Vogel gelang das Wunder nicht – aber er trug wesentlich dazu bei, daß die Westberliner SPD ein Stück Glaubwürdigkeit wiedergewann. Die Wahl, die bald darauf anstand, ging jedenfalls für die SPD verloren, und seitdem regiert ein CDU-Ministerkabinett.

Die von Vogel entwickelte (West-)Berliner Linie gegenüber Hausbesetzern und Demonstranten trug viel zur Beruhigung des Klimas in Westberlin bei. Dabei gingen die von ihm und seiner Mannschaft entwickelten Zugeständnisse gerade so weit, wie sie für den bürgerlichen Staat noch tragbar waren. Das Prinzip der Isolierung der „Störer“ und die Belohnung der „Guten“ führte schnell zu Differenzierungen in der Westberliner Hausbesetzer-

szen. Diese Linie hat für die Herrschenden den Vorteil, daß die Kräfte, die nicht zu integriert sind, in gewissen, nicht zu großen Freiräumen wirken können. Damit sind sie von den Massen isoliert und politisch für die etablierten Parteien nicht mehr schädlich.

Übrigens folgt der CDU-Ministergesetz unter Weizsäcker mit Abstrichen durch Knüppel-Lummer im wesentlichen dieser Linie. Der CDU-Senator U. H. Fink z.B. macht Staatsknete für alternative Läden und Werkstätten locker.

Ohne Zweifel hat Hans-Jochen Vogel auch in Westberlin Lernprozesse durchgemacht. Dabei kann er einige frühere Erkenntnisse heute als bestätigt verbuchen.

So hat er schon 1972 in seinem Buch „Die Amtskette“ die zunehmende „Verschmutzung, ja, Vergiftung der Luft und des Wassers, den Raubbau an der Natur, der das ökologische Gleichgewicht in irreparabler Weise bedroht“, als aufkommende Fragen, vor denen die Parteien stehen und die zu einer Krise der Gesellschaft führen könnten, genannt.

Die Ursache sah Vogel darin, „daß die Zuwachsrate das ausschlaggebende Entscheidungskriterium darstellt“. Das kehrt sich „gegen die Menschen, wird zum Selbstzweck und vertreibt die Menschlichkeit aus unseren Städten“. Vogel fordert, „wer das verhindern will, muß unser System verändern“.

Wohlgemerkt: verändern – denn Vogel sieht immer noch, daß wir „institutionell und normativ weithin noch in der Vorstellungswelt des 19. Jahrhunderts leben, technisch und produktiv an der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen“.

Karikatur: Schröder



Immerhin hat der Mann eine beachtliche Wandlung durchgemacht – vom „Juso-Fresser“, so sein Spitzname aus seiner Amtszeit als Münchner Oberbürgermeister und späterer rechter Flügelmann, der an den internen Beratungen rechtssozialdemokratischer Kreise teilnahm und Schöpfer des Begriffs „neue Mitte“ für eine Variante rechtssozialdemokratischer Politik war, bis hin zu der Zeit, da Vogel sich im SPD-Präsidium für eine Linie der Gespräche mit und Anhörung der Protest- und Friedensbewegung einsetzte.

Dabei befand er sich durchaus nicht immer in Übereinstimmung mit Helmut Schmidt. Schmidt kritisierte verschiedentlich auch öffentlich Vogels „Westberliner Linie“.

Die Position Vogels von 1972, erweitert um die Erfahrungen in Westberlin, lassen ihn als den Hoffnungsträger erscheinen. Mit dem Kanzlerkandidaten Vogel an der Spitze erhofft die SPD, aus den sozialen Protestbewegungen und der Friedensbewegung Kraft zu schöpfen, zu integrieren, und einen anderen Teil im Vorfeld anzubinden.

Doch schreiben wir eben nicht das Jahr 1972, als Brandt, getragen von dem Friedens- und Reformwillen der Mehrheit unserer Bevölkerung, gewählt wurde. Die Aufbruchsstimmung der siebziger Jahre wurde abgelöst von der Skepsis mit den Erfahrungen rechtssozialdemokratischer Regierungspolitik. Zudem stehen heute die Bonner Parteien vor Fragen, die eine „Sowohl-als-auch-Position“ nicht zulassen.

Die Kernfrage 1983 – dem eventuellen Wahljahr – ist die Verhinderung der Stationierung der NATO-Raketen.

Die Antwort darauf kann Jochen Vogel nicht, wie in verschiedenen Interviews der letzten Wochen geschehen, auf einen SPD-Raketenparteitag Ende 1983 vertagen. Wenn er dann gleichzeitig die SPD-Entscheidung, ob für oder gegen Raketenstationierung, von der Auslegung der Verhandlungen in Genf zwischen der USA und der UdSSR abhängig macht, drückt er sich um eine eigene Entscheidung und gewinnt nicht an Glaubwürdigkeit.

Eine Probe aufs Exempel für die Glaubwürdigkeit sozialdemokratischer Friedenspolitik wäre die Forderung nach einem Moratorium für die Raketenstationierung und die Forderung an die USA, den Verzicht auf den Ersteinsatz von Atomwaffen auszusprechen. Schon an diesem Beispiel wird deutlich, nicht neue Leute, auch keine Wortkosmetik, sondern eine neue Politik wird gefordert.

Das Hoffen auf Hoffnungsträger führt nur wieder zu Enttäuschungen. Veränderungen werden nur erreicht, wenn die außerparlamentarische Bewegung auch weiterhin ihre Aktionen durchführt. Das zeigen die Auswirkungen der großen Demonstrationen der Friedensbewegung, Protestbewegungen, der Schüler- und Studentenbewegung und jetzt die großen Demonstrationen der Gewerkschaft. In diesen Massenkämpfen werden die Weichen für die Durchsetzung einer neuen Politik gestellt.

REIF FÜR DEN BUNDESTAG?

Beobachtungen zur Bundesdelegiertenversammlung der Grünen von Jerry Sommer.

Die Grünen stehen im Rampenlicht der politischen Diskussion. Mit ihnen ist Bewegung in die Parteienlandschaft gekommen. Sie repräsentieren für viele die Hoffnung auf eine Veränderung nach links.

Sie sind entschieden gegen den NATO-Raketenbeschluß und das Bonner Atomprogramm. Sie sind entstanden und gewachsen mit den außerparlamentarischen Bewegungen auf diesen Gebieten. Dies hat ihre Bundesdelegiertenkonferenz Mitte November in Hagen erneut bestätigt.

Doch daß das nicht genug ist, spürten sie selbst. Deshalb sollte Hauptthema ihrer Konferenz die Diskussion und Beschußfassung über ein Wirtschaftsprogramm sein, daß sowohl eine Analyse der Situation als auch konkrete Forderungen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau enthält. Nach langer und heftiger Auseinandersetzung wurde die Verabschiebung eines solchen Programms verschoben auf die nächste Bundesdelegiertenkonferenz im Januar. Die Diskussion um das Wirtschaftsprogramm zeigte deutlich, was die Grünen nicht sind: Eine an den sozialen Interessen der Arbeiterklasse orientierte, eine auf die Arbeiterklasse und ihre Organisationen – vor allem die Gewerkschaften – orientierende und eine das Großkapital als Hauptfeind bekämpfende Partei.

SCHWACHPUNKTE

Die Positionen, die in der Diskussion aufeinanderprallten, zeigten die Bandbreite, der in den Grünen vertretenen Strömungen: Die Bundeswirtschafts AG hatte einen Vorschlag vorgelegt, in dessen Mittelpunkt die Entwicklung von Forderungen gegen die Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau standen: Alternative Investitionsprogramme, Arbeitszeitverkürzung auf 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommensschichten, Rückgängigmachung der Kürzungen im Sozialstaat und Finanzierung dieser Maßnahmen auf Kosten,

der Rüstung, des Atomprogramms und der stärkeren Belastung der Reichen.

In der Erkenntnis, daß diese Forderungen, die als Einstieg in eine alternative ökologische und soziale Entwicklungslogik aufgefaßt werden, nicht allein aus den Parlamenten durchzusetzen sind, soll die Zusammenarbeit mit allen Bewegungen, insbesondere wegen ihrer besonderen Wichtigkeit mit den Gewerkschaften, gesucht werden.

Trotz dieser an konkreter Interessenvertretung orientierter und auf die Gewerkschaften und die Arbeiterklasse als die entscheidende Kraft zur Veränderung orientierender Position, fällt

nen „Ausstieg aus dem Industriestand“ (Bahro), eine neue ökologische Qualität der Produktion und ähnliche Ziele mehr zu erreichen. Dabei spielen „alternative, selbstbestimmte Projekte“ die entscheidende Rolle.

Zu Recht wurde Bahro vorgeworfen, sich „höhnisch gegenüber den 2 Millionen Arbeitslosen“, „menschenvorachtend“ und antihumanistisch zu verhalten, mit seinem Ökologismus nun ähnlich wie SPD-Löwenthal – einen unüberbrückbaren Gegensatz von Ökonomie und Ökologie zu konstruieren und in der Praxis auf die Illusion zu bauen, die Gesellschaft durch Alternativprojekte ändern zu können.

Foto: Rose



Als Aussteiger aus dem Industriestand im nächsten Bundestag? Hut ab, Herr Abgeordneter Beuys.

auf, daß jeglicher Bezug zu ähnlichen bzw. gleichen Forderungen der Gewerkschaften nicht stattfindet – und dies offensichtlich aus Unkenntnis oder aus Nachgiebigkeit gegenüber anderen innerhalb der Grünen vertretenen Positionen.

Die Gegner dieses vorgelegten Entwurfs nämlich, deren präzisesten Vertreter Bahro war, schätzten den DGB als „Schlachtschiff der Kaputtindustrialisierung“ (Bahro) ein. Die Priorität, Arbeitsplätze zu schaffen, sei eine „grundlegende Preisgabe der politischen Identität der Grünen“, die „Übernahme von überkommenen Politikansätzen“ der niedergegangenen Arbeiterbewegung.

Statt dessen müsse man die Arbeitslosigkeit nutzen, um ei-

serweise einen vorläufigen Kompromiß kennzeichnen, zu zwei entscheidenden Punkten nichts bzw. so gut wie nichts gesagt: Außer der Proklamation der 35-Stunden-Wochen-Forderung fehlt jede konkrete Forderung zur Linderung der Arbeitslosigkeit und es fehlt jeder Bezug auf die Träger eines gesellschaftlichen Veränderungsprozesses. Daß die Durchsetzung von Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit eine Machtfrage ist, und die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Arbeit, nur durch den Kampf der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften selbst erreicht werden kann, wird ausgeklammert.

RECHTSREGIERUNG UNTERSCHÄTZT

Mit diesen Positionen werden die Grünen den gegenwärtigen Anforderungen an eine linke Politik nicht gerecht. Um die Politik der Rechtsregierung erfolgreich zu bekämpfen, um Arbeitslosigkeit und sozialen Kahlschlag erfolgreich entgegentreten zu können, ist die Formulierung klarer Forderungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie z.B. die DGB-Forderung nach einem 50 Mrd. DM umfassenden Investitionsprogramm eine absolute Notwendigkeit. Ohne solche Forderungen und ohne eine Orientierung auf außerparlamentarischen Kampf und Stärkung der Arbeiterbewegung kann die Auseinandersetzung mit der Rechtsregierung nicht erfolgreich geführt werden, weil eine für die Masse der Bevölkerung sichtbare fortschrittliche Alternative in dem Hauptfeld der Regierungspolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, fehlt.

Überhaupt spielte die außerparlamentarische Bewegung auf der Delegiertenkonferenz eine völlig untergeordnete Rolle. Daß in den letzten Wochen 600 000 Arbeiter und Angestellte auf den DGB-Demonstrationen waren, fand keine Erwähnung. Die Aufgabe der Verbreiterung der Friedensbewegung, die Arbeit mit dem Krefelder Appell, Aktionen zur Durchsetzung atomwaffenfreier Zonen oder die Ostermärsche waren kein Diskussionsthema, obwohl die Ablehnung des NATO-Raketenbeschlusses und die Sorge um den Frieden Konsens war und auch von vielen Rednern formuliert wurde.

Die Kritik mancher Delegierten, daß man den Bezug zu den Bewegungen nicht vergessen dürfe, daß diese das Standbein, die Parlamentsarbeit nur das Spielbein grüner Politik sein könne, blieb folgenlos. Statt dessen kreiste der zweite Diskussionsschwerpunkt ausschließlich um die Bundestagswahlen und

dabei insbesondere um das Verhältnis zur SPD.

Wie nicht anders zu erwarten, beschlossen die Grünen, an den Bundestagswahlen teilzunehmen. Keine Diskussion und keinen Beschuß gab es allerdings zur Frage der grün-offenen Listen, der Bereitschaft, auch nichtgrünen Teilen der außerparlamentarischen Bewegung die Möglichkeit zur Kandidatur zu geben, obwohl ein Teil der Grünen sich explizit für eine Öffnung ausgesprochen hat. Die Bereitschaft zu einer tatsächlichen Öffnung der Listen scheint nach dieser Delegiertenkonferenz, obwohl die Entscheidung in den Länder- und Kreisorganisationen der Grünen fällt, äußerst gering.

Diese Geringsschätzung der außerparlamentarischen Bewegung fand ihre Entsprechung auch in der Tatsache, daß im Beschuß „Stellungnahme der Grünen zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien im nächsten Deutschen Bundestag“ die außerparlamentarische Bewegung gar nicht vorkommt. Mit einer gefährlichen Selbstsicherheit wird davon ausgegangen, daß die Grünen im nächsten Bundestag sitzen und zusammen mit der SPD die Mehrheit haben werden.

Daß die Verhinderung einer Rechtsregierung zuerst einmal erfordert, den außerparlamentarischen Kampf in Fragen vor al-

lem der Mittelstreckenraketen und der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verstärken, fällt völlig hintenunter.

In dem Beschuß werden die acht wichtigsten Aufgaben benannt, die die Grünen sich im nächsten Bundestag stellen, darunter: Verhinderung der NATO-Aufrüstung, Stopp dem Atomprogramm, Sofortmaßnahmen gegen Umweltzerstörung, Stopp von Großprojekten, u. a. Völlig untergewichtet und ohne Sofortforderungen wird die Aufgabe im wirtschaftlichen Bereich an fünfter Stelle formuliert: „Umstrukturierung der Wirtschaft auf dezentrale und alternative Produktion und Technologien, Arbeitszeitverkürzung und weitere Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau.“

kein Delegierter etwas anderes im Kopf hat, sondern von „den im Bundestag vertretenen Parteien“ die Rede ist, macht eine weitere Crux der Grünen deutlich:

In ihrer „fundamentaloppositionellen“ Mehrheit haben sie eine fürchterliche Angst, von der SPD aufgesogen zu werden, und tun, um das zu verhindern, genau das Falsche: Statt mit Sofortforderungen im außerparlamentarischen Kampf gegen die Rechtskoalition und für die Interessen, insbesondere auch die sozialen, der Bevölkerung aufzutreten, setzen sie SPD und CDU weitgehend gleich. Ihr Ziel ist es nicht vorrangig, Interessen durchzusetzen – und dazu wäre es nötig, vorrangig auf den außerparlamentarischen Kampf, und dabei heutzutage insbesondere auf die Nutzung aller Möglichkeiten zur Einbeziehung von Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu orientieren – sondern sich selbst zu profilieren und „die großen Parteien gezwungen (werden), Farbe zu bekennen“.

Nun geht es sicherlich nicht darum, unter Aufgabe von Forderungen der außerparlamentarischen Bewegung eine prinzipielle Zusammenarbeit mit der SPD anzustreben. Nur müssen sich die Grünen im Bereich der Wirtschaftspolitik erstmal den Forderungen der Bewegung

gen, insbesondere der Gewerkschaften, annähern, und primär auf die Entwicklung außerparlamentarischer Kämpfe setzen, statt, verharrend in einem ökologistischen parlamentarischen Elfenbeinturm, geradewegs ins politische Getto zu marschieren.

Mit dieser Linie bleiben sie weit hinter den Möglichkeiten, die sie hätten, als auch hinter den Anforderungen, vor denen die demokratische Bewegung objektiv steht. Ihre Ferne zur Arbeiterbewegung stellt ihnen wieder einmal ein Bein. Die Stärkung der Arbeiterbewegung, und darunter insbesondere der DKP, sowie die stärkere Anbindung der Grünen an die außerparlamentarischen Bewegungen bleiben Aufgaben, von deren Lösung auch der weitere Weg der Grünen beeinflußt wird, ja zum Teil abhängt.

Dies gilt insbesondere, weil viele Positionen innerhalb der Grünen noch nicht ausgereift sind, Widersprüchliches, wahrscheinlich noch längere Zeit nebeneinander steht. Zu Letzterem gehört auch, daß mit der größten Stimmenzahl Rainer Trampert aus Hamburg, ein Vertreter der GAL-Linie, zum Sprecher der Grünen, kurz danach aber Bahro, wenn auch mit deutlich geringerer Stimmenzahl (320 zu 380), in den Bundesvorstand gewählt wurde.

Anzeige



Florence Hervé, (Hrsg.)

GESCHICHTE DER DEUTSCHEN FRAUENBEWEGUNG

Geschrieben von Frauen, die in der Frauenbewegung aktiv sind, ver gegenwärtigt dieses Buch 130 Jahre deutsche Frauenbewegung in ihrer ganzen Vielfalt.

Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln
240 Seiten
DM 14.80

Ryunosuke Akutagawa

RASHOMON
Kurzprosa

Akutagawa, 1927 durch Freitod gestorben, hat mit seiner Prosa die japanische Literatur bis heute nachhaltig beeinflußt. Dieser Band enthält 35 Novellen, in denen sich die widersprüchliche Wirklichkeit der japanischen Gesellschaft widerspiegelt.

Verlag Volk und Welt, Berlin
592 Seiten, Leinen
DM 19,00



RIKSCHAKULI

Lao She, der 1966 während der Kulturrevolution zu Tode kam, gehört zu den bedeutendsten chinesischen Schriftstellern. In seinem 1935 erschienenen Hauptwerk „Rikschatuli“ schildert er realistisch die Geschichte des Bauerburschen „Glücksohn“, der zu Beginn der dreißiger Jahre nach Peking kommt, um dort sein Glück zu versuchen.

Roman Verlag Volk und Welt
408 S., Leinen, DM 12.00

Jürgen Höpfner
GLEISVERWERTUNG
- Roman -

Während der Oberschüler Volker Brahm mit der Urlaubsbekanntschaft Angelika eine nächtliche Wanderung unternimmt, geht das Lankenahener Klubhaus in Flammen auf. Es ist der 13. August 1961. Volker kennt die Brandstifter. Er drückte mit ihnen die Schulbank. Vier Jahre zuvor war eine S-Bahn-Fahrt nach West-Berlin für ihn zur Mutprobe geworden. Anhand dieser vier Jahre erzählt der Roman vom Erwachsenwerden in einer widersprüchlichen Zeit.

Mitteldeutscher Verlag, Halle
DM 14.70



Täglich Arbeiterzeitung und Friedenszeitung

Täglich werden in der Bundesrepublik 124 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von 20 Millionen Stück verbreitet. Einzigartig unter ihnen ist die UZ, die Zeitung der arbeitenden Menschen, der DKP. Werden von ihr auch noch viel zuwenig Exemplare verbreitet, so ist ihre Wirkung doch beträchtlich. Wer sich täglich über die großen demokratischen Bewegungen, die Friedensbewegung umfassend informieren will, wer wissen will, was hinter den Betriebsmauern und in den Schulen und Hochschulen vor sich geht, der braucht die UZ.

Frei von Gewinnstreiben

Im Sinne von Karl Marx, der die Freiheit der Presse als die Freiheit bezeichnete, kein Gewerbe zu sein und nicht dem Profit und dem Profitsystem verbunden, ist die UZ eine wirklich freie Presse.

Sachzwänge sind kein Maßstab

Das zeigt sich wieder in diesen Tagen. Während alle anderen 123 Tageszeitungen dieses Landes einhellig die „Sachzwänge“ oder gar die „Schritte in die richtige Richtung“ würdigen, wenn den arbeitenden Menschen erneut viele Milliarden Mark geraubt werden, um sie in eine sinnlose und gefährliche Rüstung zu stecken, so ist die UZ die einzige Tageszeitung, die großkapitalistische und reaktionäre Interessen entlarvt, die hinter den Rotstiftoperationen stehen.

Parteilich für die Leser

Und während alle 123 Zeitungen Partei ergreifen — zumeist gegen ihre Leser —, Partei für die Rechtskräfte und die großen Profiteure, so ergreift die UZ Partei für diejenigen, die alles bezahlen

und alles erdulden sollen, für die einfachen Menschen.

Arbeiter schreiben für Arbeiter

In der UZ schreiben Arbeiter für Arbeiter. Denn die UZ sagt nicht nur ganz offen, wo sie steht, für wen sie Partei ergreift, ohne jene widerliche „Überparteilichkeit“ der bürgerlichen Medien zu heucheln. Die UZ informiert nicht nur, entlarvt nicht nur. Sie läßt auch die arbeitenden Menschen mit ihren Wünschen und Meinungen zu Wort kommen. Während kürzlich das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ eine Untersuchung unter Arbeitern veröffentlichte, wonach die Arbeiter sich beklagten, in den Medien nur am Rande vorzukommen, so öffnet die UZ ihre Seiten, um Stimmen und Interviews von Arbeitern und Gewerkschaftsvertretern im Originaltext zu verbreiten, um Reports aus den Betrieben, Hintergrundinformationen aus Betriebszeitungen zu veröffentlichen.



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt

Und schließlich orientiert die UZ stets auf das „Sichwehren“, auf die Aktion, auf das gemeinsame Handeln. Mit Uhrzeit und Ortsangabe wird auf kommende Aktionen — z.B. gegen US-Raketen und für Arbeitsplätze — hin gewiesen und werden durchgeführte Aktionen vorgestellt, damit andere Leser daraus Nutzen ziehen können, Erfahrungen vermittelt bekommen.

Solche Informationen Tag für Tag zu erhalten ist heute in schnellerlebiger Zeit unverzichtbar.

So erweist sich diese Zeitung als parteilich informierende, orientierende und aktivierende Kraft. Als Kraft, die noch mehr Leser braucht, die wiederum die UZ brauchen.

Leser über uns

... kann auf die UZ
nicht verzichten

Die UZ ist eine Arbeiterzeitung. Sie vertritt konsequent die Interessen der Arbeiter. Sie verbreitet Beschlüsse, Berichte und Stellungnahmen der Gewerkschaften und der Friedensbewegung. Kurz gesagt, sie ist vorwärtsweisend und solidaritätsbildend, während die bürgerliche

Themen, die uns keiner abnimmt

Es gibt Themen, die nimmt uns keiner ab. Da sind wir praktisch ohne Konkurrenz. Zum Beispiel: bei einer sauberen, ehrlichen Berichterstattung über die Friedensbewegung.

Die Exklusivität unserer Berichterstattung hat eine einfache Erklärung: Die UZ und ihre Mitarbeiter fühlen sich als Teil der Friedensbewegung, stehen mitten in dieser Bewegung, berichten aus eigenem Erleben. Wo andere sich anbiedern, weglassen, verfälschen oder auseinanderdividieren wollen, zeigt die UZ Zusammenhänge, bringt Hintergründe. Täglich.



Unser Angebot für Sammelbesteller: ab 5 Kalender 26,80 DM pro Stück inkl. Versandkosten		ab 10 Kalender 23,80 DM pro Stück inkl. Versandkosten
Einzelbestellung		
<input type="checkbox"/> Ich bestelle _____ Kalender »Die Nordsee« zum Einzelpreis von 29,80 DM zuzüglich 3 DM Versandkostenanteil.		
<input type="checkbox"/> Ich bestelle _____ Kalender »Die Nordsee« zum Preis von _____ DM pro Stück inklusive Versandkosten (s. Tabelle).		
<input type="checkbox"/> Ein Verechnungsscheck über _____ liegt bei.		
<input type="checkbox"/> Ich habe den Betrag von _____ DM auf das Konto PSchA Essen 361672-437 (BLZ 360 100 43) überwiesen.		

Datum _____ Unterschrift _____

Absender: _____

Collectiv-Versand
Postfach 1928
D-4000 Düsseldorf

Postkarte

Porto

Einst rühmten die Fischer an den Küsten den Reichtum der Nordsee. Heute klingt das wie ein Märchen. Leergefischt, von Öl verpestet, mißbraucht als riesige Giftmüllhalde, droht der Nordsee der Tod. Aber die Nordsee muß leben!

Engagierte Texter und Fotografen, Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen haben maßgeblich an diesem Kalender mitgearbeitet. Neben den 12 farbigen Monatsblättern und einem Einleitungsblatt ist dem Kalender ein Blatt mit 8 Umweltschutzpostkarten beigeheftet. Das zusätzliche Jahreskalendarium erhöht seinen praktischen Wert.

29,80 DM

Darin ist eine Spende für das Internationale Wassertribunal enthalten, das im April 1983 in Rotterdam stattfindet. Ein weiterer Grund, den Umweltschutzkalender sich selbst und anderen zu schenken.

EDITION PLAMBECK
für Umweltschutz
Im Verlag Plambeck & Co, Neuss

Erhältlich in jeder Buchhandlung
oder direkt beim
collectiv-Versand
Postfach 1928
D-4000 Düsseldorf

Unser Umweltschutzkalender
DIE NORDSEE
Ein Meer droht unterzugehen.
ist ein Appell für die Zukunft der
Nordsee, für unsere Zukunft
zu kämpfen.



Plambeck & Co
Druck und Verlag GmbH
Postfach 920
D-4040 Neuss 13

90 Pf
freimachen

Postkarte

UZ unseren zeit Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP 14. Jahrgang Nr. 102 Mittwoch, den 5. Mai 1982 Preis 30 Pfennig	
Ich bestelle die UZ als <input type="checkbox"/> Tageszeitung zum Preis von 10,- DM monatlich MINDESTBEZUGSZEIT 3 Monate	Ich bestelle die UZ als <input type="checkbox"/> Wochenendausgabe zum Preis von 10,- DM vierteljährlich MINDESTBEZUGSZEIT 1 Jahr
Ich möchte eine <input type="checkbox"/> Probelieferung der UZ, um die Zeitung der DKP erst einmal kennen zu lernen.	

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag sein.

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum, Unterschrift _____

Der Kalender zum Marx-Jahr

Karl Marx
1818-1883

12 farbige Monatsblätter: Gedanken und Notizen zu ausgesuchten Ereignissen aus Marx' Leben in Wort- und Bildmontagen — vom Kommunistischen Manifest bis zur Oktoberrevolution!

Mit separater
Zeittafel

14,80 DM



Zu beziehen über:

collectiv-Versand
Postfach 1928
4000 Düsseldorf

oder über alle DKP-Bezirks- und Kreisvorstände

Vorauskasse beim Postscheckamt
Essen 361-672 (BLZ 360 100 43)
14,80 DM + 5,- DM Versandkostenanteil

Fast alle linken Zeitungen starteten in diesem Jahr Leserumfragen. Die roten blätter hängen sich nun – obwohl sonst eher Vorreiter – an diese Bewegung einfach an. Auch wir wollen wissen: Wer, was und wie sind unsere Leser? Was halten sie von unserer Zeitung?

Zwar haben wir eine ganze Menge Rückmeldungen über unsere Schreib- und Gestaltungskarten, Leserbriefe, Diskussionen in MSB-Gruppen und Lesergespräche. Aber das genügt uns nicht, wir wollen mehr. Die Leserumfrage soll uns ein Stück weiterbringen in der Beziehung zwischen Lesern und Redaktion.

Wo euch die – zur Vereinfachung der Auswertung – standardisierten Antworten nicht ausreichen, nehmt bitte einen Zettel und schreibt uns ausführlich eure Meinung. Wir wollen uns gründlicher auf eure Interessen und Lesegewohnheiten einstellen können. Also: Gegen Lob haben wir nichts einzuwenden, aber besonders brauchen wir Kritik und Verbesserungsvorschläge.

Das ist der eine Grund für diese Aktion. Der zweite ist profaner, politisch aber nicht unbedeutend. Es geht um die Finanzierung und die Aufrechterhaltung des niedrigen Preises (2,- DM). Natürlich wollen wir mehr Anzeigen. Deswegen brauchen wir Fakten und Argumente über Lebens- und Konsumgewohnheiten der Leser.

Deswegen: Wenn du zehn Minuten Zeit hast und einen Kugelschreiber, kann es gleich losgehen. Besondere Vorkenntnisse sind nicht nötig.

Und damit der Anreiz größer ist: Es gibt was zu gewinnen. Die ersten 10 Einsender (es entscheidet der Briefträger, der Rechtsweg – aber auch nur dieser – ist ausgeschlossen) gewinnen je ein Buch, unter den weiteren Einsendungen werden 30 weitere Bücher verlost.

So, das war's von unserer Seite, und jetzt seid ihr dran.

1. Als erstes interessiert uns natürlich, wie du zu diesem Heft gekommen bist.

Ich habe es glücklicherweise geschenkt bekommen.
 Ich habe es irgendwo liegen gesehen und reingeguckt.
 Eine MSBlerin (oder ein MSBler) hat es mir verkauft.
 Ich habe es von einem Büchertisch.
 Was für eine Frage! Ich habe die roten blätter selbstverständlich abonniert.

2. Welchen Grund hastest du, dieses Heft zu kaufen?

Ich bin durch Plakate bzw. Anzeigen aufmerksam geworden.
 Es ist mir eine liebe Gewohnheit, die roten blätter zu kaufen und zu lesen.
 Wegen dem Bafög-Thema.
 Die Enthüllungen zu den Giftgasforschungen haben mich beeindruckt.
 Ich fand den rote-blätter-Verkäufer nett.
 Bei mir war es ganz anders, nämlich:

3. Wie hat dir dieses Heft insgesamt gefallen?

sehr gut
 gut
 na ja
 weniger gut
 ganz und gar nicht

4. Und nun zum Detail. Wie fandest du die einzelnen Artikel dieser Ausgabe?

	gelesen	gefallen	teilweise gelesen	überhaupt nicht gelesen
RCDS und Industrie	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bafög science fiction	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Comic	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fotoroman zum Regierungssturz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kommentar zum Wahlbündnis linke szene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Vietnam-Essay	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Drewitz	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Mauerspringer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Welche der folgenden Attribute würdest du den roten blättern als charakteristische Eigenschaften zuschreiben?

- informativ
 nüchtern und intellektuell
 lebensnah und lebendig
 langweilig
 kritisch
 oberflächlich
 theoretisch anspruchsvoll
 textüberladen
 unterhaltend, abwechslungsreich
 nützlich für die politische Auseinandersetzung
 vielseitig in der Themenwahl
 objektiv
 nimmt zu einseitig Stellung
 deckt Mißstände auf
 neigt zu Überreibungen
 regt zum Nachdenken an

8. Welche Zeitungen liest du außer den roten blättern mehr oder weniger regelmäßig?

- titanic
 stern
 konkret
 Spiegel
 Zeit
 UZ
 FAZ
 TAZ
 regionale Tagespresse
 FR
 Marxistische Blätter
 Blätter für deutsche und internationale Politik
 frontal
 DVZ
 tip
 Fachzeitschrift
 Hobbyzeitschrift

6. Die roten blätter sind ein Magazin mit einer bestimmten Themenauswahl – über die man sich streiten kann. Was müßte deiner Meinung nach in den roten blättern in Zukunft aufgegriffen werden?

Diskussionen und Aktionen der Linken
 Auseinandersetzung mit der CDU/CSU-Politik
 was zur SPD
 Hochschulpolitik
 Studienalttag
 fachwissenschaftliche Entwicklungen
 Theorie (Philosophie, Ökonomie...)
 sozialistische Länder
 Internationales
 Kultur, Literatur, Filme
 Satire, Comic, Cartoon
 Beziehungsprobleme
 sonstiges

mehr	weniger
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Wie lange hast du an dieser Ausgabe der roten blätter gelesen?

- nur eben durchgeblättert und Überschriften gelesen
 bis zu einer Stunde
 ein bis zwei Stunden
 zwei bis vier Stunden
 von vorne bis hinten

10. Du versteckst die roten blätter sicherlich nicht – wie viele Leute gucken sonst noch mit rein?

- keine
 einer
 zwei bis vier
 vier bis acht
 mehr als acht

11. Sammelst du die roten blätter?

- ja
 nein



<p>12. Und nun zu dir. Ist deine Hauptbeschäftigung</p> <p><input type="checkbox"/> Studieren <input type="checkbox"/> Jobben <input type="checkbox"/> in einem akademischen Beruf arbeiten <input type="checkbox"/> in einem nichtakademischen Beruf arbeiten <input type="checkbox"/> arbeitslos zu sein?</p>	<p>21. Studieren und politische Arbeit ist nicht alles im Leben. In welchem der folgenden Bereiche gibst du eher mehr, eher weniger aus (einen Mittelwert müßt ihr selber schätzen), wo würdest du gern mehr Geld ausgeben?</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <thead> <tr> <th></th> <th style="text-align: center;">eher mehr</th> <th style="text-align: center;">eher weniger</th> <th style="text-align: center;">würde gerne mehr</th> </tr> </thead> <tbody> <tr><td>Bücher</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Kleidung</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Schallplatten</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Möbel</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Zigaretten</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Selbstgedrehte</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Schulden abtragen</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Auto</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Bier</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Wein</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Schnaps</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Reisen</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Delikatessen</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Kino</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Sportsachen (Ski, Surfen...)</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Stereolanlage</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> <tr><td>Büromaterial</td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td><td><input type="checkbox"/></td></tr> </tbody> </table>		eher mehr	eher weniger	würde gerne mehr	Bücher	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Kleidung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Schallplatten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Möbel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Zigaretten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Selbstgedrehte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Schulden abtragen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Auto	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bier	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Wein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Schnaps	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Reisen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Delikatessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Kino	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Sportsachen (Ski, Surfen...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Stereolanlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Büromaterial	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<p>25. Filme zu kategorisieren ist nicht einfach, deshalb die Frage: Welchen der folgenden Filme würdest du dir ansehen?</p> <p><input type="checkbox"/> Sommernächte <input type="checkbox"/> The Wall <input type="checkbox"/> Casablanca <input type="checkbox"/> Vermißt <input type="checkbox"/> Der gezähmte Widerspenstige <input type="checkbox"/> Krieg der Sterne <input type="checkbox"/> Die Hunde sind los <input type="checkbox"/> Das Ding <input type="checkbox"/> Marx Brothers <input type="checkbox"/> Halloween <input type="checkbox"/> Die weiße Rose</p>
	eher mehr	eher weniger	würde gerne mehr																																																																							
Bücher	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Kleidung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Schallplatten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Möbel	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Zigaretten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Selbstgedrehte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Schulden abtragen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Auto	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Bier	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Wein	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Schnaps	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Reisen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Delikatessen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Kino	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Sportsachen (Ski, Surfen...)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Stereolanlage	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
Büromaterial	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>																																																																							
<p>13. Falls du studierst, welche Fachrichtung?</p> <p><input type="checkbox"/> geisteswissenschaftlich <input type="checkbox"/> naturwissenschaftlich <input type="checkbox"/> technisch <input type="checkbox"/> künstlerisch <input type="checkbox"/> staats- und rechtswissenschaftlich <input type="checkbox"/> wirtschaftswissenschaftlich <input type="checkbox"/> medizinisch <input type="checkbox"/> sonstiges</p>	<p>22. Was für Bücher liest du am liebsten?</p> <p><input type="checkbox"/> Fachliteratur <input type="checkbox"/> politische Sachbücher <input type="checkbox"/> Romane <input type="checkbox"/> SF/Comics <input type="checkbox"/> Krimis</p>	<p>26. Wo engagierst du dich politisch?</p> <p><input type="checkbox"/> FS/ASTA <input type="checkbox"/> Frauengruppe <input type="checkbox"/> HS-Initiative/-Arbeitskreis <input type="checkbox"/> Bürgerinitiative <input type="checkbox"/> Gewerkschaft <input type="checkbox"/> Sportverein <input type="checkbox"/> sonstiges</p>																																																																								
<p>14. Mit dem Ziel</p> <p><input type="checkbox"/> Lehramt oder <input type="checkbox"/> welchem Abschluß?</p>	<p>23. Welche Musikrichtung sagt dir am ehesten zu?</p> <p><input type="checkbox"/> Punk <input type="checkbox"/> Rock <input type="checkbox"/> NDW <input type="checkbox"/> Jazz <input type="checkbox"/> Blues <input type="checkbox"/> Liedermacher <input type="checkbox"/> Pop/Schlager <input type="checkbox"/> Walzer</p>	<p>27. Welcher der folgenden HS-politischen Gruppierungen fühlst du dich am ehesten verbunden?</p> <p><input type="checkbox"/> MSB <input type="checkbox"/> SHB <input type="checkbox"/> Jusos <input type="checkbox"/> Basisgruppen / grün-alternative HS-Gruppen <input type="checkbox"/> LHV <input type="checkbox"/> RCDS und andere Rechte <input type="checkbox"/> MG</p>																																																																								
<p>15. und an welcher Hochschule?</p> <p><input type="checkbox"/> Fachhochschule <input type="checkbox"/> Universität <input type="checkbox"/> zweiter Bildungsweg</p>	<p>24. Welchen Hobbys gehst du nach?</p> <p><input type="checkbox"/> Fotografieren <input type="checkbox"/> Motorradfahren <input type="checkbox"/> Musikmachen <input type="checkbox"/> Konzerte besuchen <input type="checkbox"/> Stricken <input type="checkbox"/> sonstiges</p>	<p>So, vielen Dank, das war's. Bitte das Abschicken nicht vergessen, an: rote blätter Buschstraße 81 5300 Bonn.</p>																																																																								
<p>16. Im wievielten Semester?</p> <p>.....</p>		<p>40 Bücher winken! Wenn ihr gewinnen wollt, steckt bitte zusammen mit dem ausgefüllten, rausgetrennten und gefalteten Fragebogen ein Zettelchen mit Name und Anschrift in den Briefumschlag. Und nach Möglichkeit die 80-Pf-Briefmarke nicht vergessen draufzukleben, sonst sind die Spenden für die Prozeßkosten wieder futsch.</p>																																																																								
<p>17. Wie alt bist du?</p> <p>.....</p>																																																																										
<p>18. Frau <input type="checkbox"/> Mann <input type="checkbox"/></p>																																																																										
<p>19. Alles redet vom Sparen, die Lage auf dem Bafög-Sektor spitzt sich zu. Uns interessiert, wieviel Geld dir monatlich zur Verfügung steht.</p> <p><input type="checkbox"/> bis 500,- DM <input type="checkbox"/> 500,- bis 800,- DM <input type="checkbox"/> 800,- bis 1500,- DM <input type="checkbox"/> über 1500,- DM</p>																																																																										
<p>20. Arbeitest du in den Semesterferien?</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>																																																																										

Kämpfer ohne Waffen

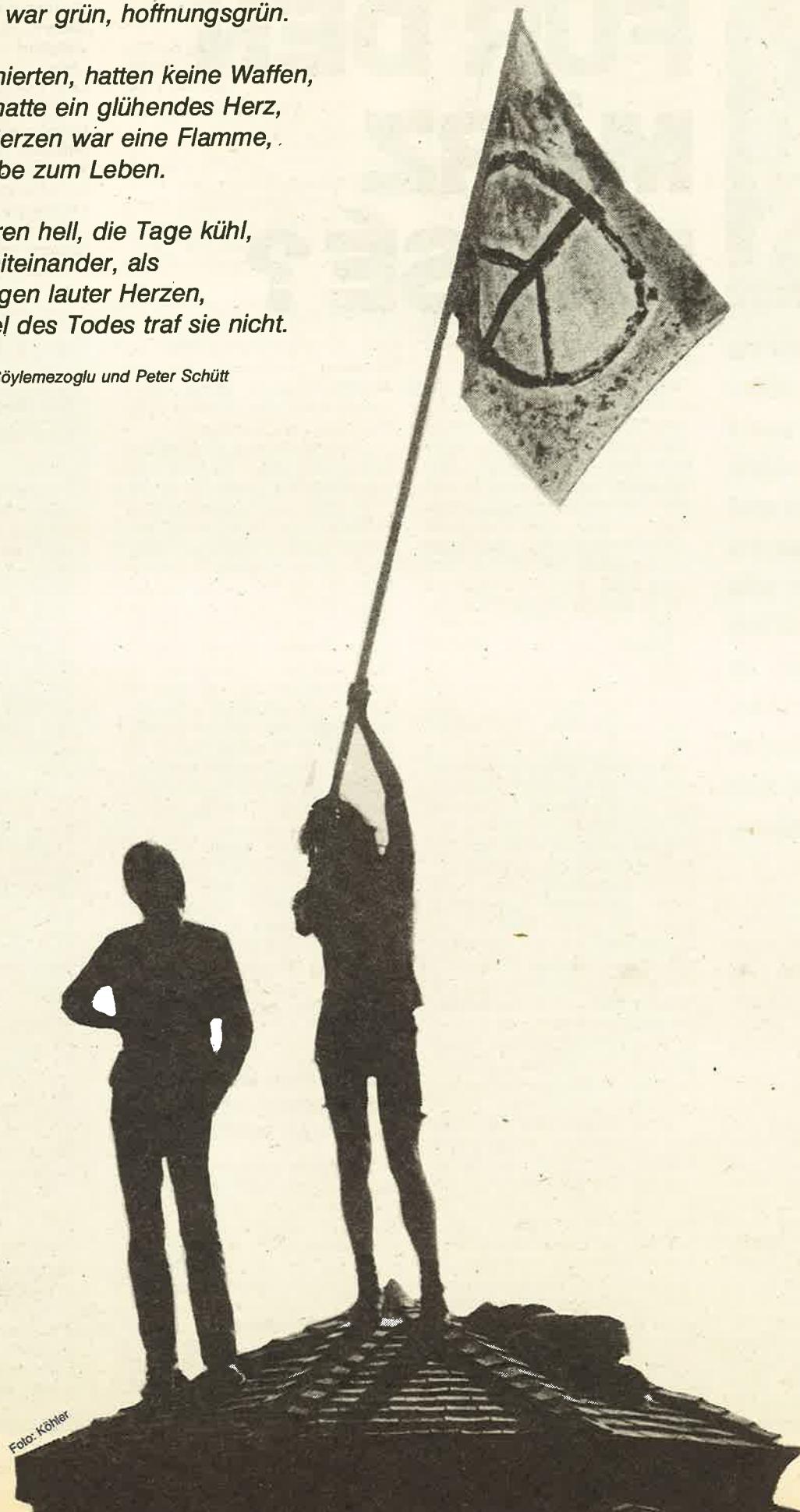
*Ihr Zug kam aus allen Kontinenten,
er zog in den Norden, zog durch
Städte und Wälder, vorbei an Felsen und Meeren,
doch das Land war grün, hoffnungsgrün.*

*Die dort marschierten, hatten keine Waffen,
aber ein jeder hatte ein glühendes Herz,
und in jedem Herzen war eine Flamme,
brannte die Liebe zum Leben.*

*Die Nächte waren hell, die Tage kühl,
sie sprachen miteinander, als
wären ihre Zungen lauter Herzen,
und der Stachel des Todes traf sie nicht.*

Übersetzt von Nerkis Söylemezoglu und Peter Schütt

manuskripte



WAHLBÜNDNIS - FÜR DEN MÄRZ PASSÉ?



Schnell hatte die Debatte um ein breites linkes Wahlbündnis zu den angekündigten Bundestagswahlen begonnen. Inzwischen wird die Diskussion, vor allem von Seiten der Grünen, nur noch lustlos geführt. Die Gründe sind vielfältig, die Positionen verhärtet.

Uwe Knickrehm, Vorsitzender des MSB Spartakus, zieht ein vorläufiges Resümee.

Sollten die Bundestagswahlen am 6. März 1983 tatsächlich stattfinden, ist mit der Kandidatur eines breiten, demokratischen und linken Wahlbündnisses wohl nicht zu rechnen.

Die Diskussion um ein solches Bündnis scheint vorerst beendet, kaum daß sie richtig begonnen hat. So haben denn auch viele Linke von der Diskussion kaum etwas mitbekommen (einige Diskussionsbeiträge sind in dieser Ausgabe dokumentiert).

Verwunderlich ist das rasche Ende der Diskussion eigentlich nicht. Es ist hoffentlich auch nur vorübergehend.

Zunächst einmal sollen die wichtigsten Gründe für das Scheitern der bisherigen Wahlbündnisversuche dargestellt werden. Als erstes fällt der kurze für die Bildung eines Wahlbündnis-

ses verbleibende Zeitraum auf. Sollte es wirklich am 6. März zu Wahlen kommen, müßten die Kandidatenlisten schon Mitte Januar bei den Wahlämtern eingereicht werden. Wenn man dann noch weiß, daß zu den Bundestagswahlen nur Parteien und eben keine Bündnisse zugelassen sind – also eigentlich eine „Bündniswahlpartei“ gegründet werden müßte – wundert der fehlende Elan, der die Diskussion von Anfang an prägte, schon weniger.

Womit wir beim zweiten Grund wären. Es war in der Tat nicht unbedingt zu erwarten, daß schon beim ersten Anlauf, in der ersten Diskussion reale Ergebnisse erzielt werden würden.

Von der SPD kann man in diesem Zusammenhang völlig absehen, sie scheidet als Partner für ein Wahlbündnis von Politik und Organisationscharakter her auf lange Zeit aus. Die „Demokratischen Sozialisten“ sind noch nicht gegründet, geschweige denn konsolidiert. Die DKP hat faktisch noch keine Erfahrungen mit demokratischen Wahlbündnissen sammeln können. Die Grünen fürchten um ihre Konsolidierung und haben z.B. in einer so wichtigen Frage wie ihrem Wirtschaftsprogramm schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten.

Kein Wunder also, daß es bei den bestehenden Formationen bleiben wird, DKP und Grüne getrennt und die DS vermutlich gar nicht antreten werden. Es fehlt zum Teil an Klärung innerhalb der in Frage kommenden Partner für ein Wahlbündnis, es fehlt auf jeden Fall an gemeinsamer Erfahrung auf diesem Gebiet schon an gemeinsamen Diskussionen dazu.

Bei großen Teilen der Grünen und – nach Beschußlage – auch der Gesamtpartei fehlt es allerdings auch an Willen. Die Grü-

nen, als in den Parlamenten am stärksten vertretene, für ein Wahlbündnis in Frage kommende Kraft, sind aber für diese Diskussion am wichtigsten.

Zurückhaltung gibt es bei den Grünen gegenüber der DKP oder gegenüber den „Anhängern ihrer politischen und ideologischen Doktrin“, wie es selbst bei den relativ linken Hamburger Grünen heißt, sowieso. Bei Ernst Hollischeck aus Westberlin werden sogar die DS zu „einem Subsystem der DKP“. Wer in solcher Art Antikommunismus reproduziert, statt ihn zu bekämpfen, hat auch dementsprechend Angst vor ihm. Entsprechende Berührungsängste sind die Folge. Daß eine solche Position innerhalb des Grünen-Bundesvorstandes möglich ist, erklärt zu gutem Teil die ablehnende Haltung gegenüber Wahlbündnissen.

Petra Kelly nennt im Gespräch mit der „TAZ“ ernsthafte Gründe für ihre Skepsis schon gegenüber sogenannten „offenen Listen“ der Grünen – d.h. einer Kandidatur der grünen Partei mit Mitgliedern anderer linker Organisationen oder Unorganisierten auf ihren Listenplätzen.

DIE GRÜNEN WOLLEN DIE STIMMEN, ABER NICHT DAS BÜNDNIS

„Doppelmitgliedschaft“ sei nicht möglich, führt sie aus und verkennt anscheinend, daß ein Kandidat einer Partei eben nicht gleichzeitig deren Mitglied sein muß. Auf der anderen Seite soll z.B. Manfred Coppik – nach dem selben TAZ-Gespräch – bei den Grünen kandidieren dürfen, wenn eine entsprechende „Offenbacher Basis“ ihn vorschlägt. Aber dies wiederum nur auf Grundlage des Wahlprogramms der Grünen.

Das ist schon etwas paradox, weil dann mit dem führenden DS-Mitglied Coppik doch ein Mitglied einer anderen Partei bei den Grünen kandidieren würde – eine Mitgliedschaft, die bei noch so viel „Basisverankerung“ kaum zu verschweigen wäre. Es ist auch deswegen seltsam, weil die „Basis“, d.h. wohl außerparlamentarische Bewegungen, zwar einen Kandidaten der Grünen, wenn nicht bestimmen, so doch vorschlagen darf – zum Programm „ihres“ Kandidaten aber nichts wird sagen können.

Dem Slogan „Die Grünen bleiben die Grünen“, mit dem mitunter mancher Gegner der Wahlbündnisdebatte aufgetreten ist, kann man demgegenüber nur zustimmen. Es wäre ausgesprochen unseriös und schädlich, die Grünen mit dem „Hebel Wahlbündnis“ spalten oder gar auflö-

+ POSITIONEN P

Demokratische Sozialisten

Innerhalb der DS gibt es sehr unterschiedliche Positionen hinsichtlich der Wahlfrage, nachdem die Grünen mit ihrer Alleinkandidatur schon Fakten geschaffen haben. Sie reichen von der Gründung einer Wahlpartei, z.T. in Anlehnung an das GAL-Modell, über die eigene Beteiligung bis hin zur Unterstützung der Grünen „auf alle Fälle“. Umstritten ist auch, ob eine Einbeziehung der DKP in ein alternatives Wahlbündnis angestrebt werden soll.

Auf einem außerordentlichen Bundeskongreß Ende Oktober wurde dann in bezug auf kurzfristige Bündnisstellungen beschlossen, eine Beteiligung an „grün-offenen“ Listen anzustreben. Voraussetzung soll aber sein, daß die Grünen fünf Bedingungen akzeptieren: Die Minimalpositionen der DS sollen Eingang in das gemeinsame Wahlprogramm finden. Die DS sollen an der Programmkommission der Grünen beteiligt werden. Die Kandidaten der DS sollen durch die DS benannt werden. Die DSler dürfen im Wahlkampf eigene Positionen vertreten. Die DS sollen angemessen auf den Landeslisten vertreten sein.

Durch die Minimalpositionen will die DS ihre besondere sozialistische Identität deutlich machen. Dazu gehört auch die „parlamentarische Tolerierung einer SPD-Regierung“.

An die entsprechenden Gliederungen der Grünen soll mit diesen Bedingungen herangetreten werden. Am 27./28. 11. (nach Redaktionsschluß) wird

sen zu wollen – nur hat das niemand vorgeschlagen.

So bleiben die Grünen das, was sie sind – eine fortschrittliche ökologische Reformpartei. Nicht mehr und nicht weniger.

Petra Kellys Dilemma und die kategorischen Worte röhren daher, daß sie in der Wahlfrage aber gern doch etwas mehr wäre. Nämlich „die Wahlbewegung“ selber oder zumindest „parlamentarischer Arm“ der außerparlamentarischen Bewegungen. Das sind die Grünen aber nicht. Sie sind – wer wollte das bezweifeln – allerdings die stärkste parlamentarische Oppositionskraft, die so weitgehende Positionen der außerparlamentarischen Bewegung vertritt.

Der „Wahlbewegung“, oder präziser, dem Ringen um demokratische Wahlbündnisse, liegt als Idee jedoch mehr zugrunde.

Demokratische Wahlbündnisse wären eben tatsächlich so etwas wie ein „parlamentarischer Arm“ der außerparlamentarischen Bewegungen, würden deren Schwerpunkte, deren Prinzipien und deren Zusammensetzung weitgehend widerspiegeln (mit Ausnahme der Teile der außerparlamentarischen Bewegung, die sich der SPD verpflichtet fühlen).

DIE GRÜNEN – DAS NEUE KLEINERE ÜBEL?

Solche Wahlbündnisse würden die Schere zwischen der Kraft der außerparlamentarischen Bewegung und ihren parlamentarischen Wirkungsmöglichkeiten weiter schließen, als dies die Grünen – z.B. mit ihrer

Distanz zur Arbeiterbewegung – zu tun vermögen.

Man mag der Meinung sein, so etwas sei nicht erstrebenswert. Die Erfolge der außerparlamentarischen Bewegung, die zum guten Teil auf dem erreichten Maß an Zusammenarbeit beruhen, sind demgegenüber ein gewichtiges Argument. Wenn es nun zu keinem Wahlbündnis kommt, wird man sich in den Wahlen gemäß seines sonstigen politischen Standorts zu orientieren haben. Wem Ökologie und Basisdemokratie nach dem Verständnis der Grünen das Wichtigste sind, sollte grün wählen. Wer die Entwicklung der Arbeiterbewegung für die Schlüsselfrage der Zukunft der Bundesrepublik hält, die DKP.

Möglichst sollte man die Grünen aber nicht als „neues kleineres Übel“ wählen, nicht weil sie

wirklich ein Übel wären, sondern u.a. deshalb, weil die Abtrennung der politischen Überzeugungen, der Kampferfahrungen, ja der Interessen der Menschen vom Wahlakt einer der Grundpfeiler ist, auf denen die Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik bis vor kurzem so anscheinend unverrückbar ruhten. Das meinen viele Linke mit der Gefahr der „Parlamentarisierung“.

Demokratische Wahlbündnisse sind ein langfristig erstrebenswerter Ausweg aus diesem Dilemma. Endlich könnte man auch in der Wahlkabine die Erfahrungen des tagtäglichen Kampfes nicht vergessen oder halb ummodelln, sondern direkt umsetzen.

Dafür lohnt es sich zu kämpfen, auch über den 6. März 1983 hinaus.

POSITIONEN + POSITIONEN + POSITIONEN + POSITIONEN +

Auf einem erneuten Bundeskongress dann endgültig über die Wahlfrage entschieden werden.

Die Grünen

Der Bundesvorstand der Grünen beschloß am 26. September 1982, „daß die Partei DIE GRÜNEN sich mit eigenen Listen und Direktkandidaten an den nächsten Bundestagswahlen beteiligt. Er begrüßt außerordentlich, wenn Menschen und Gruppen aus der Ökologie-, Friedens-, Bürgerinitiativen- und sozialen Bewegung sich inhaltlich und personell einbringen und auf offenen Listen der GRÜNEN die Möglichkeit der Kandidatur wahrnehmen.“

In der Kandidatenaufstellung sollen die Landesverbände autonom entscheiden. Allerdings: Entscheidungen treffen allein die Grünen. Petra Kelly erklärte zur Kandidatur von Nicht-Grünen auf den „offenen“ Listen in der TAZ vom 5. 11., daß sie dagegen sei, „daß aus der Grünen Liste eine Grün-Sozialistische oder entsprechendes wird“. „Auf der Basis des Wahlprogramms der Grünen“ müßten diese Kandidaten schon stehen.

Eine Übereinkunft mit anderen Organisationen, die außerparlamentarisch aktiv sind und deren Mitglieder auf einer offenen Grünen Liste kandidieren, um die Vielfalt der außerparlamentarischen Bewegung deutlicher zu machen, wird offensichtlich abgelehnt. Gespräche mit der DKP lehnen die Grünen sowieso ab. Das gleiche gilt bis jetzt auch für die DS.

Alternative Listen

Auf einem Treffen von Mitgliedern von alternativen Listen in Hannover Ende Oktober, an dem auch DKP-Mitglieder mitdiskutierten, waren sich die alternativen Listen im wesentlichen darüber einig, Forderungen an die Grünen zu richten, um Bedingungen für eine Beteiligung an „grün-offenen“ Listen herzustellen.

Grundsätzlich warnten sie vor einer undifferenzierten Gleichsetzung von CDU und SPD und erklärten, daß die neue gesellschaftspolitische Konstellation das Bündnis aller grünen, alternativen und sozialistischen Kräfte verlangt. Vorrangige Berücksichtigung müßten bei dem Bundestagswahlkampf in programmatischer Hinsicht soziale und gewerkschaftliche Forderungen sowie in praktischer Hinsicht die klare Unterstützung sozialer Kämpfe und anderer Massenaktionen haben.

Sie bedauerten, daß die Grünen ein Wahlbündnis ablehnen und damit erneut einen Monopolanspruch für die parlamentarische Vertretung der außerparlamentarischen Bewegungen erhöhen. Es wird darauf orientiert, auf örtlicher, regionaler und Bundesebene Möglichkeiten der Beteiligung der alternativen Wahlbewegung am Programm, der Kandidatenaufstellung und am Wahlkampf der Grünen zu suchen. Über die Besetzung von Listenplätzen sollen die Kräfte, die mitkandidieren, autonom entscheiden können. Von der Berücksichtigung dieser inhaltlichen und formalen Ansprüche wird abhängig gemacht, wie die

grün-offenen Listen im Bundestagswahlkampf unterstützt werden. Auf jeden Fall sollen durch die Bildung weiterer ALs der grün-alternativen Wahlbewegung von unten weitere Impulse gegeben werden.

GAL Hamburg

Im Sommer haben führende Hamburger Grüne, vor allem aus der tonangebenden Z-Gruppe, ihre Unterstützung für das Ziel einer bundesweiten GAL ausgesprochen; so z.B. Goltermann und Ebermann in der MoZ 7/8 1982. In einer Resolution verabschiedeten die Grünen noch im September einen Appell, „daß die Grünen auf eine von ihnen allein bestimmte Kandidatur verzichten“ sollten. Nachdem allerdings der Grünen-Bundesvorstand seinen Beschuß zur Kandidatur mit „offenen Listen“ gefaßt hat, schwenkte die Z-Gruppe um. Zur Bundestagswahl um eine bundesweite GAL zu kämpfen, „darum lohnt kein Streit“, so Jürgen Reents in der MoZ 10/82. Denn „grün-offene“ Listen seien nun das maximal Erreichbare. Dabei möchte er insbesondere die DS berücksichtigen, während die DKP explizit ausgesetzt bleibt.

Demgegenüber hat sich der Geschäftsführende Ausschuß der AL in Hamburg dafür ausgesprochen, „daß es auf Bundesebene zu einer gemeinsamen Kandidatur jener oppositionellen Basisbewegungen und politischen Kräfte kommt, die auf Hamburger Ebene zu einem beachtlichen Erfolg der GAL geführt haben“. Eine Beteiligung an grün-offenen Listen für die GAL knüpfen sie an bestimmte Bedingungen.

Deutsche Kommunistische Partei

Die DKP hält es „für das Beste, wenn es bei Neuwahlen zum gemeinsamen Handeln aller demokratischen und linken Kräfte, zu einem demokratischen Wahlbündnis auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms käme ... Wenn es zu einem partnerschaftlichen Bündnis von demokratischen und Linkskräften kommt, in dem die DKP gleichberechtigt mitwirken kann, ist sie bereit, ihre eigenen Listen zurückzuziehen.“

Die DKP sieht es für die Herbeiführung einer Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt als vorrangig an, den außerparlamentarischen Kampf zu stärken. Gleichzeitig hält sie es für unerlässlich für eine „Wende“, fortschrittliche Positionen in den Parlamenten zu verstärken und auch dort ein Zusammenwirken der demokratischen Kräfte zu erreichen. Dabei orientiert sie sowohl auf die Stärkung der parlamentarischen Positionen der DKP als auch auf breite demokratische Wahlbündnisse. „Unser Eintreten für breite demokratische Wahlbündnisse ist darum für uns Bestandteil unserer strategischen Orientierung auf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt. Wir lassen uns deshalb von unserem Bemühen um solche Bündnisse nicht abbringen, auch wenn es dafür heute bedauerlicherweise, insbesondere wegen organisationsegoistischer Vorbehalte der Grünen, noch relativ wenig Chancen gibt“ (Willi Gerns, UZ vom 27. 10. 1982).



Foto: Meyborg

Die Hamburger Wahl ist direkte Folge des Regierungssturzes und der damit veränderten innenpolitischen Kräftekonstellation. Sie ist die erste Landtagswahl unter den Bedingungen der Rechtskoalition. Hier fällt eine Vorentscheidung über die Marschroute von SPD und CDU/CSU zur Bundestagswahl; gleichzeitig ist die Linke gefordert, eine den neuen Bedingungen entsprechende politische Linie zu entwickeln.

Nach Ansicht der DKP sind diese Neuwahlen nicht nur unnötig, sondern gefährlich. Sie wurden durchgesetzt, um die sogenannten „Hamburger Verhältnisse“ – d.h. eine parlamentarische Mehrheit, die Reformpolitik gegen die reaktionäre CDU-Wende ermöglichen könnte – zu liquidieren bzw. zu schwächen.

Mit dem Abbruch der Verhandlungen mit der GAL haben sich die SPD-Rechten in Bonn und Pawelczyk, Voscherau u.a. in Hamburg durchgesetzt. Dies ist eine demonstrative Absage an eine inhaltliche Änderung der SPD-Politik.

Sie entschied sich für Zustimmung zu dem SPD-Antrag auf Neuwahlen in der Hoffnung, damit die Türen zur SPD offen zu halten und in der Illusion, es ließe sich bei etwa gleichem parlamentarischen Kräfteverhältnis nach dem 19. Dezember da weitermachen, wo die Verhandlungen mit der SPD geendet hatten. Die entscheidende Frage, die zukünftige Linie der SPD, wird aber nicht durch taktisches Geplänkel auf der parlamentarischen Ebene (und schon gar nicht durch die Ebermann-Zustimmung zur Verdreifachung der Zurückstellung der Wahlkampfkosten) entschieden, sondern nur durch Druck von außen und der hätte mit Druck gegen die Neuwahlen beginnen können und müssen!

Auch die SPD-Linken haben großteils nicht begriffen, daß die Durchsetzung der Neuwahlen in erster Linie eine Absage an die notwendige Veränderung von SPD-Politik ist und den Neuwahlbesluß unterstützt.

NEUWAHLEN – ABSAGE AN VERÄNDERUNG VON SPD-POLITIK

Die Hamburger DKP hat gleich nach Bekanntgabe des Neuwahlbeschlusses erklärt, daß sie es für das Beste hält, wenn es „zu Vereinbarungen der verschiedenen außerparlamentarischen Kräfte über ein gemeinsames Vorgehen und zu einem linken demokratischen Wahlbündnis kommen würde“. In einem solchen Fall „ist die DKP bereit, ihre Kandidaten im Interesse der Gemeinsamkeit zurückzuziehen“.

Die Erklärung enthält die prinzipielle Haltung zum Bünd-

nis, die in den Verhandlungen mit der GAL konkretisiert wurden. Da ein Wahlbündnis als gleichberechtigtes Bündnis bis zum 19. Dezember ganz offensichtlich illusorisch war, erklärte die DKP ihre Bereitschaft, Schritte in diese Richtung zu gehen. Als ein solcher Zwischenschritt wurde die Öffnung der GAL-Liste für ein oder zwei Vertreterinnen oder Vertreter aus Betrieben oder anderen Bereichen der außerparlamentarischen Bewegung vorgeschlagen, die zur DKP gehören. Auf der Ebene der Bürgerschaft und der Bezirksversammlungen wurden von DKP-Seite hierfür Genossen namentlich benannt, die seit Jahren außerparlamentarisch aktiv, als Interessenvertreter anerkannt und der GAL durch lange konkrete Zusammenarbeit bekannt sind.

AGGRESSIVE BÜNDNIS- ABLEHNUNG DURCH DIE GAL

Mit dem Vorschlag der Listenöffnung traten auch andere Teile der außerparlamentarischen Bewegung an die GAL heran: So der MSB Spartakus mit dem Angebot, Manfred Confurius als Landes-Asten-Sprecher und MSB-Mitglied auf die GAL-Liste zu nehmen.

Der breiteste Vorschlag ging von einer Initiative linker Sozialdemokraten, enttäuschter FDP-Mitglieder, Christen, Vertretern der Friedensbewegung und Gewerkschaftern aus. Den Appell an die GAL unterzeichneten Persönlichkeiten wie Dorothee Sölle, Norman Paech, der Hamburger IG Druck und Papier Vorsitzende Manfred Goll, die Sprecherin des Hamburger Friedensforums Ingrid Kurz u.A.: Der personelle Vorschlag an die GAL lautete: Horst Bethge (GEW-LV, DFU), Hans-Günther Middelhauve (FDP) und Regina Behrendt (Betriebsräte und Mitglied der DKP).

All diese Initiativen und Vorschläge zur Öffnung der GAL für weitere Teile der außerparlamentarischen Bewegung mit dem Ziel der Verbreiterung auch parlamentarischer Zusammenarbeit entsprechen den veränderten politischen Situationen in der Bundesrepublik angesichts der Rechtsregierung.

Auch die Hannoveraner Versammlung verschiedener alternativer Listen und der Demokratischen Sozialisten Ende Oktober schlußfolgerte: „Die neue gesellschaftspolitische Konstellation erfordert das Bündnis aller grünen, alternativen und sozialistischen Kräfte – und das nicht in erster Linie zur optimalen Auschöpfung des Protestwählerpotentials.“

Ein solches Verständnis hat sich in Hamburg nicht durchgesetzt.

WAHLEN IN HAMBURG

BÜNDNIS, GAL UND DKP

Innerhalb kurzer Zeit werden Hamburgs Bürger ein zweites Mal zu den Urnen gerufen. Aber diesmal unter dem Vorzeichen einer Rechtskoalition in Bonn, deren erklärtes Ziel der soziale Kahlschlag und eine grundlegende „Geistige Wende“ nach rechts ist. Peter Degkwitz nimmt zur Verantwortung der Linken, zur GAL, dem Bündnis und der Kandidatur der DKP Stellung.

Die zentrale GAL-MV hat den Appell zur Öffnung der Liste für weitere Teile der außerparlamentarischen Bewegung mit etwa 150 zu 1, bei drei Enthaltungen, geschlossen abgelehnt. Die GAL-Ablehnung der Vorschläge war aggressiv. In etwa wie die taz-Linie in dieser Frage: Eine „Frechheit“ des „real-sozialistischen Wurmfortsatzes in der BRD“ (taz v. 3. 11. 82). Das Auftreten ihrer Vertreter zu diesem Punkt gefiel sich in Selbstgefälligkeit und Überheblichkeit.

Ergebnis: Wesentliche Kräfte der GAL sind noch nicht bereit die Schaffung eines linken Wahlbündnisses über die Interessen der eigenen Organisation zu stellen. Diese Haltung wird durch weitgehende Passivität und Abstinenz großer Teile der außerparlamentarischen Bewegung gestärkt.

Um dies zu verändern, langfristig die Voraussetzungen für ein linkes Wahlbündnis zu schaffen, ist eine Verschiebung nach links – auch von Positionen der GAL – notwendig.

Vor diesem Hintergrund hat die DKP auch beschlossen, zur Bürgerschaftswahl eigenständig zu kandidieren, um eine Wahl und eine Stärkung konsequent linker Positionen zu ermöglichen.

Hätte sie kompromißbereiter sein können oder wäre ein Kandidaturverzicht und Unterstützung der GAL auch ohne Vereinbarung möglich gewesen? Es war richtig und unabdingbar, von der GAL einen Schritt in Richtung Bündnis zu verlangen, der sich auch personell manifestiert. Das hätte für die GAL ein praktisches Bekenntnis zur Zusammenarbeit mit anderen Teilen der außerparlamentarischen Bewegung bedeutet. Sie hätte das öffentlich gemacht, was an Zusammenarbeit – z.B. an Zuarbeit zu den GAL/SPD-Verhandlungen u.ä. – praktisch läuft.

EIGENSTÄNDIGE DKP-KANDIDATUR NOTWENDIG

Dieser demonstrative Akt von Seiten der GAL ist in der gegenwärtigen Lage ein absolutes Minimum. Würde darauf verzichtet, wäre das eine Bestätigung und Förderung der Ausgrenzungslinie der GAL. Leider ist es noch so, daß die GAL-Absage an den landläufigen Antikommunismus und ihr Bekenntnis zur außerparlamentarischen Zusammenarbeit mit der DKP noch viel zu wenig prinzipiell ist, als daß man nicht befürchten muß, daß die GAL gerade gegenüber den Kiep/Springer-Angriffen – sie sei von Kommunisten und der DKP unterwandert – umfällt und sich Luft durch eine schärfere Abgrenzung gegenüber der DKP schafft. Dem hätte nur die personelle Repräsentanz auf der offenen Liste vorbauen können.

Die Linken stehen vor der Aufgabe, Klassenbewußtsein zu entwickeln. Davon wird abhängen, ob die aufflammenden Auseinandersetzungen unter der Arbeiterklasse Strohfeuer bleiben – oder ob daraus ein stabiler politischer Faktor in der Bundesrepublik wird.

Da die GAL dies aber abgelehnt hat, halte ich es für Linke aus folgenden Gründen für richtig, DKP zu wählen:

Mit der DKP steht die Kraft zur Wahl, die insbesondere die wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Arbeiter gegen Sozialabbau, Lohndruck und Arbeitslosigkeit in den Vordergrund stellt. Hier muß jetzt verstärkt Gegenwehr entwickelt werden; denn neben der Raketensaturation ist die Durchsetzung eines gigantischen Umverteilungsprogramms in den o. a. Punkten Hauptziel der Rechtsregierung.

An der Frage, ob der erste Aufbruch stärkerer Gegenwehr der Arbeiter und Angestellten durch die DGB-Demonstrationen sich weiterentwickelt, hängt das weitere Schicksal der Rechtskoalition. Und nicht nur das: Daran hängt auch die Frage der Wende der Politik der SPD und die Frage, wer in Hamburg bzw. in Bonn nach dem 6. März regiert.

Ohne diese sozialen Kämpfe wird es die Wende in Hamburg nicht geben. Hier liegen die entscheidenden Aufgaben der Linken. Es war und ist ein großer Fortschritt, daß sich die GAL den Problemen Sozialabbau und Arbeitsplätze stärker zugewandt hat: Die Linken stehen vor der Aufgabe, diese Kämpfe nicht nur zu beschwören, bzw. zu begrüßen, wenn sie da sind, sondern sie zu initiieren und zu organisieren. Dafür ist die DKP die entscheidende linke Kraft.

Mit der DKP steht die Kraft zur Wahl, die sich konsequent für ein breites Bündnis im außerparlamentarischen Kampf, ebenso wie in der parlamentarischen Zusammenarbeit einsetzt.

Die DKP setzt sich konsequent ein für die Aktionseinheit, d.h. die Zusammenarbeit mit sozialdemokratisch orientierten Arbeitern und Angestellten sowie mit der gesamten SPD, also nicht nur mit den linken Sozialdemokraten. Neue Mehrheiten für eine Wende sind nicht durch Entlarvungspolitik dieser Kräfte möglich. Die Angst der GAL vor Vereinnahmung durch SPD oder Gewerkschaften, ihre Orientierung nur auf Teile der Sozialdemokratie, ihre illusionäre Hoffnung auf deren Loslösung von der SPD, behindern den jetzt

notwendigen Zusammenschluß links von der CDU. Durch die Angst vor der Integration darf man sich nicht vor dem Vorrang der gemeinsamen Aufgaben gegen den CDU-Staat abhalten lassen. Dafür tritt die DKP konsequent ein.

Nötig ist angesichts der Offensive von rechts und als langfristige Aufgabe, ein Wahlbündnis, das alle Strömungen der außerparlamentarischen Bewegung, soweit sie nicht auf die SPD orientiert sind, widerspiegelt. „Nur ein solcher Unterbau kann auch die Gewähr dafür bieten, daß die Alternative Parlamentsfraktion den außerparlamentarischen Druck optimal nutzt und nicht selbst zum Opfer parlamentarischer Sachzwänge wird.“ Hier ist in der Erklärung der schon erwähnten Hannoveraner Versammlung das Problem der Hamburger GAL benannt (auch wenn nach Ansicht der AL und DS dies für die GAL nicht zutrifft!)

Grüner bzw. GAL-Alleinvertretungsanspruch war schon vor dem Regierungssturz falsch – jetzt wird er gefährlich. Die Schwäche der GAL, daß sie faktisch keine richtige bündnispolitische Konzeption hat, wird zur Gefahr für die außerparlamentarische Bewegung.

Das Bündnis auf allen Ebenen wird in der Zukunft mit Sicherheit noch dringender – deswegen muß die DKP als die Kraft gestärkt werden, die sich dafür unfehlbar einsetzt.

Mit der DKP steht die Kraft zur Wahl, die konsequent am Primat des außerparlamentarischen Kampfes festhält.

Das tut die GAL verbal auch. Den stärksten Beifall erhielt auf der zentralen GAL-MV der kürzeste Redebeitrag: „Politikfähig ist man nicht im Parlament, sondern auf der Straße“. Das konnte aber nicht verhindern, daß alle Überlegungen auf dieser MV nur um die Frage der Parlamentsarbeit, der Taktik der Verhandlungen mit der SPD kreisten. Die Kernfrage: Was muß im außerparlamentarischen Raum zur Durchsetzung der richtigen Forderungen entwickelt werden, spielte keine Rolle. Es ist für die GAL auf Ebene der Bürgerschaft wie der Bezirksverammlungen immer charakteristischer geworden, den außerparlamentari-

schen Kampf, sein Primat usw. zu beschwören, in der politischen Praxis aber in der Parlamentsarbeit zu versacken.

Würde das von der GAL als Schwäche erkannt, so hätte gerade die zweifelsohne riesige Belastung, die Bindung der Hauptkräfte der GAL durch die Parlamentsarbeit, das Argument für die Verbreiterung der GAL sein müssen.

Weil die GAL diese Verbreiterung aber ablehnte, ist die Stimme für die DKP auch eine Stimme für das Primat des außerparlamentarischen Kampfes.

Mit der DKP steht die Kraft zur Wahl, die ein klares, revolutionäres Programm zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hat. Dabei stehen heute natürlich weniger die Vorstellungen der DKP für eine sozialistische Bundesrepublik zu Debatte. Aktuell geht es, ausgehend von diesem revolutionären Programm, um etwas anderes.

NICHT IM PARLAMENT, SONDERN AUF DER STRASSE

Die Linken stehen vor der Aufgabe, Klassenbewußtsein zu entwickeln. Davon wird abhängen, ob die aufflammenden Auseinandersetzungen unter der Arbeiterklasse Strohfeuer bleiben – oder ob daraus ein stabiler politischer Faktor in der Bundesrepublik wird. Die GAL kann in Richtung dieser Arbeiterkämpfe Ausstrahlung entwickeln – aber sie wird die Einsicht in die Klassen gespaltenheit dieser Gesellschaft nicht vertiefen.

Der Mangel der Grün/Alternativen, daß sie bei aller Opposition in einzelnen Fragen die sozialökonomischen Grundprobleme unserer Gesellschaft, die ihre Wurzeln in dem vom Profitmotiv beherrschten kapitalistischen System, in der Macht der großen Monopole haben, nicht sehen, wird gravierender.

In diesen Punkten liegen die entscheidenden Gründe für die notwendige Stärkung und für die Wahl der DKP!

Bei teilweise identischen tagesspolitiischen Forderungen von GAL und DKP ist unter den Bedingungen der Offensive der Rechten die Frage des Konzepts und praktischer Schritte zur Durchsetzung der Forderungen das Kernproblem. Die Zuspitzung der innenpolitischen Lage läßt – bei aller positiven Entwicklung der GAL in den letzten Monaten – ihre Schwächen deutlicher hervortreten. Ihr Überwindung im Sinne einer breiten Einheit gegen rechts wird dringender. Das ist ohne einen gehörigen Schuß Rot, ohne die Kommunisten unmöglich.

Peter Degkwitz ist Kreissekretär der DKP in Hamburg-Eimsbüttel.



Du hast uns gerade
noch gefehlt

ICH HÄTTE NOCH VIEL LÄNGER AUSGEHALTEN

Wendelin Niedlich, 4. Sem. Soziologie in Marburg und seit drei Monaten Spartakist, berichtet von seinen Eindrücken von der Gruppenvorsitzendenberatung.

So fing es an: „Willst du mitfahren zur Gruppenvorsitzendenberatung in Hamburg?“ – „Klingt ja schrecklich offiziell. Was soll ich denn da, bin doch gerade erst drei Monate im Spartakus!“ „Eben deshalb! Um den Verband kennenzulernen sollen alle jungen Genossen mit. Außerdem ist das immer eine tolle Sache auch kulturell usw.“ Ich entschloß mich also, am 16./17. Oktober mit nach Hamburg zu fahren. Es sollte kein Fehler sein, wie sich später herausstellte.

Freitag abend, nach sechs Stunden Busfahrt, kamen wir ziemlich müde an. Die Hamburger Genossen warten schon und stellen uns Schlafplätze zur Verfügung.

Samstag morgen geht's dann los: Der Bundesvorstand hält das Eingangsreferat, vorgetragen in Form von acht Thesen. Der Kampf ums Bafög soll unsere Hauptaufgabe in der nächsten Zeit sein. Da kommen bei mir Fragen auf – Ist der Friedenskampf, ein Jahr vor der Stationierung, nicht wichtiger? Doch die Argumente sind überzeugend: Die Umstellung des Bafög auf Volldarlehen bedeutet nach einer Studie des ehemaligen Bildungsministers, daß 150000 Studenten ihr Studium sofort abbrechen müßten! Besonders Arbeiterkinder würden es sich zweimal

überlegen, ob sie studieren, wenn sie bei steigender Akademiker-Arbeitslosigkeit nach dem Studium ohne Arbeit, dafür aber mit 50000 DM Schulden dastehen. Bei mehreren Kindern in der Familie werden bevorzugt die Söhne studieren, da Frauen ja die angebliche „Alternative“ des Heiratens haben.

Außerdem: Die Umstellung auf Darlehen ist nur ein erster Schritt des qualitativen Wandels in der Bildungspolitik: Darlehen von den Privatbanken, Studiengebühren für alle, Privatisierung der Studentenwerke sind schon voll in der Diskussion.

Und zum Schluß: Bafög und Friedenskampf gehören zusammen! Jede Mark, die wir im Sozialkampf gewinnen, erschwert die Durchsetzung der Stationierung. Die Bündnisse, die wir im Bafög-Kampf erringen (z.B. mit dem DGB), werden auch die Friedensbewegung stärken! Wir werden an der Bafög-Frage den Zusammenhang zwischen Sozialabbau und Hochrüstung verdeutlichen.

Am Nachmittag teilen wir uns in Arbeitsgruppen auf. Ich entscheide mich für die Friedens-AG. Als ich in den Raum komme, bin ich erstmal geschockt: 50 bis 60 sitzen da – wahrscheinlich werden wieder einige wenige große Reden schwingen. Doch da hab ich mich getäuscht. Fast alle

beteiligen sich, auch ich schaffe es, meine anfänglichen Hemmungen zu überwinden und meinen Beitrag zur Diskussion zu leisten. Frauen beteiligen sich ebensooft wie Männer, was auf Mitgliederversammlungen oder gar in Uni-Seminaren noch ein großes Problem ist.

Ein solidarisches Diskussionsklima ist in Hamburg jedenfalls kein leeres Wort. Als Ergebnis der AG erarbeiteten wir: Es muß uns gelingen, den DGB gegen die NATO-Raketen zu gewinnen – ohne die Gewerkschaften wird die Stationierung nur schwer zu verhindern sein. Besetzungsaktionen an den Stationierungsorten unterstützen wir, wenn sie zur Verbreiterung der Bewegung beitragen.

Nach AG's dann: Offene Diskussion über Probleme im Verband – der Bundesvorstand stellt sich den Fragen. Einige Genossinnen beschweren sich, wie ich meine zu Recht, daß zur Frauenproblematik keine eigene AG angeboten wurde und, daß dieses Thema im Eingangsreferat nur ungenügend behandelt wurde. Die Antwort: Innerhalb der einzelnen Thesen sei zuwenig auf die Frauenbetroffenheit eingegangen worden. Aber eine eigene These zum Thema Frauen habe nicht in die Entwicklung und die Logik des Referats gepaßt. Nicht gepaßt? In einer Zeit, in der alle

Frauen verstärkt den Angriffen der Heim-und-Herd-Ideologen ausgesetzt sind, ist das Thema Unterdrückung der Frauen kein eigener Diskussionsschwerpunkt im Spartakus? Darüber muß mal diskutiert werden!

Zur Erholung gibt's abends Kulturprogramm und Fete. Als Stimmenimitator Manfred Rothstein Bonner Politiker nachahmt, bleibt kein Auge trocken: Mit geschlossenen Augen meint man Schmidt, Kohl und Genscher stehen auf der Bühne. Danach gibt's Rockmusik mit deutschen Texten, und Genossinnen führen ein Frauen-Theaterstück auf.

Gleichzeitig im Foyer: Nach langen und spannenden Diskussionen entschließen sich zwei Marburger Kommilitonen, Mitglied im MSB zu werden: Riesenjubel in unserer Gruppe! Danach wird getanzt bis in den Morgen...

Nach einer kurzen Nacht geht's am Sonntag morgen weiter: Die Ergebnisse der AG's werden ins Plenum getragen. Dann wird's noch mal spannend: Die Sieger des Mitgliederwettbewerbs werden ausgezeichnet. Ganz zum Schluß ist es klar: Der Marburger Ortsverband ist auf Platz 1, genauso wie die Marburger Gruppe 03 zusammen mit Dortmund-Kolleg. Das wird mit viel Konfetti und Sekt gefeiert, besonders weil wir wissen, daß es bei dieser Art und Wettbewerb nur Gewinner gibt.

Nach dem Mittagessen geht's wieder in Richtung Marburg. Schade, ich hätte es noch viel länger auf dieser Gruppenvorsitzendenberatung ausgehalten! Und wenn ich nochmal gefragt werden, ob ich zu so einer Veranstaltung des MSB mitfahre, werde ich keinen Augenblick zögern!

Mitgliederwettbewerb – Zwischenstand am 1. 11. (17. 10. 1982)

Der Stand der Regionen:

1. (1.) Rheinland
2. (2.) Süd-West
3. (4.) Bayern
4. (6.) Baden-Württemberg
5. (5.) Niedersachsen
7. (7.) Nord

Der Stand der zehn besten Ortsverbände:

1. (2.) Dortmund 224,2 (219,88) Punkte
2. (1.) Marburg 222,3 (222,3) Punkte
3. (3.) Köln 200,65 (184,4) Punkte
4. (4.) Bochum 157,0 (151,8) Punkte
5. (5.) Hamburg 144,9 (144,9) Punkte
6. (7.) Bremen 128,4 (116,5) Punkte
7. (8.) München 125,4 (98,9) Punkte
8. (6.) Hannover 121,95 (121,95) Punkte
9. (9.) Düsseldorf 97,2 (97,2) Punkte
10. (10.) Essen 96,5 (96,5) Punkte

Der Stand der zehn besten Gruppen:

1. (1.) Dortmund Kolleg 351 (351) Punkte
1. (1.) Marburg Ges. Wiss. 351 (351) Punkte
3. (3.) Siegen GHS 330 (330) Punkte
4. (4.) Marburg Jura 288 (288) Punkte
5. (5.) Paderborn 279 (279) Punkte
6. (–) Köln Kolleg 266 (152) Punkte
7. (6.) Gießen Uni 256 (256) Punkte
8. (7.) Dortmund FH Ing. 252 (252) Punkte
9. (8.) Köln FH 234 (234) Punkte
10. (–) Bochum Uni Fremdspr. 226 (198) Punkte

Knatsch bei der MoZ

Ex-KBler und Ex-KBWler streiten sich um das Verhältnis zu Grünen und SPD

Schon bei der Gründung der Zeitschrift „Moderne Zeiten“ (MoZ) haben die roten blätter die Taktik der Gruppe „Z“ (KB-Abspaltung, die jetzt bei den Grünen mitarbeiten) zum Ausmanövrieren der „Sozialistischen Studiengruppen“ dargelegt. Daß die verbliebenen Gruppierungen, Ex-KBWler einerseits und Ex-KBler andererseits, es nur zu vorübergehender Gemeinsamkeit bringen würden, schien vorprogrammiert. Jetzt ist der Knatsch da.

Die Ex-KBWler wollen ganz viel von alten Ansprüchen, sich auf die Arbeiterbewegung und den Marxismus zu beziehen, fahren lassen. Die „Z“ will eine Verbindung von Arbeiter- und Ökologiebewegung, am besten natürlich unter ihrem Dach, unter dem Vorzeichen kleinbürgerlicher Sozialismus-Konzeptionen, für die Marxismus und ökologischer Reformismus miteinander versöhnt werden sollen.

Die Ex-KBWler (Fücks, Mayer, Eßer u. a.) monieren zuwenig „Dissens und Pluralismus“, zuwenig „originäre theoretische Forschung und Debatte“ und sehen die MoZ „heute weitgehend als Organ der Fraktionsbildung innerhalb der links-grünen Spektrums...“, in dem die Gruppe „Z“ und die DS ihre Einschätzungen und Schlußfolgerungen verbreiten“.

Auch wenn man den „Z“ lern recht geben muß, daß die konzeptionellen Überlegungen von Fücks u. a. „Leerformeln und Phrasen“ sind, erkennen diese die politische Funktion der MoZ, mehr und mehr Zentralorgan der „Z“ zu werden, schon richtig. Konsequenterweise nehmen die „Z“-ler die MoZ-Kritik auch gleich als Fehdehandschuh auf: „Wenn einzelne Redakteure meinen, daß die MoZ nicht mehr ihren politischen Absichten entspricht, dann überzeugen sie entweder Trägerkreis und Redaktion in ihrer Mehrheit davon, daß diese oder jene Änderung eintritt, oder sie verwirklichen ihre politischen Absichten anderswo.“

Diese Rausschmißdrohung vermag selbst der allzeit salbadernde Frieder O. Wolf kaum noch in Versöhnlichkeit umzudeuten. Gegen einen Fortschritt der „Z“ und gegen Zentralorgane wäre nichts einzuwenden,

wenn dieses Parteidengenabe nicht zugleich mit immer kurzsichtigeren, nur noch taktisch motivierten Einsichten einherginge. So ist denn für Goltermann (Gruppe „Z“) klar, daß die FDP als dritte Partei kaputt ist.

Im Ergebnis der Hessenwahl, das doch immerhin die Verhinderung einer Dregger-Regierung bedeutet, sieht er nicht mehr politischen Inhalt als: „Allein die Pose, Rückgrat demonstriert und einem „Verräter“ den Sessel vor die Tür gestellt zu haben, brachten ihm (Schmidt) und Börner jene zehn Prozent Wählerstimmen binnen Wochenfrist zurück.“ Die SPD wird dann als nicht mehr wahre Volkspartei, sondern künstliches Konzentrat eines „Sowohl-Als-auch“ zu Recht analysiert, gerade so, als gäben die Grünen dafür den Maßstab ab, was wirkliche Volksparteien seien. Die Neueinstellung auf die Rechtsregierung gipfelt in dem Satz: „Der politisch und soziale Inhalt der laufenden Reintegrationskampagne der SPD ist eher konservativ denn emanzipativ und progressiv.“

Wahlkonkurrenz zur SPD und heillose Angst vor den neuen Integrationsmöglichkeiten dieser Partei bestimmen das Bild. H. D. Zahn, auf die Grünen orientierender SBler, sieht „tieferliegende soziale und politische Gegensätze“ insbesondere „zwischen Gewerkschaftspolitik und radikaler Ökologie“, weshalb er gegen „traditionssozialistische Besserwisserei... – womöglich noch unter verstaubten Fahnen“, „hausbackene Strategien reiner Arbeiterpolitik“ und „aufgemöbelten sozialdemokratischen Linksreformismus“ seinen eigenen Reformismus setzt, der ist natürlich unter staubfreien Fahnen „ökologisch-sozialistisch“ und heißt „mitmachen“.

Daß die Absichten der „Z“, allenfalls unter ihrer Fuchtel eine dicke Scheibe Grüne und ein Scheibchen Demokratischer Sozialisten zusammenlegen, schon in eins fallen mit neuen „kleinere-Übel“-Argumenten für die Grünen macht J. Reents deutlich. Zur Bundestagswahl um eine bundesweite GAL zu kämpfen – „darum lohnt kein Streit“, lautet die Belehrung. Das liegt aber nicht etwa an der zu kritisierenden Borniertheit der Grünen, nein, so was „desorientiert möglicherweise Teile der Linken und Alternativen auf neues Sektierertum“.

In diesem Sinne plädiert Reents für tatsächlich „offene Listen“ der Grünen, die regional (er meint Hamburg und NRW), „Bündnisse à la GAL mit beinhaltet kann“. Der Rest ist ein einziger Appell an die Grünen,

doch bitte die guten Integrationschancen nicht zu verkennen, wenn man alle „fachlichen Potenzen“ mobilisiere, ja sogar der DS die Mitarbeit bei der Erstellung einer Kurzprogrammatik anbiete.

600000 auf der Straße!

Die DGB-Demonstrationen waren Auftakt für weitere gewerkschaftliche Aktionen.

Fast 600000 Arbeiter, Angestellte und Beamte demonstrierten vom 23. Oktober bis zum 6. November gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn – so das Motto der größten Demonstration am 30. Oktober in Stuttgart. In der Geschichte der Bundesrepublik hat es für politische Forderungen keine vergleichbare Massenmobilisierung in der Arbeiterbewegung gegeben. Die Erwartungen der Gewerkschaften wurden durch die Teilnehmerzahl weit übertroffen. Trotzdem, die Aktion zeigt bis heute noch wenig Wirkung. Die Herrschenden setzen auf den „Sparwillen einer schweigenden Mehrheit der Bevölkerung“. Arbeitsminister Blüm spricht gar von 62 Prozent, die seinem Vorschlag einer halbjährigen Lohnpause zustimmen.

Die Gewerkschaften diskutieren heute über eine Verstärkung des politischen Drucks. Der DGB-Landesbezirksvorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Michael Geuenich, forderte am 23. Oktober in Dortmund, „daß die heutige Großdemonstration nicht Ende, sondern Auftakt weiterer Aktivitäten ist.“

Im Oktober konkretisierte der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden diese Aktivitäten: Informationsstände, Flugblattaktionen,

linke szene

Veranstaltungen und Demonstrationen der DGB-Kreise und Einzelgewerkschaften auf örtlicher Ebene – der DGB-Bundesvorstand müsse in seinen Überlegungen auch eine bundesweite Demonstration in Bonn miteinbeziehen.

In der Tat könnte eine solche Demonstration machtvoller Höhepunkt einer Reihe weiterer Aktivitäten der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung werden, zumal noch nicht alle Mobilisierungsmöglichkeiten in den letzten Wochen ausgeschöpft wurden.

Das Handeln der DGB-Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung insgesamt wird stärker noch als in der Vergangenheit den engen Zusammenhang zwischen militärische Aufrüstung und sozialer Abrüstung verdeutlichen müssen. Auch hier hat die Bauarbeitergewerkschaft die Richtung mit der Forderung gewiesen, die Rüstungsausgaben entsprechend der UNO-Resolution um 10 Prozent jährlich zu senken und für soziale Leistungen, Umweltschutz und Entwicklungshilfe bereitzustellen.

Gerade die anstehende Lohnrunde bietet zudem die Chance, die durch Inflation und Rotstiftpolitik entstandenen Löcher bei den Einkommen durch entsprechende Reallohnnerhöhungen wieder aufzufüllen. Jedes Prozent mehr Lohn bedeutet zudem ein Plus von 1,25 Milliarden DM in der Rentenversicherung, von 280 Millionen DM in der Krankenversicherung, von 800 Millionen DM bei den Krankenkassen und kann somit dazu beitragen, notwendige Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt auf Kosten des Kapitals zu reduzieren.



Foto: Rose

NATO-Beschluß – politisch noch zu verhindern?

Im Dezember finden vielfältige Friedensaktionen statt.

Die Friedensbewegung der Bundesrepublik bereitet sich momentan mit vielfältigen Aktionen auf 1983, das Jahr der geplanten Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen vor. Die Planung der Ostermarsche hat begonnen, in vielen Städten und Gemeinden ist im Zusammenhang mit den Friedenswochen im November die Kampagne für atomwaffenfreie Zonen angelaufen. In der Diskussion befindet sich der Vorschlag, am 22. Oktober 1983 in allen Hauptstädten Europas und in den USA Großdemonstrationen durchzuführen.

Auf der zweiten bundesweiten Aktionskonferenz am 9./10. Oktober in Köln, wo diese und andere Aktionsvorschläge diskutiert wurden, herrschte darüber Konsens, daß die Friedensbewegung im nächsten Jahr alles daran setzen muß, um die geplante Stationierung neuer US-Atomraketen, die eine qualitativ neue Gefahr für den Frieden bedeuten, zu verhindern. Daß dies unter den Bedingungen einer Rechtsregierung in Bonn, die auch deshalb angetreten ist, um eben diese Stationierung durchzusetzen (einschließlich zunehmender Versuche, die Friedensbewegung zu kriminalisieren), nicht leichter wird, ist klar. Das Programm der Rechtsregierung kann aber auch größeres Widerstandspotential mobilisieren. Der Protest etwa gegen den skrupellosen Sozialabbau, wie er jetzt in großen Ge-

werkschaftsdemonstrationen zum Ausdruck kam, muß verbunden werden mit dem Kampf gegen die Aufrüstungspolitik. So können Mehrheiten für die Forderungen der Friedensbewegung gewonnen werden.

Zu den momentan in der Friedensbewegung diskutierten Aktionsformen gehören auch Aktionen des gewaltfreien Widerstandes an Stationierungsorten und militärischen Einrichtungen, wie sie z.B. von der Koordinationsgruppe „12.12. – Frieden schaffen ohne Waffen“, Nürnberg, für den dritten Jahrestag des NATO-Rüstungsbeschlusses geplant sind. Solche Aktionen können einen sinnvollen Beitrag zu den Aufgaben der Friedensbewegung leisten, indem sie durch die Form der Aktion die Entschlossenheit der Friedensbewegung dokumentieren und öffentlichkeitswirksamen Druck entfalten, indem sie die „Bevölkerung vor Ort“ im Umfeld der militärischen Einrichtungen aufklären und einbeziehen und die Forderung gegen die neuen US-Raketen mit zum Gegenstand der Aktion machen. Falsch wäre es jedoch, in Aktionen des gewaltfreien Widerstandes und des zivilen Ungehorsams die neue Dimension der Friedensbewegung zu sehen, mit der unsere Forderungen allein, zwingend und durchsetzbar werden.

Die „Entscheidungsschlacht“ wird nicht an den Stationierungsorten stattfinden. Es ist eine Illusion zu glauben, die Stationierung neuer Raketen sei sozusagen „militärisch“ zu verhindern, während man womöglich zugleich an eine politische Verhinderung der Stationierung nicht mehr glaubt. Das Ziel der Friedensbewegung muß es sein, die Stationierung politisch undurchführbar zu machen. Die Bundesregierung muß zu einer anderen

politischen Entscheidung gezwungen werden.

Zur Entwicklung eines solchen zwingenden Drucks gehören Protestaktionen gegen militärische Anlagen ebenso wie Großdemonstrationen, Volksabstimmungen u.a. Die zwingendste denkbare Form des Widerstandes wäre zweifellos Streik der Gewerkschaften gegen die geplante Stationierung. Dazu brauchen wir eine politisch aktive Mehrheit gegen die Raketen und Hochrüstungspolitik. In diesem Sinne muß die Friedensbewegung wirken.

leumung und der Kriminalisierung.“

Mit der riesigen Prozeßblawine gegen Startbahngegner läuft eine sich ständig verschärfende Gewalt- und Terrorwelle der Polizei an der Startbahnmauer einher. Am 3. November, dem Jahrestag der Hüttenräumung, wurden mehr als 50 friedliche Demonstranten Opfer eines Polizeieinsatzes von größter Brutalität. Sie erlitten Knochenbrüche und andere schwere Verletzungen. Massenhafte Proteste gegen den Schubarth-Prozeß als wesentlichem Teil staatlicher Gewalt gegen Bürgerrechte sind deshalb ein Gebot der Stunde.

„Rädelsführer- prozeß“ gegen Schubarth

Aschu soll die Landesregierung genötigt haben.

Seit dem 27. Oktober läuft vor dem „Staatsschutz“-Senat in Frankfurt der Prozeß gegen den ehemaligen Sprecher der Bürgerinitiative „Volksbegehren – Keine Startbahn West“, Alexander Schubarth. „Aschu“ ist der „Rädelsführerschaft“ angeklagt, und die hessische Landesregierung soll er „genötigt“ haben. Die Anklage bezieht sich auf die Ereignisse vor dem Frankfurter Flughafen am 15. November 1981, am Tage nach der Großkundgebung gegen die Startbahn West in Wiesbaden.

Bereits am zweiten Prozeßtag hat Aschu die Anklage widerlegt und nachgewiesen, von wem in Wirklichkeit die Gewalt zur Verwirklichung des Umweltverbrechens Startbahn West ausgegangen ist. Die Initiatoren einer Unterschriftenkampagne zur Solidarität mit Alexander Schubarth bezeichnen den Prozeß als „eine Art Geiselnahme“, mit der alle Startbahngegner eingeschüchtert werden sollen. Sie erinnern an mehr als 1000 Strafverfahren, denen zur gleichen Zeit andere Startbahngegner ausgesetzt sind. Es werden Bußgeldbescheide und „Schadenersatzforderungen“ an Personen verschickt, deren Namen von der Polizei notiert worden sind.

In einem Solidaritätsbrief an Aschu hat der DKP-Fraktionsvorsprecher in Mörfelden-Walldorf, Rudi Hechler, auf die im Kampf gegen die Startbahn West Wirklichkeit gewordene Einheit von Bürgern aller politischen Richtungen hingewiesen. „Vor dieser demonstrierten Einheit der Bürger“, so fährt er in dem Brief fort, „hatten sie Angst, die Startbahnbetreiber im Interesse des Profits und der NATO. Für sie stand viel auf dem Spiel, und so griffen sie voll in die Trickkiste der Ver-

Frauen, wartet nicht auf bessere Zeiten

Die VDS rufen auf zur
Frauenkonferenz im Januar

Der Projektbereich Frauen der VDS und die Fachhochschule Köln veranstalten vom 14. bis 16. Januar 1983 an der FH Köln eine Frauenkonferenz unter dem Motto:

Frauen, wartet nicht auf bessere Zeiten, schafft sie euch!

Wir wollen jetzt leben, lernen und arbeiten!

Nach dem Regierungswechsel in Bonn wird die Verzichts- und Heim- und Herd-Ideologie wieder verstärkt propagiert. Frauen spüren überall, wie die Rotstiftpolitik ihre Perspektiven, Arbeitsmöglichkeiten und Projekte zusammenstreicht, wie die Rechtsregierung ihre erkämpften Fortschritte bedroht und ihre persönliche Entwicklung einschränkt.

Deshalb ist es wichtig, gerade jetzt gemeinsame Wege zu entwickeln, sich zu wehren gegen die Bestrebungen, Frauen aus (Aus)Bildung und Beruf zu verdrängen und sich der täglichen Diskriminierung zu widersetzen.

Aus dem Programm der Frauenkonferenz: Tribunal gegen die Rotstiftpolitik. Jahrmarkt mit Ständen, Liedern, Sketchen usw. 15 Arbeitsgruppen zu den unterschiedlichen Bereichen und Auswirkungen der Politik des Bildungs- und Sozialabbaus, zu Fragen wie „Frauen in die Bundeswehr?“, § 218, Sexualität usw.

Deshalb: Komm zur Konferenz, nimm deine Freundin, Kommilitonin, die neben dir sitzt, mit nach Köln, beteilige dich aktiv an der Vorbereitung!

Kontaktadresse: VDS Projektbereich Frauen, z. H. Angela Ebeding, Kaiserstraße 71, 5300 Bonn.

Gastwirtschaft und Gästehaus „Zur Silberfuchsbörse“

Für MSB- und andere Studiensemina zu empfehlen:
Bis 60 Betten, 2- und 3-Bett-Zimmer, gr. Aufenthaltsraum, 20 Min.
Fußweg zur Nordsee.

Für Gruppen ab 20 Pers. Bettenpreis: 1 Nacht 15,- DM, 2 Nächte
12,- DM, ab 4 Nächte 8,- DM.

Dazu pro Tag und Pers. 2,50 DM für Heizg., 1,- DM für Du., 1,- DM
für Küchenbenutzung bei Selbstverpflegung, Frühstück 6,- DM bis
8,- DM, Vollpension möglich. Bei Belegung unter 20 Pers. Zuschl.
2,- DM pro Bett u. Tag.

Werner Blohm, 2851 Misselforden-Engbüttel Nr. 112
über Bremerhaven, Telefon (04742) 1244

ANZEIGE

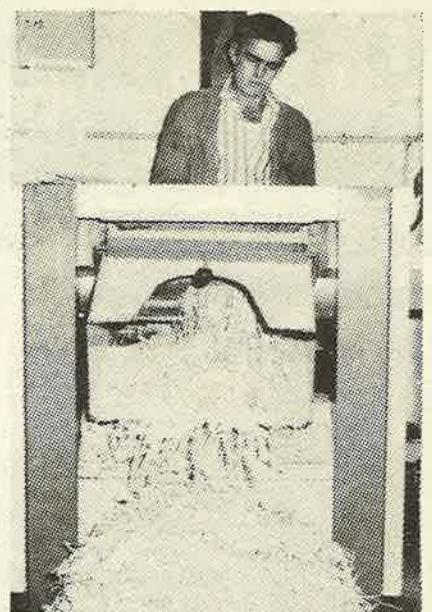
SPANIENS KP-CHEF CAMILLO ZURÜCKGETRETEN! PEPPONE NACHFOLGER?

HEUTE
WIEDER MIT
LOTTOSCHEIN

bum

bitte umblättern

DAS EINSEITIGE MAGAZIN



BERICHT AUS BONN

bum in Bonn. Sofort nach der Regierungserklärung ging das Programm der CDU/CSU/FDP-Koalition in Druck.

Heute im Kino: Hallo Wien II. Horror der Spitzensklasse

bumerang

Wahre Grund für Bafög-Kürzung

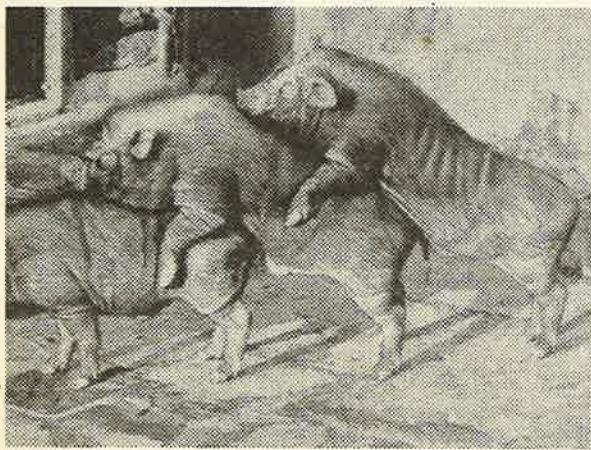
Bonn. „Es ist leichter ein Vermögen zu bilden, als diese Arbeiterkinder.“ Laut Bildungsministerin Wilms waren Kürzungen deshalb unumgänglich.

Skandal-Prinz zurück

London. Die Queen vergab ihrem jüngsten Sohn Andrew seine Affäre mit dem Sex-Sternchen Koo Stark. Sie empfing das Pärchen im Palast mit dem abgewandelten Klassiker: „Ich sei, gewährt mir die Bitte, in eurem Bunde die dritte.“

Nach acht Wochen neuer Regierung:

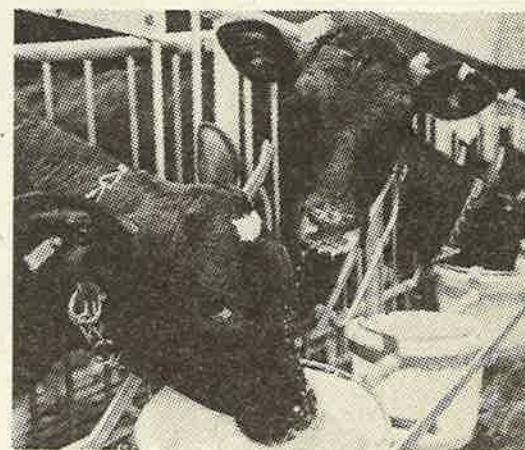
HAUSTIERE: KOHL IST KLASSE!



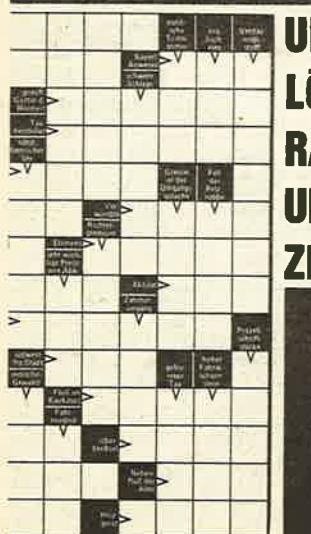
Die Tiere machen es der Wirtschaft vor: Das deutsche Schwein investiert wieder. Und wer oben ist, ist der Boß.



Meister Lampes Ohren bekommen wieder Sinn, ihnen entgeht kein Kanzlerwort.



Fressen in Freiheit. Dieses Wort hat wieder Klang. Schad, daß man kein Rindvieh ist.



BIRNE, EIN SCHICKSAL IV.



„Gratuliere, Du hast das Rennen gemacht.“ Albrechts Worte an Stolti lassen Birne zurückzucken. Zu sicher war er sich gewesen, daß diese Botschaft der Weinkönigin ihm gelten würde. Beschämmt senkte er die Lider, und Bitternis umspielte seinen Mund.

Anzeige

PRINZ SCHALS

sind die besten

EIN LEBEN FÜR FRIEDEN UND VERSTÄNDIGUNG

18 Jahre lang war Leonid Breshnew der erste Mann der KPdSU und verantwortlich für die Wende vom kalten Krieg zur Entspannungspolitik. Gerd Deumlich, Mitglied des Präsidiums der DKP, zeichnet Breshnews Lebensweg nach und würdigt den großen Revolutionär.

Den Tod von Leonid Iljitsch Breshnew empfinden die Kommunisten als einen großen Verlust für ihre Bewegung. Diejenigen also, die gemäß ihrer wissenschaftlichen Geschichtsauffassung auf die weltverändernde Schöpferkraft der Arbeiterklasse, der Volksmassen bauen, sind betroffen, weil eine große Persönlichkeit der revolutionären Bewegung verschieden ist.

Uns Kommunisten kann es nicht beeindrucken, wenn uns hier ein „Widerspruch“ vorgehalten wird, ausgerechnet von Leuten, die mit der materialistischen Geschichtsauffassung auf dem Kriegsfuß stehen, für die Geschichte primär das Werk großer Männer ist. So leicht können wir Marxisten es uns nicht machen. Wer meint, daß das Wirken von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, deren Vollstrecker die Volksmassen sind, nicht die Rolle der Persönlichkeit in der Geschichte schmälert, sieht diese Auffassung der Prüfung durch die Geschichte selbst unterworfen.

STATIONEN EINES ARBEITERFÜHRERS

Es geht um die Erfahrung, auf die sich Lenin bereits 1899, also lange vor dem Sieg der Revolution in Rußland, bezog: „Keine einzige Klasse in der Geschichte ist zur Herrschaft gelangt, ohne ihre eigenen politischen Führer, ihre fortschrittlichen Vertreter hervorgebracht zu haben, die fähig wären, die Bewegung zu organisieren und zu leiten“ (Lenin, Werke Bd. 4, S. 369).

Ist diese Erfahrung durch eine weitere etwa widerlegt: Daß der Weg nach der Erlangung der Herrschaft der Arbeiterklasse so beschaffen ist, daß es dann erst recht auf fähige Führer ankommt? Leonid Breshnews Leben und Werk stehen dafür, daß „große Revolutionen im Prozeß des Kampfes große Persönlich-

keiten hervorbringen und Talente zur Entfaltung bringen, die man früher für unmöglich gehalten hätte“ (Lenin, 1919, Werke Bd. 29, S. 78).

Der Revolutionär, der als Parteiführer wie als Staatsmann maßgeblichen Einfluß auf die Geschicke der Sowjetunion hatte und damit eine der einflußreichsten Gestalten unserer Zeitgeschichte war, kam direkt aus der Arbeiterklasse. Die russische Arbeiterfamilie, in der er 1906 in Dneprodershinsk geboren wurde, war eine ganze „Dynastie“ von Hüttenarbeitern. Vater, Bruder, Schwester und Leonid Breshnew selbst als Arbeiter schafften über hundert Jahre im gleichen Hüttenwerk. 1921 Beginn des Berufslebens, 1923 Komsomolze, entstammte Breshnew einer Generation, die von den ersten schweren Jahren der jungen Sowjetmacht geprägt wurde. Bevor mit der Errichtung einer neuen Gesellschaft begonnen werden konnte, mußte erst die Wirtschaft, die infolge des ersten Weltkriegs, des Bürgerkriegs und der Intervention von 14 imperialistischen Mächten am Boden lag, Jahre nach der Revolution wieder aufgebaut und in die Errichtung eines neuen Staates, einer modernen sozialistischen Industrie und Landwirtschaft übergeleitet werden. In diesen Umbruchjahren, die der Arbeiterklasse revolutionären Mut und Ausdauer, Disziplin und Opferbereitschaft abverlangten und auch anerzogen, wuchs die Generation Leonid Breshnews heran.

Lernen wurde großgeschrieben, denn Fachkräfte wurden gebraucht. Nach einer Fachschule für Melioration arbeitete Leonid Breshnew in der Landwirtschaft des Kursker Gouvernements und im Ural. Nach Absolvierung der Hochschule für Hüttenwesen arbeitete er als Werksingenieur im Hüttenwerk seiner Heimatstadt. 1931 in die Kommunistische Partei eingetreten, wurde er 1938 zum Ersten Sekretär des Parteikomitees im Industriegebiet Dnepropetrowsk gewählt. Nach

dem Krieg stand er wiederum als Parteisekretär an Brennpunkten des Aufbaus, in den Industrievieren der Ukraine, später in der Sowjetrepublik Moldavien, alles Regionen, die der Krieg verwüstet hatte. Mitte der fünfziger Jahre, als die KPdSU aufgerufen hatte, im mittelasiatischen Kasachstan riesige Flächen Neulandes zu erschließen, war Leonid Breshnew dort in leitenden Parteifunktionen tätig.

Das sind Stationen, bevor Leonid Breshnew in die Parteizentrale nach Moskau kam. Ob das nun bürgerliche Publizisten zu einer „Karriere“ stempeln, ist unerheblich. Wenn überhaupt Leute aus der Arbeiterklasse, unter den Bedingungen der sozialistischen Staatsmacht, in die Führung aufrücken, sind es solche, die eine Strecke harter Prüfungen und Bewährungen hinter sich haben (worin bei Breshnew die Jahre des militärischen Kampfes gegen die faschistischen Aggressoren einzuschließen sind), spricht es für die Arbeitermacht, daß sie die Maßstäbe bürgerlicher Karrieren außer Kraft setzt.

Nach welchen Maßstäben soll man nun die gesamte Tätigkeit einer führenden Persönlichkeit wie Breshnew messen?

HANDELN FÜR EIN GEMEINSAMES ZIEL

Ich fand dazu bei Friedrich Engels einen treffenden Gedanken: „Die Natur hat Millionen Jahre gebraucht, um bewußte Lebewesen hervorzubringen, und nun brauchen diese bewußten Lebewesen Tausende von Jahren, um bewußt zusammen zu handeln; bewußt nicht nur ihre Handlungen als Individuen, sondern auch ihre Handlungen als Masse; zusammen handelnd und gemeinsam ein im voraus gewolltes gemeinsames Ziel verfolgend. Jetzt haben wir das beinahe er-

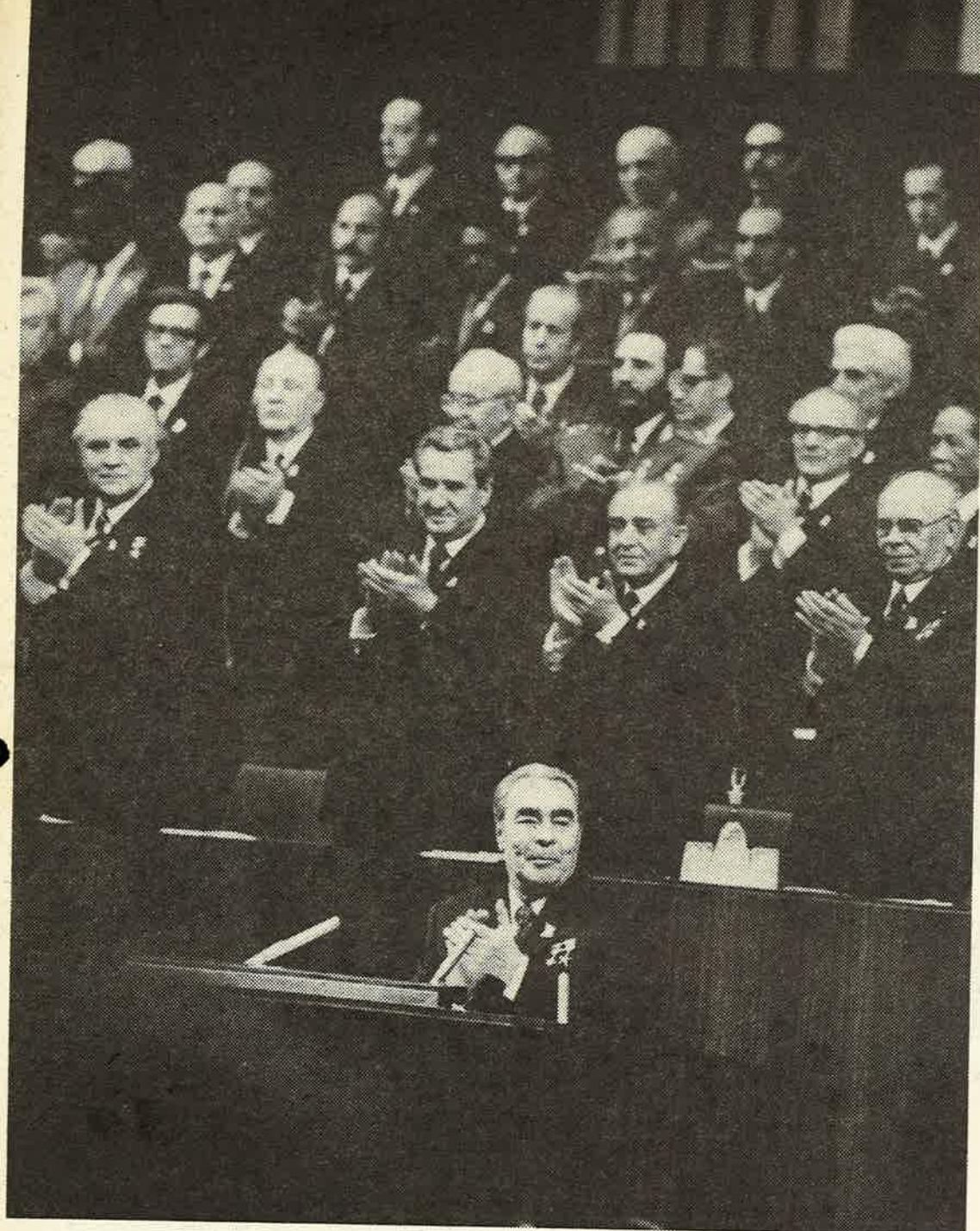
reicht. Und diesen Prozeß zu beobachten, diese sich nähernde Herausbildung von etwas in der Geschichte unserer Erde noch nie Dagewesenen, scheint mir ein Schauspiel, das des Betrachtens wert ist“ (Engels 1893, Marx-Engels-Werke Bd. 39, S. 63).

Rechnen wir ein, daß vor 65 Jahren – erst – mit der Oktoberrevolution ein Punkt gesetzt wurde, von dem aus das in der Geschichte noch nie Dagewesene organisiert in Angriff genommen werden konnte, stellt sich unser Blick auf die realen Maße ein. Verschwimmt damit kritische Sicht auf die eigene Sache zum rosaroten Weichzeichner? Der Einwand ist bekannt: Nun haben die nun schon sechs Jahrzehnte Revolution hinter sich und ...? Gerade weil man weiß, wie offen, kritisch die sowjetische Führung sich zu dem stellt, was hinter den realen Möglichkeiten des Sozialismus zurückbleibt, ist es schlicht berechtigtes Selbstbewußtsein der Kommunisten, darauf zu verweisen, was das für 65 Jahre seit dem roten Oktober waren – und wieviel von dem „noch nie Dagewesenen“ schon geleistet worden ist.

SOWJETUNION – REIF ZUM STURM?

Und welch ein Wahnwitz demgegenüber, einer US-imperialistischen Strategie des „gewinnbaren“ Atomkrieges die Philosophie zugrunde zu legen, daß der Kommunismus, nach Reagan, eine „häßliche Episode der Menschheitsgeschichte“ kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Unbelehrbar, wie gewisse Kräfte des deutschen Imperialismus sind, vergessen sie ihre eigene Erfahrung mit dem Blitzkrieg gegen den sowjetischen „Koloss auf tönernen Füßen“ und saugen Reagans und Weinbergers Glaubenssätze wie Nektar ein.

Das soll die Sowjetunion nach fast zwei Jahrzehnten sein, da Leonid Breshnew an der Spitze der Führung stand – reif zum Sturm? Darauf können nur Leute verfallen, die es nicht verwinden, daß der Name Breshnew für Jahrzehnte steht, in denen die Befreiung der Menschheit historische Wegstrecken vorankam, wo der Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, um Frieden und Freiheit neue Völker erfaßte und in Asien, Afrika, Lateinamerika Siege errang. Dies wiegt um so schwerer, als Rückschläge wie in Chile, Brandherde wie der Nahe Osten, neue Bedrohungen wie die Vorbereitung eines Atomkriegs in Europa durch die geplante Stationierung von US-Erstschlagsatomwaffen, davon zeugen, welch ein harter und langwieriger Kampf es noch ist, die Welt zum Besseren zu verän-



dern. Da erinnert man sich, daß gerade Leonid Breschnew, der alles tat, damit die Sowjetunion den kämpfenden Völkern ein Rückhalt ist, davor warnte, etwa den Imperialismus zu unterschätzen.

BRESCHNEW – VATER DER ENTSPANNUNG

Der verzeiht den Sieg Vietnams nicht und klammert sich, wie in etlichen Betrachtungen über die Zeit Breschnews zu lesen ist, an die Hoffnung, Afghanistan werde die Haltung der jungen Völker zur Sowjetunion wandeln. Doch die Logik bleibt: Wer die demokratische Revolution Afghanistans im Stich ließe, warum hat der dann Vietnam geholfen? Beide Niederlagen im Nacken, höhnen nun Wortführer des Imperialismus, daß Breschnew nun aber im Libanon nicht militä-

risch eingreifen konnte. Wer hat Lust, sich ein Sowjetunion-Bild verpassen zu lassen, das sie einmal als bösen Aggressor, ein andermal als hilflosen Papiertieger erscheinen läßt? Es ist das Denken von Leuten, die es auf Bereitschaft zum großen Waffengang mit Moskau anlegen.

Der Name Leonid Breschnew wird stets mit beharrlichem und verantwortungsbewußtem Ringen für Frieden und Entspannung verbunden bleiben. Er steht für den Erfolg, daß in den siebziger Jahren die Wende vom kalten Krieg zur Entspannung durchgesetzt wurde.

Als ob nicht gerade unser Volk enormen Nutzen davon hatte, also Entspannung unser ursprüngliches Interesse ist, wird nun hierzulande genüßlich die Begehung hin- und hergewendet, daß „Breschnew Lieblingsidee“ sich in ein Nichts auflöse. Die „Frankfurter Rundschau“ (12. 11. 1982) spricht von „einem, der

auszog, die Entspannung zu suchen und das Wettrüsten erntete“. Ein bezeichnendes Urteil – nur für wen? Die gleiche „Frankfurter Rundschau“ meint, daß, wenn Breschnew von der notwendigen Sicherung der Verteidigungskraft der Sowjetunion spricht, er damit eingestehen „daß die von ihm in den siebziger Jahren vorangetriebene Entspannungspolitik zu scheitern droht“ (FR, 12. 11. 1982).

Welch eine verbohrte, gegen unsere eigenen Entspannungsinteressen gerichtete Schadenfreude kommt hier hoch gegen einen Politiker, der bis in seine letzten Stunden sich der Sorge verschrieben hatte, alles zu tun, um die Gefahr eines atomaren Infernos abzuwenden.

Das war das leidenschaftliche Engagement eines Kommunisten, der an der Front seine Heimat mit der Waffe und als Politikommissar mit dem aufklärerischen Wort gegen die hitlerfa-

schistischen Eindringlinge verteidigt hatte, der, als es nötig war, seine ganzen Fähigkeiten ins Militärische steckte und dennoch, obwohl er auf der Seite der Freiheit stand und zu den Siegern gehörte, den Krieg als eine Erfahrung verstand, aus der er die Überzeugung bezog, daß es nichts Wichtigeres als den Frieden gibt.

KPdSU UNBEIRRT FÜR DEN FRIEDEN

Die Glaubwürdigkeit einer solchen Haltung ist zweifach gesichert. Einmal durch die immer neuen Initiativen zur Friedenssicherung und zur Förderung der Abrüstung, die die Qualität des Moratoriumsvorschlags für die Kernwaffenrüstung haben, die einseitige Einstellung von SS-20-Raketen durch die UdSSR, den erklärten Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen und das Drängen auf einen allseitigen Vertrag darüber. Die Sowjetunion läßt sich also keinesfalls von den Imperialisten in ein Wettrüsten treiben, sie unternimmt aktive, den Imperialismus stellende Vorstöße, um den Teufelskreis zu durchbrechen. Zum zweiten können so kommunistische Politiker handeln, die eine Gesellschaft vertreten, in der niemand ein ökonomisches Interesse an Rüstung und Krieg hat, die auch keine Philosophie einer ewig aggressiven Natur des Menschen gelten läßt, die vielmehr Frieden und Abrüstung für ihre humanistischen Ziele braucht.

Wenn nun drauflos spekuliert wird, ob mit der Wahl Juri Andropows zum neuen Generalsekretär der KPdSU Veränderungen in der sowjetischen Politik zu erwarten seien, wenn sich die FAZ darüber mokiert, daß die „Prawda“ nur „dünnen Stoff für Spekulationen über Akzentverschiebungen in der praktischen Politik“ bietet (FAZ, 15. 11. 1982) – so ist es eben die Art dieser Anwälte des Imperialismus, angesichts des Todes eines führenden sowjetischen Staatsmanns, aufgeregt die eigene Unsicherheit zur Schau zu tragen. Man hofft, aus der Lage für die eigene Hochrüstung und Konfrontationspolitik Vorteile zu schinden, ist aber eher in Furcht, was einem da wieder ins Haus steht, wenn die Vermutung des ehemaligen US-Außenministers Kissinger stimmt, daß eine sowjetische Friedensoffensive bevorstehe.

Da ist es gut zu wissen, daß in der sowjetischen Gesellschaft, in dem Werk, das der verstorbene Leonid Breschnew hinterläßt, wie in dem Kollektiv der sowjetischen Führung alles darauf angelegt ist, unbeirrt den Kampf für den Frieden, den Weg des Sozialismus/Kommunismus fortzusetzen.



9 ZU 1 FÜR FREEZE

Neun US-Staaten, darunter Reagans Heimat Kalifornien, und 30 US-Städte, stimmten parallel zu den US-Wahlen am 2. November mit über 60-Prozent-Mehrheiten für Freeze. Über das Verhältnis der Freeze-Campagn zu Pershing und Cruise-Missiles, über die Innere Organisation und die nächsten Planungen sprach Jerry Sommer mit Karin Fierke, Kodirektor des National Clearinghouse der Freeze-Campagn, während ihrer Rundreise durch die Bundesrepublik.

rote blätter: Wie schätzt ihr die Ergebnisse der Wahlen und der Abstimmung über freeze ein?

Karin Fierke: Wir werten diese Ergebnisse als positiv. Ungefähr 60 Prozent derjenigen, die gewählt haben, haben sich für freeze ausgesprochen. Insgesamt hatten circa 30 Prozent der US-Bevölkerung die Möglichkeit, darüber abzustimmen. Wir sehen an den Ergebnissen, daß die Bevölkerung starkes Interesse daran hat, das Wettrüsten zu beenden, und daß das beiderseitige Einfrieren von Versuchen, Produktion und Stationierung von Atomwaffen durch USA und Sowjetunion das beste Mittel dafür ist.

rote blätter: Welchen Einfluß hat deiner Meinung nach die freeze-Kampagne auf die Wahlen zum Repräsentantenhaus?

Karin Fierke: Es wurden elf neue Volksvertreter gewählt, die die freeze-Bewegung unterstützen. Das wird von einem Gewicht für zukünftige Entscheidungen sein. Im letzten August stand die freeze-Resolution im Repräsentan-

tenhaus zur Abstimmung und wurde mit der Mehrheit von 204 zu 202 abgelehnt. Sowohl freeze als auch die große Arbeitslosigkeit sind Ursachen dafür, daß diesmal Demokraten mehr gewählt worden sind.

rote blätter: Vor den Abstimmungen hat Weinberger noch mal eine große Kampagne gestartet, um die Rüstungsausgaben mit der Bedrohung durch die Sowjetunion zu begründen. Sie hat aber, wie die Ergebnisse zeigen, nicht gefruchtet. Heißt das, daß der Antisowjetismus in den USA schwächer geworden ist?

Karin Fierke: Im allgemeinen herrscht eine große Angst vor der Sowjetunion, und die Reagan-Administration versucht, mit dieser Angst zu spielen. Das Wichtige an der freeze-Kampagne ist, daß wir bilateral herangehen. Wir sagen, daß die beiden Supermächte zur Zeit mehr als zu jedem anderen Zeitpunkt in der Geschichte ein nukleares Gleichgewicht haben und daß es deshalb gerade jetzt wichtig ist, daß auf dem jetzigen Stand von beiden eingefroren wird.

Weinberger und die Reagan-Administration behaupten, die Sowjetunion sei überlegen. Wir sagen, daß das nicht wahr sei, sondern daß ein Gleichgewicht besteht. Selbst aus dem Jahresbericht des Verteidigungsministeriums der USA von 1982 geht hervor, daß grundsätzlich ein Gleichgewicht zwischen USA und Sowjetunion vorhanden ist. Die amerikanische Bevölkerung läßt sich deshalb nicht mehr an der Nase herumführen mit der Behauptung, daß die USA unterlegen seien. Sie ist ebenso resistent gegen die Behauptung, daß die freeze-Bewegung die nationale Sicherheit gefährde.

rote blätter: Welche Rolle haben der Verzicht der Sowjetunion auf einen atomaren Erstschlag sowie die Erklärung der Sowjetunion, daß sie zu einem beiderseitigen Moratorium in bezug auf alle atomaren Waffen bereit ist, gespielt?

Karin Fierke: Eine der am häufigsten gestellten Fragen in den USA lautet: Wenn die USA für freeze sind, wird die Sowjetunion tatsächlich mitmachen? Deswe-

gen waren die Aussagen von Breschnew und Gromyko schon wichtig, damit die amerikanische Öffentlichkeit erfährt, daß die Sowjetunion in diese Richtung denkt und daß eben die Möglichkeit für ein freeze da ist.

rote blätter: Wird sich nach diesen freeze-Abstimmungen an der Politik Reagans deiner Meinung nach irgend etwas ändern?

Karin Fierke: Reagan sagte nach den Abstimmungen, daß er die Ergebnisse ignorieren müßte, da freeze die nationale Sicherheit gefährde. Reagan ist klar gegen freeze und für militärische Aufrüstung. Aber wenn er 1984 wiedergewählt werden will, dann müßte er irgendwann anfangen, auf die Stimmen für freeze zu hören. Ob er es wirklich tut, kann ich natürlich auch nicht sagen.

rote blätter: Wie steht die freeze-Bewegung zur geplanten Stationierung von Pershing II und Cruise-Missile-Raketen in Europa?

Karin Fierke: Es gibt innerhalb der freeze-campaign einige In-

itiativen, die speziell zu dieser Frage arbeiten. Aber als Kampagne haben wir insgesamt noch keine endgültige Aussage zu diesem Problem entwickelt. Darüber wird gegenwärtig viel diskutiert. Beschlusßlage ist aber in diesem Zusammenhang schon jetzt, daß wir gegen eine Stationierung von Pershing und Cruise-Missile im Zusammenhang mit einem bilateralem freeze sind. Auf unserer letzten national-committee-Sitzung in Atlanta im Juni haben wir auch eine Resolution verabschiedet, in der wir eine sofortige Aufrüstungspause fordern, in welcher sofort von beiden Seiten bestimmte Systeme einschließlich Pershing II und Cruise-Missile eingefroren werden sollen. In dieser Pause sollen auch weitere Schritte zu einem langandauern den endgültigen freeze entwickelt werden.

Wir werden auch eine Aufklärungskampagne zu Cruise-Missile und Pershing II entwickeln. Aber wir werden, zumindest zum jetzigen Zeitpunkt, nicht speziellen Druck entwickeln, gegen die Stationierung dieser Systeme, sondern zuerst einmal alle in unserer Kraft stehenden Möglichkeiten nutzen, um zu erreichen, daß der Kongreß sich für ein bilaterales freeze ausspricht und die Regierung bewogen wird, Verhandlungen für ein bilaterales freeze einzuleiten.

rote blätter: Wenn die Cruise-Missiles und die Pershing II in Europa stationiert sind, ist das militärische Gleichgewicht nicht mehr vorhanden, so daß dann ein freeze unter Umständen nicht mehr möglich sein wird.

Karin Fierke: Trotzdem, die freeze-Bewegung in den USA ist schon jetzt machtvoller, als je einer vermutet hätte. Dies ist in einem Jahr passiert, und es dauert noch ein Jahr, bis diese Systeme stationiert werden sollen. Für uns ist es sehr wichtig, daß wir mit dem kontinuierlich gemeinsam weitermachen, was wir begonnen haben, und den Konsenz der Kampagne beibehalten. Dabei ist

der bilaterale Effekt sehr wichtig. Aber, wie schon gesagt, dies ist noch keine endgültige Position der new freeze campaign. Wir befinden uns in dieser Frage noch in der Diskussion.

rote blätter: Wie ist die freeze campaign organisiert?

Karin Fierke: Die Kampagne arbeitet auf dezentraler Ebene. Sie ist von der Basis aus gewachsen. Es gibt einmal im Jahr eine National Conference, dort wird ein Strategiepapier verabschiedet, in dem die grobe Leitlinie für das kommende Jahr entwickelt ist. Alle sechs Monate trifft sich das National Committee, in dem Mitglieder verschiedener Organisationen und Vertreter von lokalen Initiativen mitarbeiten. Wir arbeiten nach dem Prinzip Selbstbestimmung auf lokaler Ebene mit nationaler Koordination. An den Orten gibt es zwar durchaus Unterschiede, aber in den meisten Fällen findet man Vertreter der Kirchen, von Gewerkschaften, Ärzten, Juristen und Organisationen der rassischen und nationalen Minderheiten, die dort zusammenarbeiten und unterschiedliche Aktionen durchführen.

rote blätter: Gibt es Probleme mit Kommunisten, die in der Friedensbewegung arbeiten?

Karin Fierke: Soweit ich das bisher beurteilen kann, gab es damit eigentlich keine Probleme. Die Anzahl der Kommunisten ist auch nicht sehr groß. Aber wir gehen davon aus, daß die Friedensfrage alle Menschen angeht, deswegen alle Menschen sich auch engagieren sollten. Deshalb möchten wir niemanden ausschließen, weil sie vielleicht Kommunisten sind.

Es gibt in letzter Zeit Versuche, die freeze-Bewegung zu diskreditieren mit der Behauptung, sie sei moskaugesteuert. Das ist lächerlich und kein inhaltliches Argument. Zumal, wenn man die Breite unserer Bewegung ansieht, die es geschafft hat, daß es

Foto: Menzen



Karin Fierke

Mitte März eine freeze-Lobby organisieren, wo wir Tausende Menschen aus dem ganzen Land nach Washington bringen, um dort direkt ihre Senatoren und ihre Abgeordneten zu beeinflussen.

rote blätter: Plant ihr weitere Demonstrationen auf örtlicher oder nationaler Ebene?

Karin Fierke: Außer der freeze-Lobby sind wohl keine weiteren geplant. Es gibt aber erste Diskussionen über eine mögliche Demonstration gleichzeitig mit euren Demonstrationen in Europa gegen Cruise-Missiles und Pershing II im Herbst. Da ist aber noch nichts spruchreif.

rote blätter: Haltet ihr es nicht für nötig, über den direkten Druck auf Kongreßmitglieder auch weitere außerparlamentarische Aktivitäten wie z.B. Demonstrationen zu entwickeln?

Karin Fierke: Zwar hatten wir im Juni über eine dreiviertel Million Menschen in New York auf der Straße. Aber bisher lag der Hauptschwerpunkt unserer Arbeit nicht bei großen Demonstrationen. Unsere Arbeit war eher eine stillere, auf Aufklärung und Bildung gerichtete, eine Arbeit, die vor allem parlamentarische Beeinflussung zum Ziel hatte. Es kann sein, daß Demonstrationen ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit werden in Zukunft, z.B. wenn die Resolution im Kongreß durchkommt, aber trotzdem von Seiten der Regierung keine Anstalten zu einem freeze erfolgen. Ich denke, je größer und stärker die freeze-Bewegung wird, desto mehr werden große Demonstrationen eine Rolle spielen. Daß sie bisher weniger wichtig waren, liegt meiner Meinung nach daran, daß viele Leute glaubten, man wolle damit die sechziger Jahre wieder aufleben lassen und deshalb solche Aktionen außer von Linken nicht furchtbar ernst genommen wurden.

rote blätter: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Anzeige

Roter Faden '83

Taschenkalender 208 Seiten, 7,00 DM

Der Rote Faden, der sich durch das Leben zieht.

Postfach 789 46 Dortmund

WELTREIS VERLAG

erhältlich in allen Buchhandlungen



Klaus-Peter Wolf, Horst-Eckart Gross Dokumentarisch-biografischer Roman, 232 S., 12,80 DM

Ein spannender Roman, voll mit bisher unveröffentlichten Fakten.



Peter Schütt Reiseerzählung, 232 Seiten, 12,80 DM

"Let's go East" ist eine Reiseerzählung besonderer Art, die den Leser um den halben Erdball mitreißt.



In Kürze erscheint ein Buch von Bernd Gäßler zur Auseinandersetzung mit der Politik der "Marxistischen Gruppen".

neues Gesamtverzeichnis anfordern

NIXON'S WEIHNACHTSBOMBARDEMENT

Die Christen im Pentagon planen den atomaren Erstschlag. Weihnachten vor zehn Jahren bombten sie in Vietnam. Peter Schütt erinnert uns daran und zieht Verbindungen zum Friedenskampf in unserem Land.

Vor zehn Jahren – die Pariser Verhandlungen über die Beendigung des Vietnamkrieges waren in ihr entscheidendes Stadium getreten – versuchte die Regierung Nixon mit einem „Entscheidungsschlag“ noch einmal, das Blatt zu ihren Gunsten zu wenden und die Demokratische Republik Vietnam zur Kapitulation zu zwingen. Das „Weihnachtsbombardement“ vom Dezember 1972 hatte zum Ziel, die nordvietnamesische Hauptstadt mit Ausnahme des Diplomatenviertels Straße für Straße, Fabrik um Fabrik, Schule nach Schule, Haus für Haus und Mensch um Mensch dem Erdbo den gleichzumachen. Im Morgengrauen des zweiten Weihnachtstages griffen 150 „fliegende Festungen“ des Typs B-52 das Viertel entlang der Straße Kham Thien an: innerhalb von elf Minuten wurden über siebenhundert massive Stein- und Betonhäuser zerstört, in den Trümmern starben 2200 Männer, Frauen und Kinder.

Keine zwei Monate später habe ich zusammen mit der ersten Delegation aus der Bundesrepublik, die nach der Beendigung des Krieges Vietnam besuchte, vor den Trümmern der Kham Thien gestanden. Die Toten lagen noch in ihren provisorischen Gräbern mitten zwischen den Kratern auf der ehemaligen Straße. Über jedem Hügel von hundert Leichen erhob sich ein provisorisches Bambuskreuz, und als Mahnmal war über einer Trümmerübersäten Kreuzung der Flügel einer abgeschossenen B-52 aufgerichtet.

Ich werde diese Kriegsbilder nie vergessen, ebenso wenig wie den Anblick der Ruinen, die vom Bach-Mai-Krankenhaus übriggeblieben waren: es war durch einen gezielten Bombenangriff am vierten Advent samt der Mehrzahl seiner Patienten, Ärzte

und Schwestern „ausgeschlachtet“ worden, ebenso wie die vielen Dörfer in der deichgeschützten Ebene zwischen Hanoi und Haiphong, die nur noch an den vielen, längst mit Wasser gefüllten Bombenkratern zu erkennen waren. Seit ich die Spuren und Wunden des Vietnamkrieges mit eigenen Augen gesehen habe, weiß ich, wozu der Imperialismus fähig ist, wenn er seine Ausbeuterordnung gefährdet sieht. Es war das erklärte Kriegsziel der amerikanischen Strategen – einer ihrer Scharfmacher war General Haig –, „Vietnam in die Steinzeit zurückzubomben“, und sie brauchten dazu nicht einmal Atombomben.

Im Hanoier Kriegsmuseum habe ich eine provisorische Ausstellung all der Waffen gesehen, die die US-Air Force gegen das Volk Vietnams eingesetzt hat. Splitterbomben waren dabei, die ausschließlich den menschlichen Körper verwunden, Bomben in Spielzeuggestalt, die einzig und allein dazu bestimmt waren, kleine Kinder mit List umzubringen, mit Sprengstoff geladene Bananen, Kapseln mit bakteriologischen Krankheitserregern, Giftpulpen mit dem besonderen Zweck, Trinkwasserquellen zu vergiften, Tanks, die mit Seveso-Gift gefüllt waren, um damit Wälder und Felder zu verwüsten, bis hin zu bündelweise abgeworfenen Pornoheften, mit denen die amerikanischen Militärs die Moral der Volksbefreiungsarmee zu untergraben versuchten. Auch Kriegsmaterial aus der Bundesrepublik fand in Vietnam Verwendung: Transportmaschinen von MBB, Stacheldrahtverhau, Schäferhunde zur Bewachung der „strategischen Dörfer“ genannten KZs, Gabelstapler zum Beladen der Bomber und ins Englische übersetzte deutsche Landserhefte zur Stärkung des Kampfwillens der Ledernacken.

Der heroische Widerstandswille des vietnamesischen Volkes, das den Angriffskrieg der Amerikaner mit 2,7 Millionen Toten bezahlte, eine weltumspannende Solidaritätsbewegung mit Millionenprotesten in den USA selber und die umfassende moralische, politische und militärische Unterstützung der Sowjetunion brachten die gewaltige Kriegsmaschinerie schließlich zum Halten: vier Wochen nach dem „Weihnachtsbombardement“ wurde der Pariser Waffenstillstandsvertrag unterzeichnet. Es waren sowjetische SAM-Raketen, die entscheidend zum Kriegsende beitrugen. Von den 150 B-52-Bombern, die am zweiten Weihnachtstag gegen Hanoi fliegen sollten, wurden aus unterirdischen Raketenstellungen in den Reisfeldern rings um die Hauptstadt 32 vom Himmel geholt. Daß die sowjetischen Techniker und Berater, die den Vietnamesen damals bei der Flugabwehr halfen, von der Bevölkerung Hanois wie Lebensretter gefeiert wurden, kann zumindest der gut verstehen, der die Folgen eines Bombenkrieges einmal mit eigenen Augen gesehen hat.

Als Kommunist war ich fast zehn Jahre lang in der Solidaritätsbewegung für Vietnam tätig. Heute arbeite ich als Kommunist in der Friedensbewegung. Ich setze mich ein für eine Welt ohne Waffen, ich bin dafür, daß wir die Schwerter zu Pflugscharen umschmieden. Aber das bedeutet nicht, daß ich mich für die Entwaffnung all jener Völker einsetze, die um ihres Überlebens willen für die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen. Die Freiheitskämpfer von Nicaragua und El Salvador, von Südafrika, Namibia und Angola und all die anderen, die sich mit der Waffe in der Hand gegen





Foto: Paech

Anzeige

AIB
Im Visier Reagans:
Mittelamerika
Libanon

AIB
Die PLO kämpft
weiter

Auch nach zehn Jahren Wiederaufbau leidet Vietnam noch an den Folgen der US-Barbarei. Jeder Fortschritt muß mühsam erkämpft werden.

nichtungsmitteln an der Macht. Wenn wir mit unserer Friedensbewegung anfangen, dem Imperialismus seine menschheitsbedrohenden Waffen streitig zu machen und sie ihm aus der Hand zu schlagen, ist das unser bester Beitrag zum antiimperialistischen Kampf und zur internationalen Solidarität.

Däß die Startbahn West nicht gebaut wird, liegt nicht bloß im natürlichen Interesse der Bewohner von Mörfelden und Walldorf, es liegt ebenso im Lebensinteresse der Völker des Nahen Ostens, denn von hier aus werden gegebenenfalls die schnellen Eingreiftruppen starten, die weitere Umstürze nach dem persischen Modell verhindern sollen. Daß die Giftgaslager in der Pfalz beseitigt

werden, erhoffen sich nicht nur die Bürger von Baumholder. Es geht auch die Bewohner Dresdens, Warschaus und Kiews an, denn zu ihrer Vernichtung im „Verteidigungsfall“ wurden die Gifte bei uns gehortet. Aber selbst die Bevölkerung des indischen Subkontinents hat gute Gründe, diese Giftbunker zu fürchten, denn wer garantiert ihnen, daß der Imperialismus sie nicht auch gegen die Völker Indiens einsetzt, falls sie sich wie die Vietnamesen entschließen sollten, endgültig mit der Leibesgenschaft, dem Kastenwesen und der Ausbeutung Schluß zu machen! Daß Pershing und Cruise-Missiles bei uns nicht stationiert werden, dient nicht nur unseren eigenen nationalen Interessen, es hilft allen Menschen der ersten, zweiten und dritten Welt:

sie alle sind gleichermaßen durch diese neuen Waffen bedroht.

Sein Vietnam wissen wir: der Befreiungskampf der Völker in der dritten Welt, unser Kampf um Frieden und Abrüstung – und der Kampf der sozialistischen Länder um eine neue wahrhaft humane und friedfertige Gesellschaftsordnung gehören untrennbar zusammen. Revolution, Sozialismus und Frieden sind ein und dieselbe, sind unsere Sache. ●

So analysieren wir die Hintergründe der weltpolitischen Brennpunkte – Monat für Monat:

- Heft 9/82: Bilanz des israelischen Libanonfeldzuges
- Interview mit Y. Arafat
- Wende im Krieg Irak-Iran
- Chile 82: Modell in der Krise
- Lehrstück Falklandkrieg
- Permanente Krise des PAC Südafrikas

- Heft 10/82: Mittelamerika: Reagan regionalisiert den Kriegszustand
- Stimmen von Daniel Ortega (Nikaragua), C. R. Rodriguez (Kuba)
- S. Cayetano Carpio (El Salvador)
- Israels Völkermord im Libanon
- Südafrikas totaler Krieg gegen die Frontstaaten
- Che Guevara – der neue Mensch

- Heft 11-12/82: US-Strategie im Nahen und Mittleren Osten, die Golfregion und der Indische Ozean
- Mauritius und Seychellen
- Neuauftschwung der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung
- Chile-Diskussion
- Mittelamerika: Kirche zwischen Repression und Revolution.

Einzelpreis 2,50 DM; Jahresabo 25,– DM; ab 10 Ex. 33% Rabatt.

- Ich bestelle AIB Nr. _____
 Ich abboniere das AIB ab Nr. _____
 Ich möchte ein Probeexemplar.

Name: _____

Adresse: _____

Datum und Unterschrift: _____

AIB
LIEBIGSTR. 46, 3550 MARBURG

Peter Schütt war Mitglied des SDS und der Hilfsaktion Vietnam. 1973 besuchte er die Demokratische Republik Vietnam mit einer Delegation des Parteivorstandes der DKP. Mit seiner Reportage „Vietnam – 30 Tage danach“ leitete Schütt eine Serie von Reiseerzählungen ein (Ab nach Sibirien, Die Muttermilchpumpe, Let's go East).

Deutschland statt Frieden?

Auf Engelmann wird „geschossen“, aber die Friedensbewegung soll getroffen werden. Den tieferen Ursachen der Kampagne gegen den Verband Deutscher Schriftsteller (VS) versucht sich Otmar Weber zu nähern.

Der Verband Deutscher Schriftsteller steht oben auf der Liquidationsliste der Bonner Herren, die für die „geistige Wende“ in unserem Land verantwortlich zeichnen wollen. Beim Liquidationsversuch bedienen sie sich pikantweise einer Reihe von Brüdern und Schwestern „von drüben“, die jetzt im Westen leben und arbeiten. Diese wollen möglicherweise nicht Helfer der Rechten sein, aber objektiv sind sie es doch.

Frank-Wolf Matthies als erster, Reiner Kunze, Gerhard Zwerenz, Gerald Zschorsch, Horst Bienek, Jürgen Fuchs, Ingrid Zwerenz und andere sind aus dem Schriftstellerverband der Bundesrepublik ausgetreten. An der gewerkschaftlichen Arbeit hatten sie wenig oder gar nicht teilgenommen. Dementsprechend sind ihre Austritte, besser ihre Streichung aus den Mitgliederlisten – um nicht das unschöne Wort von den Karteileichen zu gebrauchen –, auch nicht mit schlechter Gewerkschaftspolitik

begründet worden, sondern mit der Friedenspolitik des Vorsitzenden Bernt Engelmann.

Die Krise hat eine breite Presse gefunden, der Verband Deutscher Schriftsteller (VS) und ihr Vorsitzender sind dabei nicht fair behandelt worden, eine Reihe von Schriftstellern hat ihren Marktwert gesteigert. All diese Heimtücken, Schwindeleien, Mimositäten, Unaufrechtheiten und Naivitäten sollen hier nicht Gegenstand sein, sondern der politische Kern, und warum nicht nur, aber vor allem die publizistische Rechte sich der VS-Austritte von „DDR-Autoren“ angenommen hat.

Was für eine Wieder-vereinigung soll es denn sein?

Es geht um „Deutschlandpolitik“ und Friedenspolitik, und beides ist nicht voneinander zu trennen. Das macht die Sache kompliziert.

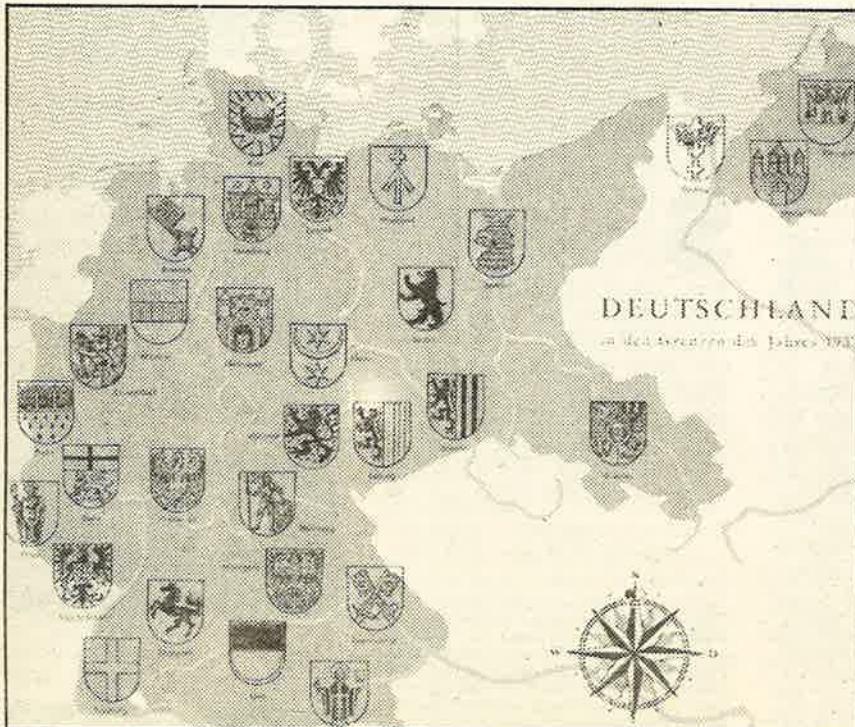
Beim sogenannten Hermlin-Treff in Berlin, Hauptstadt der DDR oder Ost-Berlin, wie man hier zu sagen pflegt, hatte Engelmann ausgeführt, daß „das Streben nach Wiedervereinigung in einem Bismarckschen oder Großdeutschen Reich unrealistisch und friedensgefährdend wäre“.

Der Zeit-Journalist Dieter E. Zimmer findet das „völlig in Ordnung“.

Da geht der Schwindel schon los. Wenn das wirklich bundesdeutscher Konsens wäre, dann hätten wir a) keine CDU/CSU/FDP-Regierung und b) auch keine Krise des VS.

Fast 50 Prozent der wahlmündigen Bürger dieser Bundesrepublik wählen Unionsparteien, deren Deutschlandbild am schönsten immer noch in den Grenzen von 1937 ist. Und Vertriebenenverbände, Heimkehrwillige ins Großreich, Hupkas und andere Politiker wären eher heute als morgen bereit, nicht nur ehemaligen Besitz wieder zu verwalten, sondern auch politische Verantwortung zu tragen; in

Deutschland in den Grenzen von 1937. Innere Umschlagseiten einer früheren Ausgabe des Grundgesetzes im Bundesland Nordrhein-Westfalen.



Königsberg, Stettin, Danzig, aber auch in Frankfurt an der Oder, Magdeburg und natürlich in Ganz-Berlin.

Reiner Kunze, Schriftsteller aus der DDR, geboren im Jahr der Machtergreifung der Nationalsozialisten, sollte so viel historische und aktuelle Kenntnis haben, daß er sich nicht wundern kann, wer ihm alles den Rücken stärkt, wenn er Engelmann deshalb angreift, weil dieser „bereits den Wunsch nach einer Wiedervereinigung als unzulässig erklärt“ hat. Selbst wenn sich Kunze von dem Wunsch nach einer Kalten-Krieger-Wiedervereinigung distanziert, was für eine Wiedervereinigung soll es denn sein?

Die der volkseigenen Leuna-Werke mit BASF oder Bayer oder noch pikanter IG-Farben?

Die der VEB Stahlproduktionen mit Krupp oder Thyssen oder Mannesmann?

Absage an Wieder-vereinigung eine Todsünde

Oder schwiegt die Wiedervereinigung der NS-erprobten bundesdeutschen Richterschaft mit der entnazifizierten Rechtsprechung der DDR vor?

Und wer soll das Sagen haben? Kohl oder Honecker, um es mal zu vereinfachen?

Markt- oder Planwirtschaft?

Und was bitte passiert mit Bernt Engelmann oder dem VS-Vorstand, wenn Gerhard Zwerenz sich mit diesem „kriminellen Vorstand“ schon nicht in einem Raum befinden möchte?

Und was macht man mit dem Schriftstellerverband der DDR, den Frank-Wolf Matthies als „Mafia“ bezeichnet? Sollen sich also Hermann Kant und Kollegen im wiedervereinigten Knast Deutschlands läutern, denn da hin gehört ja eine Mafia?

Engelmann, der in der hiesigen Klassengesellschaft groß geworden ist, der anders als Kunze, Matthies, Zwerenz und andere DDR-Schriftsteller den antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit selbst erlebt hat, zieht den Schluß: „Wir sollten uns endgültig trennen von allem, was auf den Wunsch nach Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates hinauslaufen könnte.“

Es ist völlig klar, daß da nicht Kunze, sondern viel vehementer die nationale Bourgeoisie aufheult, denn sie vertritt schließlich die grundgesetzlich geschützte These, daß drüben noch einiges zu holen ist. „Das ganze deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“ (Präambel des Grundgesetzes). So kann man es auch sagen. Und wenn

Kohl in der Regierungserklärung die Freiheit auch anderer zur „vornehmsten Pflicht“ der Bundesbürger erklärt, kann jemand sagen, wie das friedlich zugehen soll? Immer wenn über die zwei deutschen Staaten (schon das wollen viele nicht wahrhaben) gesprochen wird, dann geht es um Frieden oder Krieg, kalten oder noch gefährlicheren. Die 49er Ordnung für eine Bundesrepublik sollte nur für eine „Übergangszeit“ gelten. Daß diese Übergangszeit heute noch andauert und nicht schon 1953 oder 1961 beendet wurde, wurmt immer noch.

Mit Genugtuung vermerken daher rechte „deutschlandpolitische“ Denker „die Tatsache, daß sich, nach langer Abstinenz, erstmals wieder die politische Linke oder doch einzelne, immerhin repräsentative Kräfte und Gruppen der Linken der nationalen Frage angenommen haben“. So Joachim Fest, Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), in einer größeren Abhandlung vor dem Regierungswechsel. „Von der Unverlorenheit der deutschen Frage“ sind die Überlegungen des konservativen Fest überschrieben, die klarmachen sollen, daß man das „Drüben“ noch nicht ganz verloren hat.

Engelmanns Ablehnung jeglicher Wiederherstellung der alten Nation steht da natürlich im schärfsten Widerspruch, und genau deshalb ist er auch in die Schußlinie geraten.

Nützlich dagegen sind alle Diskussionen und Überlegungen, die das sozialistische System moralisch, politisch, mehr oder weniger links, oder wie auch immer in Frage stellen. Denn Fest, ein klassenpolitisch klar denkender Rechter, weiß: „Das alles wirkt, wie heterogen die Quellen auch sein mögen, zusammen und treibt die Wasser den gleichen Mühlen zu.“

Der gute und der schlechte Teil der Friedensbewegung

Und instinktiv wittert man neue Bündnispartner, wo man doch gerade durch die Friedensbewegung so unter Druck geraten ist, daß die Pershing-II-Stationierung sogar gefährdet scheint.

Nach dem Motto: Wer nicht mit meinem Gegner, der ist mit mir wird die Friedensbewegung aufgefordert, sich von den „realsozialistischen Drahtziehern“, sprich der DKP und ihren Subsystemen zu trennen, nur so könne sie glaubwürdig bleiben. Und wer zu dieser Distanzierung bereit ist, bekommt den Stempel „guter Teil der Friedensbewegung“.

Da meldet sich auch gleich Wolf Biermann, das Fernsehen gibt den Kanal frei, die taz öffnet

bereitwillig ihre Seiten, und Biermann streut gekonnt den Spaltpilz aus. „Wenn ich also diejenigen, die hier in der Bundesrepublik so einäugig zum Frieden schielen, so einbeinig zum Frieden hinken wollen, wenn ich diese Leute Heuchler nenne, dann ist das nur eine halbe Wahrheit. Denn auch sie wollen natürlich Frieden, eben den Frieden, den ich aus der DDR kenne, den Friedhofsfrieden, in dem das Volk auf brutale Weise ausbeutet und politisch unterdrückt wird, noch dazu unter dem Firmenschild der sozialistischen Demokratie.“

Im Kurztext: Die „Friedhofsrufe der DDR“ ist auch nicht schützenswerter als der dekadente Westen, deshalb gibt es „diesen einen Unterschied zwischen rotgetünchten sozialistischen Friedenswaffen und den mörderischen menschheitsver-

achtenden Waffen der Amerikaner und ihrer Verbündeter nicht“.

Und weil eben Schriftsteller, die von Ost nach West gewechselt sind, die besten Kronzeuge sind für die „Schutzwürdigkeit“ der gesellschaftlichen Alternative, deshalb macht man sie zum Hauptgegenstand der Kampagne gegen Engelmann, um über seine Person hinaus die Friedensbewegung zu spalten.

Friedensbewegung einseitig und bekloppt?

Wirken auf die Friedensbewegung soll der Kerngedanke, wer so mit seinen Schriftstellern umgeht, dem kann man auch nicht trauen, daß er Frieden will, also müssen wir flugs die Pershing stationieren.

Und weil Biermann in seiner unendlichen Arroganz wissen

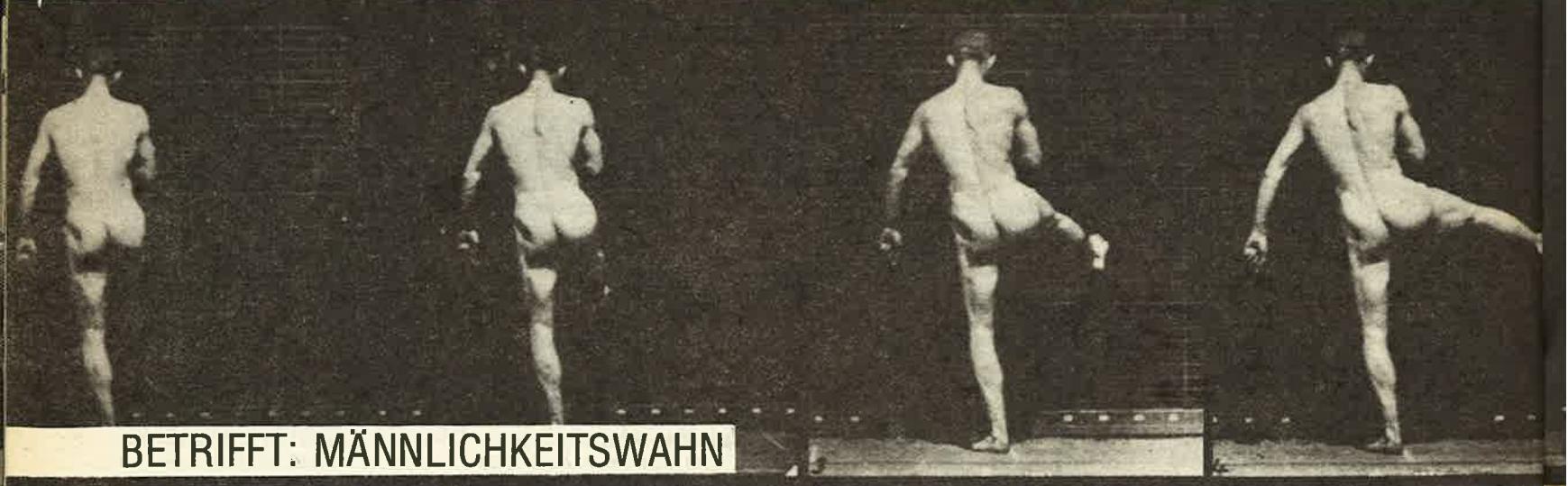
will, daß es nichts Schützenswertes gibt, wirft er den „einäugig und einbeinig“ Friedensbewegten im Schlußsatz seines taz-Interviews zu: „Selig sind die Bekloppten.“

Aber es geht nicht ums Beklopptsein und auch nicht ums bedingungslose Überleben. Es geht, und das weiß die FAZ und die Bourgeoisie, um die Bedingungen, wie man überleben kann, und dann um die Bedingungen, wie sich in Zukunft das Leben lohnt. Und es gibt nur zwei Wege. Den zum Krieg oder den zum Frieden.

Und wenn Engelmann mit Funktionären des anderen deutschen Staates spricht, ohne die Option diesen einkassieren zu wollen, dann ist das der Weg zum Frieden, den die FAZ und die neue Regierung nicht wollen. Alle anderen Wege aber führen zumindest nicht zum Frieden. ●

Fast 50 Prozent der wahlberechtigten Bürger dieser Bundesrepublik wählen Unionsparteien, deren Deutschlandbild am schönsten immer noch in den Grenzen von 1937 ist.





BETRIFFT: MÄNNLICHKEITSWAHN

Den Mann zum Tanzen bringen

In der Novemberausgabe der roten blätter hatte Dieter Bongers Thesen zum Männlichkeitswahn aufgestellt. Iris Rudolf fand das alles so typisch für das, was in den Köpfen fortschrittlicher Männer im Moment herumspukt.

Der Artikel „Männlichkeitswahn, wohin damit?“ von Dieter Bongers ist wieder typisch männlich. Zuerst wird die gute Absicht verkündet bzw. beteuert, daß man keine schlechte hat. „Meine Absicht ist es nicht, einen Ritt gegen die Frauenbewegung zu reiten ... eine „Männerbewegung“ ... ist Quatsch!“ Damit macht man sich ein Stück weit unangreifbar, stimmt die Leserin und den Leser auf Nachsicht gegenüber - vielleicht noch kommenden kritischen Stellen ein.

Und dann geht's schon los. Männer haben was zu gewinnen: „Ein stabiles Selbstbewußtsein, ein besseres Verhältnis zu ihrem eigenen Körper und ihren eigenen Gefühlen und ein offenes und klareres - und dadurch auch erfüllteres Verhältnis zu Frauen.“ Das ist ja ganz schön und gut, solche Gewinne, aber wenn das alles sein soll, dann kann ich keinem Mann übelnehmen, daß

er sich nicht vehementer mit dieser Fragestellung befaßt, daß er lieber Kara Ben Nemsi bleiben möchte.

Dann wird festgestellt, daß das Männerleitbild im Gegensatz zum Frauenleitbild kaum Schrammen abgekriegt hat, daß es aber unter Druck gerät von der realen Arbeitswelt einerseits und der Frauenbewegung andererseits. Als Gründe, warum diese Widersprüche nicht kreativ bearbeitet werden, werden genannt: uns fehlt ein positives Leitbild, gründliche Sozialisation.

Was ist das nun! Eine Analyse im blendend polemischen Stil, Selbstsicherheit, ja über den Dingen stehende Überlegenheit ausstrahlend, die Lacher auf seine Seite ziehend usw. Ein Sich-lustigmachen nicht nur über das Männlichkeitsbild, sondern über Männer; verbunden mit dem Ruf nach einem Rezept (positives Leitbild) und einer Entschuldigung (Sozialisation).

Nun kommt ein kleiner Lichtblick, der aber vereinsamt da stehen bleibt, konsequenz- ja hilflos: Die Katastrophen der gescheiterten Beziehungen brechen männliches Selbstbewußtsein. Jetzt geht's schon wieder los: Wir brauchen männliche Tugenden im politischen Kampf, Frauen auch. Nur: „Wir müssen wissen, wo sie hingehören.“ Also Männlichkeitswahn ja, aber nicht überall? Und der krönende Abschluß: Aufruf, moralischer Appell an die fortschrittlichen Männer, doch mal mit sich reden zu lassen. Ärger darüber, daß so viele noch nicht so weit sind wie man selbst, daß sie noch zu sehr im Rivalismus stecken und sich ins Mark treffen lassen.

Hoffentlich habe ich jetzt ins Mark getroffen. Jetzt kommt die positive Wende. Wenn ich Dieter Bongers Artikel nicht gut finden würde, hätte ich nichts dazu geschrieben. Ich finde gut, daß er geschrieben wurde und auch, wie. Denn er drückt m. E. genau das aus, was in den Köpfen und Gefühlen so vieler fortschrittlicher Männer im Moment herumspukt und ist deshalb ungeheuer gut zur Diskussion geeignet.

Männer sind verunsichert, weil der Männlichkeitswahn zumindest unter uns Linken arg in Frage gestellt wird. Was an seine Stelle setzen? Ehrlich gesagt, während ich hier sitze und schreibe habe ich auch noch keine Antwort. Ich hoffe darauf, daß sie mir beim Schreiben kommt und bringe erstmal meine Gedanken zu Papier.

Mann erfährt Männlichkeitswahn nicht am eigenen Leib

Wir Frauen haben es tatsächlich in der Geschlechterfrage etwas leichter als ihr Männer, denn wir werden von euch unterdrückt und können uns wehren, kämpfen für unsere Freiheit; wir wissen, warum wir was gegen den Männlichkeitswahn haben, weil er uns einschränkt. Wir kämpfen also gegen äußere Feinde in erster Linie; der Kampf gegen überkommenen Wünsche und Vorstellungen in uns wird nicht an sich geführt. Sonst im Ringen gegen äußeren Zwang entstehen neue Anforderungen an unsere Persönlichkeit.

Das ist bei euch, soweit es die Geschlechterfrage betrifft, anders. Klar, ihr wißt irgendwie,

daß euch der Männlichkeitswahn auch einschränkt, aber am eigenen Leibe erfahren tut ihr's höchstens in der Konfrontation mit unseren Ansprüchen. In der politischen Arbeit, wo's um eure Interessen geht, kommt ihr doch ganz gut mit eurer Männlichkeit zurecht, immer noch. Ihr seid eben die ersten Unterdrücker, die mit dem Sieg der Unterdrückten nicht untergehen. Ihr seid die ersten Unterdrücker, die, indem sie gegen ihre eigene Unterdrückung kämpfen, gleich auch gegen Frauenunterdrückung kämpfen; ob ihr wollt oder nicht, ob ihr es wißt oder nicht, und da könnt ihr noch so Männlichkeitswahnsinnig sein: Sobald ihr gegen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpft, kämpft ihr eben auch bezüglich der Geschlechterfrage für unsere Interessen.

Wie geht's nun weiter? Vielleicht seid ihr Männer, immer auf die Geschlechterfrage bezogen, mit Kleinkapitalisten zu vergleichen, die, wenn sie sich konsequent für ihre Interessen einsetzen wollen gegen die Monopole, an der Seite der Arbeiterbewegung kämpfen müssen? Kleinkapitalisten verlieren zwar, im Sozialismus, die Freiheit, andere auszubeuten, aber sie gewinnen die Freiheit, selbst nicht ausbeutet werden zu können. So ähnlich ist das bei euch Männern auch irgendwie.

Anlaß des Kampfes ist eure eigene Unterdrückung. Wenn dieser Kampf konsequent sein soll, müssen wir Frauen nicht kämpfen können. Ihr dürft also im Interesse eures eigenen Kampfes uns Frauen nicht am gemeinsamen Kampf hindern, durch Mackertum usw. unsere Kampfkraft schwächen. Ihr verliert dabei euer männliches Selbstbewußtsein, gewinnt aber das ungeheuerliche Gefühl der eigenen Wertschätzung und eure Freiheit.

Es ist zwar so, daß Männer im Kampf um ihre Freiheit alles unterlassen müssen, was uns Frauen davon abhalten könnte,

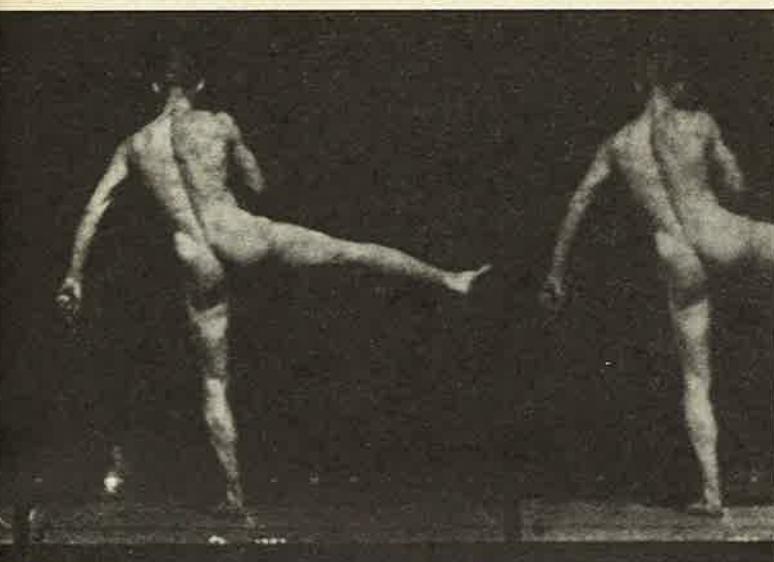


Foto: Muybridge, 1885

mit ihnen gemeinsam zu kämpfen, aber wie finden wir jetzt den subjektiven Zugang zu dieser objektiven Notwendigkeit? Wenn wir den nicht finden, dann kommt eben so ein komisches Interesse an Emanzipation der Frau heraus wie in Dieters Artikel: Offenes und klares Verhältnis zu Frauen, zum eigenen Körper und, siehe da, stabiles Selbstbewußtsein.

Als Linker darf Mann nichts gegen die Frauenbewegung haben

Sagt mal, ihr Männer, ist euer höchstes Ziel denn wirklich ein stabiles Selbstbewußtsein? Und warum wollt ihr ein offenes und klares Verhältnis zu uns? Und ein anderes Verhältnis zu eurem Körper? Das ist ja alles schön und gut, aber reißt euch das echt so vom Hocker, daß ihr dafür die vehementesten Kämpfe auf euch nehmt? Ehrlich gesagt, das glaube ich euch nicht. Diese Interessen scheinen mir doch sehr konstruiert. So etwa: Als Linker darf Mann nichts gegen die Frauenbewegung haben. Als Linker kämpfe ich für meine Interessen. Wo ist der Zusammenhang? Aha, siehe Dieter Bongers. So geht das nicht!

Vielleicht solltet ihr mal zugeben, daß ihr nicht wißt, was ihr persönlich von der Frauenbewegung habt, außer Ärger! Und vielleicht solltet ihr uns mal den schwarzen Peter zurückgeben, so etwa: Beweist uns doch, daß wir was davon haben! Und vielleicht solltet ihr mal gespannt auf diese Beweise warten und uns nicht so viele Knüppel zwischen die Beine werfen, die uns das Beweisen wieder erschweren?

Wir sind Marxistinnen und linke Frauen, die sehr verantwortlich mit unseren Interessen umgehen. Wir kriegen immer wieder zu spüren, daß ihr uns das irgendwie nicht glaubt. Deshalb braucht ihr euch nicht zu wundern, wenn von unserer Seite Druck kommt. Aber der Verunsicherung durch diesen Druck

könnt ihr nicht begegnen, indem ihr euch zusammen über eure Rolle unterhalten. Und Kritik, wenn sie richtig ist, trifft nun mal ins Mark, das ist auch richtig so, oder wollt ihr alles an euch abprallen lassen? Nein, es kommt nicht darauf an, daß ihr gemeinsam euer Selbstbewußtsein stärkt an Gesprächen über die Männerrolle, auch nicht darauf, euch offen für Kritik, damit unempfindlich zu machen. Es kommt nur darauf an, daß ihr für eure Interessen ehrlich und konsequent einsteht, ruhig mit Männlichkeitswahn; das könnt ihr doch, das tut ihr, und daß es auch was bringt, das kann wohl niemand leugnen; und macht euch das nicht selbstbewußt? Na.



Also doch Männlichkeitswahn, ja, aber nicht gegenüber Frauen? Nein, so nicht. Entweder man ist's oder man ist's nicht. Den möchte ich sehen, der im Seminar gegenüber dem Prof. typisch männlich auftritt und zu Hause völlig anders. Das ist wirklich ein Pantoffelheld.

Es liegt an uns, in der Praxis zu beweisen, wenn uns die Männer nicht am Kampf hindern, wenn wir uns nicht hindern lassen, kommen Kampfformen dabei heraus, die alles bisher erlebte schlagen, die nicht nur in unse-

rem Interesse, sondern auch im Interesse der Männer sind. Die Praxis, der Kampf um unsere Interessen kann nur neue Anforderungen sichtbar werden lassen an die Kämpfenden, kann nur neue Leitbilder schaffen und tut es doch schon. Der Rödelheini ist schon lange kein positives Leitbild mehr für die Masse der Studenten.

Das alles heißt natürlich nicht, daß ihr Männer nicht nachdenken und über solche Fragen diskutieren sollt. Nur, wenn ihr das tut, dann richtig. Ausgehend von euren wirklichen Interessen und nicht vom Aufbau neuer: Mann-muß-, oder Mann-darf-nicht-Sätzen.

Mann muß erstmal gar nichts. Nur die eigenen Interessen befriedigen wollen, das ist unser alter Recht. Und wenn ihr's beschissen findet, daß Anforderungen von Frauen an euch gestellt werden, die ihr nicht richtig checkt oder die gegen eure Interessen im Moment sind, dann findet es beschissen und sagt das auch. Was nützt ein schlechtes Gewissen, etwa in der Form: Ich weiß ja nicht so richtig was das jetzt soll, aber sie wird schon Recht haben. Wenn ich jetzt nachfrage oder sogar sage, daß ich das und das nicht richtig finde, gibt's vielleicht wieder Krach, womöglich verläßt sie mich. Also wirklich, wem nützt denn das? Euch vielleicht oder uns?

Noch ein paar Sätze an die Frauen, die jetzt das große Stöhnen gekriegt haben. Ich habe das

Ihr Männer wißt nicht, was ihr persönlich von der Frauenbewegung habt, außer Ärger!

kämpfen, sogar gegen meine Mitstreiter.

Tja, Scheiß Kapitalismus, kann ich da nur sagen. Es gibt keine andere Möglichkeit. Und ich finde es ehrlich gesagt tausendmal schlimmer, wenn wir uns Illusionen machen über die Veränderbarkeit von Männern und ihr Interesse an Selbstveränderung und dann doch immer wieder mit der Nase drauf gestoßen zu werden, daß es Illusionen wären.

Wegen sexueller Interessen kein schlechtes Gewissen

Nie wird mein Freund richtig verstehen können (schon gar nicht als Schwuler), daß die Tatsache, daß es Vergewaltigungen gibt, daß Typen mich in der Straßenbahn anmachen usw. eine Rolle spielt im Sexualleben zwischen ihm und mir. Deshalb muß er doch aber nicht ein schlechtes Gewissen wegen seiner sexuellen Interessen haben. Das nützt uns beiden nicht, denn das führt zu Tabus in der Beziehung. Klar ist es schwer, ihn immer wieder abzuwehren, aber ich persönlich finde das ehrlicher und besser als ihn dazu zu bringen, nicht mehr anzukommen, obwohl er eigentlich will. Ich würde ihn dadurch zwingen, gegen seine Interessen zu handeln, die Durchsetzung nicht mal zu versuchen, mir gegenüber unehrlich zu werden usw. Dazu habe ich kein Recht, so wie er kein Recht dazu hat, sich über meine Interessen hinwegzusetzen. Lösen können wir dieses Problem erstmal nicht, wir können nur darauf hoffen, daß die Art der Beziehung, das ständige Beweisen, daß jeder die Interessen des anderen wirklich akzeptiert, sich schließlich auch irgendwie auf das Sexualleben auswirkt.

Und so sehe ich auch das Problem des zusammen Kämpfens. Wir können nur immer wieder auf unseren Interessen beharren und müssen das auch von unseren Mitstreitern verlangen. Nur so kann ich mir vorstellen, daß ein Klima frei von Mißtrauen, Bevormundung, arrogantem Übergehen, Nichtzuhören usw. entstehen kann, das wir wollen und brauchen, in dem wir unsere gemeinsame Kampfkraft optimal entfalten können für unsere Interessen. Und wir dürfen nicht vergessen: Wir führen diesen Kampf freiwillig, aus eigenen Stücken, niemand kann uns dazu zwingen außer unsere eigenen Interessen. Ist das nicht Kraftquelle genug, wo doch dieser Kampf überhaupt das einzige ist, was wir so richtig freiwillig unter diesen gesellschaftlichen Umständen tun können?

Lieber ein revolutionärer Mann als ein schlaffer Softi!

ROCK MIT GEBRAUCHSWERT

ANTROPOS SCHÖN HART
DRUCKKNÖPFE FAHNENFLUCHT
FLOH DE COLOGNE KOSLOWSKY
JULIAN DAWSON
LET OUT THE PIG
DIE LETZTE WELLE
HERNE 3
KLAUDIA BOLO LAMPENFIEBER
LENOX HARTMANN BAND
CHARLY SCHRECKSCHUSS BAND
DIE B1 LEISETRETER FOLTERER



ANTROPOS



LP 88300



LP 88230



JULIAN DAWSON LP 640011



DIE LETZTE WELLE LP 650000



HERNE 3 LP 650002



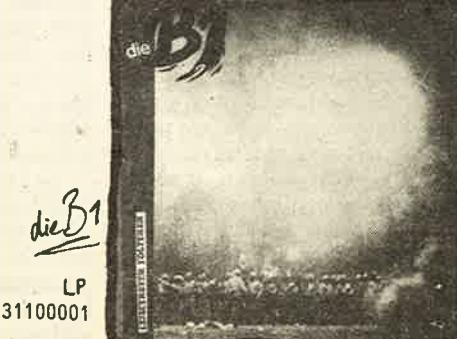
KLAUDIA BOLO LP 640009



LENOX HARTMANN BAND LP 640007



CHARLY
SCHRECKSCHUSS
BAND
LP 640002



die B1
LP 31100001

NOCH HÄRTER, KÄLTER, BRUTALER

Eis auf der Elbe heißt der neue Roman

von Ingeborg Drewitz. Werner Schlegel, Essener

Journalist sprach mit ihr über Resignation und Widerstand.



Schlegel: Dein neuer Roman scheint von einer resignativen Grundstimmung durchzogen.

Drewitz: Weißt du, ich kann einfach keinen Optimismus verkaufen. Die Wirklichkeit, in der wir uns befinden und die ich vorfinde, gibt mir dazu keinen Anlaß. Ich habe aber versucht, auch mit dem Märchen, daß ich ganz zum Schluß für die kleinen Kinder erzähle, das immer wieder aufzufangen, klarzumachen, daß eigentlich unser Widerstehen vor allem darin besteht, daß wir immer wieder, nicht nur von Generation zu Generation, sondern auch im Leben, von Situation zu Situation, uns aufraffen zum Trotz, zum Etwasvorantreiben, was ein Stückchen Gerechtigkeit in die Welt bringt. Und weil ich diese Überzeugung einfach gewonnen habe im Laufe meines Lebens und meiner langen Beschäftigung mit Geschichte, versuche ich das in meinem Buch auch darzustellen. Daß die einzelnen mit Resignation, die unausweichlich ist, fertigwerden und damit doch, wie bei einem Staffettelauf, das Stückchen Hoffnung, wovon wir eigentlich leben, weitergeben.

Schlegel: Könnte dein Roman nicht bei jugendlichen Lesern eher das Gegenteil bewirken? Ich selbst empfand das Buch streckenweise als sehr, sehr bedrückend.

Drewitz: Ich bin jetzt seit dem 1. September auf Lesereise und da habe ich sehr viele jugendliche Zuhörer. Ich muß sagen, daß wird von den ganz Jungen durchaus aufgenommen als ein Stück ihrer Realitätserfahrung. Sie haben selbst keinen Optimismus,

der sie über alle Schwierigkeiten hinwegzuspringen ermutigt, sondern sie wissen, daß sie etwas ziemlich Vergebliches tun – und tun es trotzdem. Das ist etwas, was mir imponiert und was sie auch wiedergefunden haben in dem Buch. Sie haben auch wiedergefunden ihre Enttäuschung über die Realität der Nachstudentenbewegungsgeneration, in der ältesten Tochter. (Christine, verheiratet mit Henning, einem Liedermacher aus der Studentenbewegung. Beide beginnen mit ihrem eigentlichen politischen Engagement im Spanien der Franco-Endphase / Anm. Schlegel.) Und eben auch die Sorgen und die Leidenschaft in der Instandbesetzerbewegung. Dort ist natürlich nicht alles eitel Freude. Es sind ja nicht nur viele wieder abgesprungen, sondern auch viele Konflikte aufgebrochen, wie es damals in der Wohngemeinschaftsbewegung auch war, so daß das nach ein paar Jahren nicht mehr haltbar gewesen ist. Das ist bitter, aber auch nicht so bitter, daß man sagen muß, da ist wieder eine Hoffnung gescheitert. Alle die daran beteiligt waren haben Erfahrungen für ihr Leben gemacht. Die Erfahrung vor allem, daß es möglich ist etwas miteinander zu versuchen, auch gegen massiven Druck. Eine Erfahrung, mit der sie weiterleben können.

Schlegel: Aber was aus vielen Achtundsechzigern geworden ist – du selbst beschreibst es im Buch am Beispiel Hennings, der voll Elan angefangen hatte damals und im Endeffekt, so wie du ihn zeichnest, mehr oder weniger verzweifelt zum Trinker wurde. Das ist eben nicht gerade ermutigend...

Drewitz: Ja, für den Henning, der hat die Perspektive verloren. Weil er nicht richtig in der Bundesrepublik angefangen hat, sondern in Spanien. Und mit den Verhältnissen dort sind sie nicht ganz fertig geworden, auch wenn sie sich dort sehr wohl gefühlt haben. Aber sie haben natürlich die Frostigkeit der Nöte in der Bundesrepublik dann um so deutlicher gespürt, als sie zurückkamen, und nicht mehr die Kraft gehabt, in diese Frostigkeit reinzukommen. Sie kamen zurück, als die Situation hier schon sehr eisig wurde. Damit ist Henning nicht fertig geworden. Das ist Realität, das hat es gegeben, wird es immer geben. Aber auch die andere Seite, Christine wird ja auf ihre Weise damit fertig.

Ingeborg Drewitz,
Eis auf der Elbe,
claassen,
208 Seiten, DM 24,80

Schlegel: Aber du selbst stellst an einer Stelle die Frage, die Jungen „wie werden sie mit den Bildern fertig“. Kann man das überhaupt noch? Wenn man nur mal den Abschnitt der sozial-liberalen Koalition nimmt, von 1969 bis jetzt, zum Bruch – ist da nicht mehr als wenig Anlaß zu irgendwelchen Hoffnungen?

Drewitz: Es gibt überhaupt, auf die ganze Welt hin gesehen, wenig Anlaß dazu. Und doch auch wieder viel. In fast allen Ländern gibt es junge Menschen, nicht einzeln, immer in Gruppen, die sich der Entwicklung in ihren Ländern widersetzen. Da ist die Friedensbewegung in Israel. Als

Foto: Huber
ich im Mai in Israel war, bin ich mit denen zusammengetroffen und habe jetzt mit Freude gesehen, daß sie endlich auch Echo haben, nach diesem furchtbaren Geschehen in Beirut. Und die Friedensbewegung in Amerika, auch von überwiegend jungen Leuten getragen. Und ich weiß, daß diese Kraft, doch immer wieder aufzugehen, wahrscheinlich die einzige Hoffnung ist.

Schlegel: Aber Aufbegehren allein nützt ja nichts. Ist es denn nicht ein Aufbegehren ins Leere?

Drewitz: Das ist unsere Schwierigkeit, daß es in der Praxis nicht sofort zu sichtbaren Erfolgen kommt. Und da resignieren viele. Aber das bringt doch eine Bewußtseinsveränderung in der Öffentlichkeit, das wächst in die Gesellschaft rein, das schlägt sich nieder in der Entwicklung in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren. Die heute als Jugendliche sich im Widerstand befinden und reflektieren, wie kaputt die Welt ist, sind in fünfzehn Jahren die Generation, die das Sagen hat und das bedeutet schon etwas.

Schlegel: Wie schätzt du denn die Entwicklung der nächsten Jahre ein, mit dieser neuen Rechtsregierung?

Drewitz: Im Augenblick wird es sicher noch härter, noch kälter, noch brutaler. Es ist aber sehr gut möglich und darauf rechne ich, dafür werde ich arbeiten, daß gerade unter diesem Druck der Widerstand viel bewußter und geschlossener wird.

Schlegel: Eis auf der Elbe, das ist zum Teil auch die Geschichte der Jahre von 1968 bis heute. Und ein Teil dieser Geschichte ist doch: Willy Brandt öffnete seinerzeit seine großen Arme, fing die APO ein und erdrückte sie; siehst du nicht die Gefahr, daß ähnliches wieder geschieht und damit endgültig jeder Versuch einer basisdemokratischen Politik gescheitert wäre?

Drewitz: Das wird, trotz entsprechender Versuche, nicht gelingen. Weil die Bewegung diesmal viel breiter ist. Zahlenmäßig und auch sozial viel breiter als die Studentenbewegung. Außerdem hat beispielsweise die Friedensbewegung, ich weiß das aus zahlreichen Gesprächen, für viele Spitzenleute der SPD, außer Schmidt und einigen wenigen Rechten, eine enorme Wichtigkeit. Sie sehen nicht nur ihre Form der Entspannungspolitik gefährdet, wenn die Friedensbewegung abgewürgt würde, sondern wissen sehr genau, was es bedeutet, wenn die Reagan-Administration nicht aufgehalten wird...

OB IM OSTEN,

Wenn ein guter Regisseur nach den Ideen eines sensiblen Schriftstellers mit einem sympathischen Schauspieler einen Film über ein unsympathisches Bauwerk dreht, muß nicht unbedingt etwas Gutes bei rauskommen.

Von Dieter Jünger

Drei Künstler — keine Rechten, keine Dummen — haben sich auf das urrechte Thema „Berliner Mauer“ gestürzt — und: sich gehörig die Köpfe gerammt. Peter Schneider hat aus einer sehr privaten, in Buchform erschienenen Auseinandersetzung mit diesem Thema ein, zwei Gedankenfetzen ausgewählt. Mit dieser Wenigkeit einer vorläufigen Idee eines Fragments eines Drehbuchs mußte sich Reinhard Hauff begnügen.

Marius Müller-Westernhagen spielt in der Hauptrolle einen jungen Mann, der aus der DDR weg will, aber in Westberlin nicht bleiben will, der folglich andauernd über die Mauer springt, hin und her, der hier jenes und dort dieses besser (oder besser: schlechter) findet, und der sich — ein Gedankenspiel, das der Film nahelegt — wohl eine „Synthese“ dieser Widersprüche wünscht (wenn er sich überhaupt etwas wünscht).

Dieser Kabe, dieser „Zoni“, wie seinesgleichen abschätzigen in der Westberliner Szene genannt werden, soll es sogar fertigbringen, Moses und Brecht als Einheit zu sehen.

Moses und Brecht, Idealismus und das Sein, Irrationalismus und Realismus — das sind auch die Pole, zwischen denen sich Hauff nicht so recht entscheiden will, um die sich der Film drückt, weshalb am Ende als politischer Standort nur ein „dritter Weg“ als Konsequenz bleibt, also die Inkonsenz; der bekannte „goldene Mittelweg“ im Zick-Zack-Kurs oder, ganz deutlich, die Mittelmäßigkeit, die Standpunktlosigkeit als notwendige Folge. Also: Da sind drei Künstler beim künstlichen Jonglieren auf die Nase gefallen, und die Zuschauer fragen: wer von dreien ist schuld?

Alle und auch das Thema, der Gegenstand selbst. Soviel Ungeheimtes, soviel Verschwommenes

wird vor dem Betrachter abgelaufen, daß die meisten weniger wissen als je zuvor. Eine dünne Andeutung von Drehbuch, eine dünne Regiearbeit, die offenbar eine „Endzeitstimmung“ gepackt hat und die deshalb in die modische Unart verfällt, es als Idee auszugeben, wenn man keine hat, und obendrein noch dünne schauspielerische Leistungen — ja, wie soll denn da etwas Leinwandfüllendes, etwas Geist- und Denkförderndes herauskommen? (Dreimal Minus macht Plus — diese Rechnung geht nur in einer sehr privaten Dialektik auf.)

Die zweckorientierte Auffassung, daß ein engagierter Film so etwas wie eine Handlung, eine Aussage haben sollte, hat ja heute einen schweren Stand; es heißt wieder, daß angeblich das „Wie“ viel wichtiger sei. Also die — unwichtige — Handlung dieses Films: Kabe will in den Westen. Er geht zu den Grenzbeamten in der Hoffnung, daß man ihn, wenn er dies nur oft genug macht, verhaftet und er dann vom Westen als „politischer Gefangener“ freigekauft werde, und sagt: „Nehmen Sie mich fest. Ich habe Fluchtgedanken.“ Komme, was da wolle. Es kommt genau so, im Film.

Dieser Einstieg hat noch etwas von „Theo“. Aber damit hört es auch schon auf. Westernhagen ist nun einmal der sympathische Revoltierer, der Geist, der stets verneint. Theo — das ist die graue Maus aus Herne oder Gelsenkirchen, die es den Bossen zeigt, das ist eine Figur, die an die Bundesrepublik gebunden ist wie ein Baum an die Erde. Theo ist eine Mischung aus dem Draufgänger mit Klasseninstinkt, den es immer wieder aufs Hochseil zieht, obwohl er schon am Boden auf allen vier geht, und einem verträumten Ruhrpott-Chaplin, der sie nur auf den Deckel kriegt, aber nie aufgibt.

Den „Zoni“, den Moses, den



OB IM WESTEN,

AUF DER MAUER IST'S AM BESTEN

Tänzer auf der Mauer, den Funker, der alle, die der DDR den Rücken gekehrt haben, über einen „Exilsender“ zusammenschließen will — das kauft man ihm einfach nicht ab. Diese aufgesetzte Rolle ist ein Unikum, und Theo führt Kabe und die ganze Handlung ungewollt ad absurdum. Suchte Theo so etwas Konkretes wie einen LKW, eine Zahnbürste oder zwanzig Pfennig zum Telefonieren — es könnte mit Lust und lustig zugehen. Aber dieser Kabe, was sucht der eigentlich? Von der „Freiheit im Westen“ hat er schnell die Nase voll (zumal ihn seine Liebe auf der anderen Seite nicht losläßt und die gar kein Interesse am Westen hat). Also was? Die theoretische Freiheit, theoretisch die Freiheit zu haben? Vielleicht. Das mag Peter Schneiders Gemüt bewegen, das mag für Hauff den Reiz an seinem „deutschen Idealisten“ ausmachen, doch Theo, der nicht nur mit beiden, sondern mit allen vier auf der Erde steht?

Kabe wechselt also immer häufiger den Staat (während sein Westberliner Freund, von Towsje Kleiners, der eigentlichen „Nummer“ dieses Films, gespielt, immer noch im gleichen Trenchcoat nächtigt). Er wird Doppelagent, so nebenbei, und gerät dabei immer spürbarer zu einer Unfigur. Eine Märchenfigur vielleicht? Schneider und noch mehr vielleicht Hauff mag während den Dreharbeiten an der Ersatzmauer die Idee geleitet haben, den vielen deutschen Wintermärchen eine neue Variante hinzuzufügen — deutlich wird das nicht. Deutlich wird dagegen eine gehörige Portion Irrationalismus, wenn Kabe im Traum die Mauer wie Moses den Fluß teilt, um das zusammenzuführen, was gar nicht zusammenzuführen ist oder zusammengeführt werden will.

Mehr noch schlägt sich das

nieder, wenn Kabes Dynamitanschläge an dieser Grenze in lustige Begegnungen mit der Polizei aufgelöst oder Neonazis im Westen der Stadt als harmlos Ewiggestrige, die nur ihre Litanien abspulen, verniedlicht werden.

Hauff muß man anrechnen, daß er falsches Pathos angesichts dieses emotionsbefrachteten Themas bewußt vermeidet, daß er — im wesentlichen — erzählt, anstatt zu dramatisieren. Nur insofern hat sein Pessimismus etwas Ernüchterndes. Dennoch ist dieser „Grenz-Film“ (in jeder Hinsicht) eine Möglichkeit — gar keine Notwendigkeit! Die Kinder der heutigen kapitalistischen Krise sind weitgehend unempfänglich für den Löwenthal-Horror der „armen Brüder und Schwestern ohne Bananen“ oder für dessen filmische Entsprechung, dem amerikanischen Ballonflucht-Epos „Mit dem Wind nach Westen“. Aber „Kennzeichen D“ ist das gleiche Programm für ein anderes Zielpublikum. Die Grenze zwischen der DDR und der BRD erscheint mir denkbar ungeeignet für Betrachtungen aus der Sicht des „idealistischen Deutschen“, dessen grenzenloser Idealismus schon zweimal in die Katastrophe führte.

Glücklicherweise gilt der Satz, daß das Kinopublikum eh nicht mehr zu enttäuschen ist, für viele Besucher dieses Films augenscheinlich noch nicht. Hauffs Schlußmetapher — Kabe balanciert immer noch auf der Mauer — kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier ein auffallender Rahmen mit nebulösem Bild daherkommt. Und Theo ist nur zu wünschen: Muttern, hol den Theo von der Mauer!

MARX IMMER POPULÄRER



Winfried Schwarz: **Aufbruch. Aus dem Leben des Karl Marx**, Roman, Weltkreis-Verlag 1982, 14,80 DM.

Der hundertste Todestag von Karl Marx, der 14. März 1983, ist Anlaß für eine Reihe von Bemühungen, Leben und Werk von Karl Marx und Friedrich Engels zu popularisieren.

Einen völlig neuartigen Versuch in dieser Richtung startet Winfried Schwarz mit seinem Buch „Aufbruch. Aus dem Leben des Karl Marx“, in dem er das Leben von Marx in Romanform nacherlebbare macht. Der Roman beginnt im April 1842, mit dem Ende des Studiums von Marx, zeichnet seine Entwicklung vom radikalen bürgerlichen Demokraten zum Revolutionär. Phantasievoll, mit viel Witz und Humor, wird der Leser schmunzelnd in die Bedingungen jener Zeit eingeführt, denn: die romanhafe Form stützt sich auf detaillierte Kenntnis des Marxschen Lebensweges, der Charakteristika seiner Freunde und Feinde. In den Dialogen mit diesen gelingt es Schwarz, Marxens Erkenntnisse plastisch und einfach auszudrücken. Das Buch hat eigentlich nur einen Fehler – obwohl immerhin 279 Seiten stark, ist es zu kurz; es endet bereits 1849. Schwacher Trost, daß Engels einmal die Jahre 1842 bis 1852 die Hauptkapitel aus Mohrs politischem Leben nannte. Vielleicht gibt's ja eine Fortsetzung!?



Heinrich Gemkow: **Unser Leben. Eine Biographie über Karl Marx und Friedrich Engels**, Dietz Verlag 1981, 7,- DM

Etwas besonderes ist auch die Biographie von Heinrich Gemkow. Sie ist die erste „Doppelbiographie“. „Unser Leben“ behandelt flott geschrieben das Leben von Marx und Engels. Gemkow konzentriert sich nicht – wie sonst üblich in Biographien zu unseren „Klassikern“ – allein auf die Entwicklungsstufen ihres Werkes, sondern zeichnet zugleich ein persönliches Bild von „Mohr“ und dem „General“ und ihren engsten Vertrauten. Mit der Lektüre kriegt man ein Stück weit Einblick in die Geschichte der Arbeiterbewegung, eine Einführung in wichtige Werke von Marx und Engels, eine Fundgrube kerniger Zitate und – das Bedürfnis, nochmal das eine oder andere Werk der beiden „Londoner Alten“ zu studieren.

UNTYPOISCHE HELDEN



Artur Troppmann: **Die Brähansl-Gäste**, Damnitz Verlag, 288 Seiten, 8,- DM

In dem Bändchen „Zahltag“ von Artur Troppmann beginnt eines seiner gelungensten Gedichte so: „Mein Feierabend ist fünf Biere breit / zwölf Zigaretten hoch / und ein paar Witze lang“. Diese Zeilen könnten auch in seinem zweiten Episodenroman „Die Brähansl-Gäste“ stehen.

Im Wirtshaus „Brähansl“ treffen Menschen, Lebensläufe, also auch verschiedene Bedürfnisse, Wünsche und Interessen aufeinander. Hier wird

nicht die Welt vom Stammtisch aus betrachtet, sondern im und um das „Brähansl“ erlebt der Leser Ausschnitte aus dem heilen und dem unheiligen Münchner Alltag.

Man muß sich schon etwas einlesen. Das scheinbar Zufällige der einzelnen Episoden verwirrt zunächst. Nach und nach aber schälen sich kleine Handlungsstränge und einzelne Figuren heraus. Da ist z. B. der herzkranke Lohmann Lugge, in dessen Charakteristik viel Autobiographisches miteingeflossen ist. Den Kommunisten Lugge hat die Arbeit krank gemacht. Nach dem Infarkt überlebt er nur noch mit Tabletten und Nitrolingualspray. Dennoch kann er nicht aufhören, sich zu wehren. Jede kleine Diskussion endet mit dem Griff zur Spraydose. Jede Anstrengung für ein Stückchen besseres Leben kostet ein Stückchen eigenes Leben. Troppmann erzählt von diesem untypischen Helden ohne jedes Pathos.

Überhaupt ist in diesem Roman viel von Krankheit und Tod die Rede, aber auch von den gesellschaftlichen Zuständen die kränken und töten. Nach der Lektüre des Romans bleibt ein bitterer Nachgeschmack, keine Resignation. Die Hoffnung auf Veränderung bleibt immer sichtbar, eine Veränderung durch die „das Soll an erfülltem Leben für jeden erreichbar“ wird.

Gerd Herholz

SCHLAPPES UND SCHÖNES

Die Luft ist draußen. Nicht nur bei Roger Daltrey; die Truppe bietet insgesamt einen Durchnits-Mini-Rock der schlappen Finger. Die Synthi-Versuche hätte sich Townshend dabei ruhig schenken können; und Bläser und Keyboards retten die Sache auch nicht. Keith Moon bleibt unvergessen, denn Kenny Jones demonstriert lediglich, daß er den Takt halten kann. Und macht's ansonsten mit seiner brav-bieder einfallslosen Rocktrommelei auch nicht besser. Denn wie es der Zufall so wollte, ja ei der Daus, lief kurz nach der LP-Veröffentlichung der Who-Film „The kids are alright“ im TV. Ein Bären Dienst; da fällt einem nur noch mehr auf, wie kümmerlich der Abgang der ehemaligen Powertruppe ist. Denn die Jungs haben keine Lust mehr und kündigen die baldige Who-Auflösung an.



dizz & dazz



Bruce Springsteen
Nebraska
CBS

Bonjour Tristesse! Aber gut gemacht und schön gespielt. Brusie-Boy, dem einsamen, traurigen Poeten mit industriell aufgestempeltem Super-Polo-Image, hätte gar nichts Besseres einfallen können. Eine Platte mit zehn Liedern, bei denen man Springsteen abnimmt, daß er sie ehrlich meint. Solo, nur zur Gitarre und ab und an zur Mundharmonika, auf'm TEAK-Kassettenrekorder aufgenommen, erzählt er kleine Geschichten von den sogenannten kleinen Leuten. Balladen aus dem Alltag, Schlaglichter auf amerikanische Tristesse. All das Leid, die Hoffnungen und Enttäuschungen schwingen in seinem Gesang in einfachen Harmonien mit.

Gut beobachtet und in detailreichen Texten festgehalten. Nur: Ein bißchen viel Welt-schmerzstimmung und Musik zur guten Nacht auf einmal. Das Ade-du-böse/monotone-Welt-Feeling packt einen jedesmal, aber anschließend kann man sich so richtig wohlig ins Kissen kuscheln.



Ina Deter Band
Neue Männer
braucht das
Land
Fontana

Ohne Frage! Und sicher meint Ina Deter damit auch die komplette Bonner Besetzung. Aber nicht die Typen in ihren jeweiligen politischen Funktionen, sondern die männlichen Verhaltensweisen. Und diejenigen der 30 Millionen anderen Männer im Land. Um Männer geht's, nicht dagegen – „hab die Männer noch nicht ganz satt“. Ina Deter beschreibt, was für sie als Frau alles beim Umgang mit Männern gefühlsmäßig dranhängt. Sehnsucht, Verzweiflung, Alleinsein, Liebenwollen und manchmal sogar -können. Acht Stücke Abrechnung mit stinknormalen Männermacken, mit den Verhaltensweisen verschiedener Männertypen und Darlegung der eigenen Gefühle.

Was fehlt: Daß das gesamte Leben nicht nur aus Beziehungskiste besteht. So'n paar kleine Hinweise, daß sich um Mann/Frau herum noch ein paar andere Sachen tun, die dann wiederum was mit Mann/Frau zu tun haben. Aber Ina Deter macht ja auch Musik. Rock, so in Richtung Spliff und Nina Hagen. Geht des öfteren gut ab, und „ob blond, ob braun, ob henna“ es wird mit Sicherheit ein Rennner, nicht nur auf Frauenfeten. Aber für zwei Plattenseiten sind's doch zu wenig musikalische Ideen. Bei den Arrangements hat sich Micki Meuser auch nicht fürchterlich viel einfallen lassen. Politisch wie musikalisch – die Vorläufer-LP „Aller Anfang sind wir“ ist wesentlich besser.

Lamuv Verlag

Ana Guadalupe Martinez

Die geheimen Kerker El Salvadors

Das Zeugnis der
Kommandante Guerrilla

El Salvador: ein kleines Land ist zum Symbol für den Befreiungskampf geworden, für die Hoffnung der Völker Lateinamerikas auf revolutionären Wandel.

Ana Guadalupe Martinez

Die geheimen Kerker

El Salvadors

Das Zeugnis der Commandante

Guerrillera

Aus dem Spanischen von Karin

Schmidt, ca. 240 Seiten, ca. 10

Abb., Lamuv Taschenbuch 21

DM 12,80

ISBN 3-921521-60-2



Das Buch erzählt die Geschichte des 1. Atomkrieges. Es fragt, was wir aus Hiroshima gelernt haben, und gibt Hinweise für Pädagogen und Friedensgruppen, wie sie das Thema Hiroshima angemessen behandeln können.

Brigitte Drescher/Detlef Garbe

Es begann in Hiroshima

Mit einem Beitrag von Dorothee

Sölle

ca. 176 Seiten, ca. 14 Abb.,

Lamuv Taschenbuch 20

DM 9,80

ISBN 3-921521-61-0

**Martinstraße 7
5303 Bornheim-
Merten**

**Biermösl Blosn
Grüß Gott mein
Bayernland
Mood-Records**

Warum die Landler nur bierseitigen Trachtenkapellen überlassen? Zünftige bayerische Volksmusik mit Linkstrall aus einer der dunklen Ecken Bayerns, aus Günzlhofen. Ab und an mal mit Anklängen an schottische Jigs gemixt. Das auf insgesamt dreizehn Instrumenten gezupft, geschlagen, geblasen, darunter Tuba, Drehleier, Harfe, Dudelsack und Hackbrett. Selbstverständlich nicht alles auf einmal gespielt, denn hinter Biermösl Blosn verbergen sich nur drei Leute. Die Gebrüder Michael, Stophert und Hansi Well. Gute Freunde vom Gerhard Polt, mit dem sie oft auftreten. Politisch auch ihre Texte, bissig, bösartig, schwarzhumorig.

Im bayerischen Dialekt gesungen (Texblatt liegt bei, und vier Vokabeln wurden sogar übersetzt). Am bekanntesten wohl „Sabinchen“, die sich mit einem KKW-Ingenieur einläßt, was sie nicht überlebt. Zur Melodie der amtlichen bayerischen Nationalhymne heißt's: „Gott mit Dir, Du Land der BayWa, deutscher Dünger aus Phosphat, über Deinen weiten Fluren, liegt Chemie von früh bis spät. Und so wachsen Deine Rüben, so ernährest Du die Sau, Herrgott, bleib da-hoam im Himmel, mir ham Nitrophoska Blau“. Ethnologischer Exkurs: Biermösl kommt vom nahe Günzlhofen gelegenen Moorgebiet namens Biermoos, und Blosn ist der dortige Ausdruck für eine Art lockere Zusammenrottung.

Eine schöne Platte der drei Freaks aus Dortmund, von denen Ex-Cochise Fred Ape wohl am bekanntesten ist. Elf Stücke über Umweltzerstörung, die Ausbeutung der dritten Welt, Hausbesetzung, Repression, Startbahn West und über die Liebe.

„Unsere Kraft und Phantasie, unser Lebensgefühl und unsere Härte setzen wir ein, damit wir den Kollaps verhindern können“ – keine No-Future-Platte also. Andererseits aber auch keine, die eine positive Zukunft (reine Luft, klare Flüsse, kein Streß) in Zusammenhang mit geänderten Machtverhältnissen im Lande bringt. Aber man merkt den Texten das Engagement und auch die eigene Aktivität der Leute an. Meiste eingängige Melodie unter Verwendung von Rock- und Bluesmustern, instrumentiert mit drei Gitarren (ak., E-git., bass), Mandoline und Percussion.



**Ape, Beck,
Brinkmann
Regenbogen-
land
Folkfreak**

SCHRECKSCHUSS BAND (deutscher Rhythm & Blues für harte Zeiten), **LENOX HARTMANN BAND** (the voice of Brooklyn und die jazzig rockende Band mit Bassist Hans Hartmann), **KLAUDIA BOLO** (eine Frau, ihre Band und viele deutsche Songs, die rocken), **ANTROPOS** (schön hart, deutsch und deutlich), **DRUCKKNÖPFE** (engagierter Rock mit deutschen Texten), **MANFRED ROTHSTEIN** der neue Kabarettist in seiner großen Rolle **Personalunion Schmidt/Brandt/Genscher/Kohl/Strauß**). Mehr Informationen gibt es bei **Tips und Töne**, Schnackenburgallee 215, 2000 Hamburg 54, Telefon (0 40) 5 40 43 53.

DKP ÄRGERT WEIHNACHTSMANN



Floh de Cologne

Veranstaltungstip für Köln und Umgebung: „Die Kölner DKP macht Spaß“ am 17. Dezember ab 18 Uhr in der Mülheimer Stadthalle, Köln, Nähe Wiener Platz.

Einhart Klucke als gottesfürchtiger Weihnachtsmann mit moskaugesteuertem Christkind und – rotstiftgeschädigt – Tretroller statt Pferdekutsche wird moderieren und hat einiges vorzustellen: Floh de Cologne, Gerd Wollschon, Uschi Flacke, Jens Hagen, die Beatles-Heavy-Singers, Bernhard Weber, Veronika Kupzug, die ehemalige Kölner Film- und Videogruppe. Dieter Süverkrüp ist zwar nicht persönlich, aber durch einige Texte vertreten. Von NDW = Neuen Deutschen Weihnachtsliedern über Kabarettistisches zurück zum Rock, hin zur Klassik, und mittendrin Satire, Stories und Filmisches. Wo könnte das, parteilich wie es ist, anders enden, als daß der Weihnachtsmann auf den Boden der Realität gestellt wird. Allerdings: Zehn Deutsche Pleitemark muß einem den Spaß, einschließlich Info- und Verkaufsständen schon wert sein. Bestellungen bei: DKP Köln, Bobstraße 6–8, 5000 Köln 1.

EINDRUCKSVOLLES DOKUMENT



„Lebensläufe“
von **Winfried H.
Junge und
Hans-Eberhard
Leupold**

Ein Dokumentarfilm von weit über vier Stunden Spieldauer im Kino? Da ist wohl jeder zunächst ein bißchen erschrocken. Doch wo immer diese 257 Minuten dauernden „Lebensläufe“ gezeigt werden, bleiben die Zuschauer interessiert, ja fasziniert bis zum Schluß sitzen. Denn „Die Geschichte der Kinder von Golzow in einzelnen Porträts“ (so der Untertitel des Films) ist keine Minute zu lang oder gar langweilig.

Die DDR-Filmer Winfried H. Junge und Hans-Eberhard Leupold haben eine Dokumentation über Jugendliche aus dem Oderbruch-Dorf Golzow geschaffen, die in neun Porträts ein keineswegs reprä-

NEUES KONZERTBÜRO

Für die Uni-Veranstaltungen besonders interessant ist das Künstlerangebot des neuen Konzertbüros mit Namen „Tips und Töne“. Dort sind unter einem Dach DAS DRITTE OHR (die deutsche Bluesband), CHARLY

entatives, jedoch typisches Bild junger DDR-Bürger gibt. Und zugleich entstand dabei auch ein sehr differenzierter, nicht unkritischer Rückblick auf über 20 Jahre Entwicklung der Gesellschaft in unserem deutschen Nachbarstaat.

Begonnen hat das alles 1961 mit einem Kurzfilm, den Junge und Leupold damals über die Einschulung des Jahrgangs 1954/55 in Golzow drehten. Und weil sie neugierig wurden, wie es mit diesen Abschützen wohl weitergehen würde, fuhren sie im Laufe der Zeit immer wieder nach Golzow und später auch in andere Orte der DDR, um hartnäckig und sensibel zugleich weiterzurerchieren. Allmählich entstand daraus eines der bemerkenswertesten Langzeitprojekte, etwas, was man auch „Leben im Zeitraffer“ nennen könnte.

Sechs kurz und mittellange Filme gingen voraus, ehe die Dokumentaristen begannen, aus dem bekannten und vor allem aus viel neuem, noch nicht veröffentlichten Material die Porträts von neun Mitbürgern zu montieren, die zum Zeitpunkt des vorläufigen Abschlusses der Dreharbeiten inzwischen um die 25 Jahre alt waren.

Schule und Lehre, Studium und Beruf, Militärdienst und politisches Engagement, Freundschaften, Hochzeiten, Ehe und Familie sind Angelpunkte der Geschichten. In Beobachtungen und Selbstäußerungen dokumentiert der Film nicht etwa „Paradebeispiele“, sondern durchschnittliche, für Bürger der DDR normale Lebensgeschichten, Lebensumstände und Lebensinhalte. Junge befragt anteilnehmend, aber genau und insistierend, manchmal auch recht provozierend, forscht nach Hoffnungen, Erfolgen und Enttäuschungen. Da wird niemand geschont, aber auch niemand bloßgestellt. Dazu haben die Partner vor und hinter der Kamera im Lauf der Jahre ein viel zu vertrauensvolles Verhältnis gefunden.

Ein reflektierender, oft selbstkritischer Kommentar (Mitarbeit: Uwe Kant) führt geschickt von Station zu Station und trägt viel dazu bei, daß bei aller psychologischen Feinfühligkeit und journalistischen Neugier die soziale Studie immer auch Witz und Unterhaltung behält.

Ein Prolog und ein Epilog bilden die gedanklichen Klammern, die die neun Porträts verbindet, ohne Schlüpfunktion zu setzen: Junge und Leupold sind dabei, ihre thematisch, inhaltlich und formal gleichermaßen fesselnde Dokumentation fortzusetzen.

Die Jury der Evangelischen Filmarbeit in der BRD hat „Lebensläufe“ übrigens als „ein eindrucksvolles menschliches, aber auch ein politisches Dokument“ zum Film des Monats September gewählt.

FÜR DAS LEBEN, GEGEN DEN TOD



Die weiße Rose
von Michael Verhoeven

Der Film erzählt die Geschichte jener kleinen Gruppe von Studenten, die sich 1942 an der Münchner Universität gegen Faschismus und Krieg, gegen Hitler und das Dritte Reich stellten.

Fünf junge Leute, Sophie Scholl, Hans Scholl, Alex Schmorell, Willi Graf und Christoph Probst, begannen damals Widerstand zu leisten; ihr erstes Flugblatt der „Weißen Rose“ ging heimlich von Hand zu Hand und schreckte die Nazis und ihre Schergen auf; doch die Aktivität der Gruppe nahm zu, die Weiße Rose wurde zu einem Symbol des Widerstandskampfes; aber schon 1943 besiegen die Nazis das Schicksal dieses politischen Kampfes: fünf Tage nach ihrer Verhaftung werden die Geschwister Scholl am 22. Februar hingerichtet. Wenig später werden auch ihre Freunde umgebracht. Die Urteile des damaligen Volksgerichtshofs sind bis heute nicht aufgehoben worden!

Michael Verhoeven gibt in seinem sehr ernsthaften, gründlichen und vielleicht durch immer neue Drehbuchbearbeitungen und Verdeutlichungen etwas zu ruhig geratenen Film nicht nur eine gewissenhafte Rekonstruktion dieses aus moralischer Verantwortung gewachsenen Kampfes und seiner Ursprünge. Er macht vor allem – und das ist sein Verdienst und das seines Co-Autors Mario Krebs – zum erstenmal anhand von schlüssigem Material deutlich, daß die Weiße Rose nicht nur eine religiös motivierte antifaschistische Position vertrat, sondern klare politische Zielvorstellungen zu entwickeln begonnen hatte.

Der Regisseur sagt dazu in einem Interview: „Die Weiße Rose war nicht einfach nur gegen etwas. Für mich ist es ein Indiz, daß sie die Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht als Barriere angesehen haben, über die sie als Bürgerliche nicht hinwegkonnten. Zum Teil waren sie ja konfessionell sehr stark engagiert. Aber für mich ist wichtig, daß sie Antifaschisten waren, und das nicht in einem verschwommenen, religiös motivierten oder humanistisch-humanitären Sinn, sondern bis hinein in die politische Arbeit konsequent mit dem Ziel, den Faschismus zu bekämpfen und zu stürzen. Das kann man nirgendwo in der Geschichte der Weißen Rose lesen, ist aber beweisbar.“

Verhoeven zeigt in diesem Film, wie aus einer christlichen Haltung heraus ein Widerstand wachsen und politisch werden kann, wie radikale Positionen sich unabhängig von voraussehbarem Erfolg entwickeln, sobald das Bewußtsein für die Notwendigkeit des Einsatzes aller Kraft sich entwickelt.

dizz & dazz

Helmut Gollwitzers wichtigstes Resümee über die von der Weißen Rose bezeugte Haltung lautet: „Es ist nicht wahr, daß man nichts tun konnte und daß man nichts tun kann. Jeder konnte damals etwas tun. Jeder kann heute etwas tun: für das Leben, gegen den Tod.“

Michael Verhoevens Arbeit ist ein wichtiger Film, weil er geeignet ist, dieses Zeugnis weiterzutragen.

GLANZVOLLES FIASKO



The Wall
von Alan Parker

Nach dem Millionen Male verkauften Doppelalbum, nach der großen Tournee und der Rock-Pop-Oper jetzt die filmische Umsetzung des Pink-Floyd-Opus „The Wall“ im Kino. Alan Parker, der seit einigen Jahren immer wieder zeigt, welche phantastischen und cineastischen Möglichkeiten die große Leinwand für den kreativen Regisseur („Midnight Express“, „Fame“) stets neu parat hält, bietet eine glanzvolle künstlerische Show, ohne die Inhalte der Musik und der Texte zu desavouieren.

Die Polemik des „We Don't Need No Education“ bewältigt Parker ebenso gekonnt wie die Antikriegs-Nummern des „Blue Sky“ und „In the Flesh“, die Nazi-Szenen zu „Run Like Hell“, das Gitarrenstück „Is there Anybody out there“ oder das bedrückende „Brick in the Wall“, um nur einige Höhepunkte zu nennen.

Special effects, Trick und Zeichentrick tragen zur visuellen Umsetzung der Entwicklungsgeschichte des Rock-Musikers Pink (gespielt von dem Sänger der „Boomtown Rats“, Bob Geldof) ebenso bei wie die mächtig sich ausbreitende Panavision-Leinwand.

Die Themen Brutalität, Kriegsschrecken, Unterdrückung, Selbstzerstörung durchziehen die Show als roter Faden. Abscheu, Verachtung, Widerstand gegen Gewalt und Terror, gegen Horror und Frust, werden wachgerufen. Die Klichies des kriegs- und gewaltverherrlichenden alltäglichen amerikanischen Kinos werden bloßgestellt.

Mehr als Ratlosigkeit ange- sichts des allenthalben sich ausbreitenden Fiaskos vermag freilich Parker am Ende auch nicht zu hinterlassen. Ausweglosigkeit als deprimierende Einsicht jedoch zeugt dann doch leider davon, daß der Regisseur sich über Zusammenhänge von Unterdrückung in Staat und Gesellschaft nur unzureichend Gedanken gemacht hat.

Hans Jürgen Weber

F 2952 EX - Postvertriebsstück

Riesenerfolg der neuen Regi

Bald keine Arbeitslosen mehr unter den Satirikern!

- **Hamburg: Das Grauen regiert!** Chlodwig Poth beobachtete die Hamburger Verhältnisse
- **Deutschlands größtes Schmierenblatt** enthüllt, warum Klaus von Amsberg so maßlos traurig ist
- **Die endgültige Wahrheit über Romy** Exklusiv in Titanic!
- **Mit der Axt im Haus von Zimmermann** Walther Böhlich seziert den Innenminister
- **Der Rharbarber Kohls** oder was wirklich in seiner Birne vor sich geht
- **Edel, hilfreich und gut** 10 neue Minister lassen sich vorstellen.
- **Keine Angst vor Börner!** Schmuse-Training für Grüne mit Schleim und Eiterbeulen
- **Die rechte und die linke Hand Kohls** oder was Fotos verschweigen können

Nicht zuletzt: Genscher im Wahlstudio. Die neuesten und besten Inselwizze. Das goldene Titanic-Angebot zu Weihnachten. Aus christlicher Sicht: Wie Deutschland entstand. Humorkritik: Germarths Erzählungen usw. usw.

305.440 RBL 876 0136
SCHEUNEMANN BARBARA

JOHANN-FOCKE-STR. 20

2800 BREMEN 44

Titanic

AUSLÄNDER
REIN!



C 4352 E
Nr. 12/82
DM 4.50
M-A 40-22

Jetzt beim Zeitschriftenhändler kurz auftauchen, die neue Titanic kaufen und wieder untertauchen!

Testen Sie Titanic kostenlos!

1. Kostenlos erhalten Sie ein neues Probeheft, wenn Sie den Test-Coupon umgehend einsenden.
2. Sie haben 10 Tage lang Zeit zu prüfen, ob Sie die größte deutsche Satirezeitschrift regelmäßig lesen wollen.
3. Gefällt Ihnen Titanic, erhalten Sie das große farbige Titanic-Poster als Geschenk, und Sie bekommen Titanic mit 16% Preisvorteil jeden Monat ins Haus geschickt.
4. Sie brauchen keine Kündigungsfrist zu beachten.
5. Sie können jederzeit wieder abbestellen.

Möchten Sie Titanic nicht regelmäßig lesen, teilen Sie das bitte dem Titanic-Leser-Service, Postfach 10 48 49, 2000 Hamburg 1, innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Probehefts mit. Das Probeheft war umsonst.

Gratis!
Das große farbige
Titanic-Poster!



Test-Coupon

Ja, senden Sie mir ein kostenloses Probeheft. Gefällt mir Titanic, erhalte ich sie monatlich per Post mit 16% Preisvorteil (ich zahle nur DM 45,- für 12 Ausgaben statt DM 54,-). Als Geschenk bekomme ich zusätzlich das große farbige Titanic-Poster. Sie garantieren mir außerdem, daß ich Titanic jederzeit wieder abbestellen kann. Wenn ich Titanic nicht regelmäßig lesen möchte, sende ich Ihnen innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt des Probeheftes eine entsprechende Mitteilung.

K12

Name/Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift
Heute noch ausgefüllt absenden an: Titanic-Leser-Service,
Postfach 10 48 49, 2000 Hamburg 1.